

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. März 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Aus dem Generalstab der Scharfmacher.

Ein Beitrag zum praktischen Christentum.
Am 18. März 1905 hat der Vorstand des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände — wohl zu Ehren des Gedankens der bürgerlichen Revolution — eine Sitzung abgehalten, in der er neue Methoden der Kriegsführung gegen das Proletariat beriet.

In dieser Sitzung erstattete Herr Mendt-Altona (der aus der nationalliberalen Fraktion schandenhafte Ausschüsse geworden ist, weil er gar zu offenerzig gegen das Reichstags-Wahlrecht agitiert hat, einen Bericht „Ueber Aussperrungen“.

Wir sind in der Lage, diesen interessanten Bericht nach dem Protokoll wortlich mitzuteilen:

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat sich mit der Frage, wie die Arbeitgeber sich der unaufrichtigen Streikangriffe der organisierten Arbeiter am besten erwehren können, bereits eingehend beschäftigt und zu der Frage der Streikversicherung schon Stellung genommen. Hiermit darf sich der V. d. A. aber nicht zufriedengeben, sondern er muß alle Abwehrmittel der Arbeitgeber einer Prüfung unterziehen und geeignete Vorschläge machen, wie die Wirksamkeit der Streikabwehrmittel nach Möglichkeit erhöht werden könnte.

Zu den wichtigsten Abwehrmitteln der Arbeitgeber gehört auch die Aussperrung von Arbeitern.

Diese wird meistens da angewendet, wo eine Arbeiterorganisation eine allgemeine Forderung durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks durchführen will.

Das suchen die Arbeitgeber dadurch zu vereiteln, daß sie durch Aussperrung aller Arbeiter die Einzelstreiks zu einem Generalstreik erweitern.

Sind in solchem Falle die Arbeiter nicht stark genug, um den Generalstreik gewinnen zu können, so ist die Aussperrung erfolgreich, indessen zeigt sich manchmal, daß die Arbeiter nicht deshalb zu dem Mittel der aufeinander folgenden Einzelstreiks gegriffen haben, weil sie sich zum Generalstreik zu schwach fühlten, sondern weil sie die Durchsetzung ihrer Forderung mit geringeren Kosten durch aufeinanderfolgende Einzelstreiks zu erreichen hofften.

Die Arbeiter gehen dabei von dem durchaus richtigen Grundsatz aus, daß versucht werden muß, den Sieg eben mit möglichst geringen Opfern zu erlangen.

Dieser Grundsatz muß auch für die Arbeitgeber durchgeführt werden und deshalb muß die Frage geprüft werden, ob derselbe bei der bisherigen Taktik der Aussperrungen genügend berücksichtigt worden ist.

Die Aussperrungen erfolgten bisher in der Weise, daß die aussperrenden Arbeitgeber entweder ihre sämtlichen Arbeiter auf einmal oder stückweise entließen, meistens in Abteilungen von je 10 Proz. der Gesamtzahl.

Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter bringt für die aussperrenden Unternehmer den Stillstand ihrer Betriebe und einen großen pekuniären Schaden mit sich.

Die Aussperrung eines Teiles der Arbeiter ist vielfach ohne entsprechende Wirkung auf die Arbeiterorganisation geblieben, weil die aussperrenden Unternehmer ihre schlechtesten Arbeiter zuerst entlassen, diese aber zumeist junge Leute sind, welche leicht ihren Rang zu schnüren und nach anderen Orten abgehoben werden können.

Die volle Aussperrung bedeutet eine kostspielige, die teilweise Aussperrung eine wenig wirkungsvolle Kriegsführung, mithin ist eine billigere und zugleich wirksamere Art der Aussperrung anzustreben.

Das Ziel läßt sich erreichen, wenn man die teilweise Aussperrung in der Weise vornimmt, daß die Arbeiter in der Reihenfolge ausgesperrt werden, wie ihre Namen im Alphabet aufeinanderfolgen.

Diese Aussperrung trifft dann gleichzeitig alte und junge, tüchtige und untüchtige, verheiratete und unverheiratete Arbeiter und deshalb wirkt sie auf die Arbeiter empfindlicher.

Noch empfindlicher würden die Aussperrungen auf die Gegner wirken, wenn als Gegenstoß gegen eine Reihe von Einzelstreiks eine Aussperrung von Arbeitern desselben Berufes über ganz Deutschland erfolgen könnte und zwar in der Weise, daß alle Arbeiter, deren Namen mit dem Buchstaben A anfangen, ausgesperrt würden.

Diesen A-Leuten würden event. die B-Leute, dann die C-Leute usw. folgen.

Die ausgesperrten Leute sind durch ihre Namen leicht kenntlich gemacht, so daß die Einstellung dieser ausgesperrten Leute durch Unachtsamkeit kaum möglich ist, wodurch die korrekte Durchführung der Aussperrung verbürgt wird. Den ausgesperrten A-Leuten muß natürlich der Eintritt in die mit Einzelstreiks überzogenen Betriebe gestattet sein.

Wenn nun die innerhalb eines Berufsbezuges ausbrechenden verschiedenen Einzelstreiks in der Weise von den Arbeitgebern bekämpft werden, daß sie jedesmal die A-Leute des Berufes eventuell auch die folgenden B-Leute usw. ausgesperrt haben, so ist es klar, daß während eines lebhaften Streikjahres die A-Leute nie zur Ruhe kommen, sondern eine Aussperrung nach der anderen über sich ergehen lassen müssen.

Das können die A-Leute auf die Dauer nicht aushalten, sie müssen deshalb sich entweder bequemen, als Arbeitswillige bei Streiks ihr Brot zu verdienen, oder sie müssen von den Arbeiterorganisationen vollen Ersatz ihres Lohnes verlangen.

Zu dem letzteren werden sich die Arbeiterorganisationen wohl bequemen müssen und damit verliert das System des Einzelstreiks seinen ökonomischen Wert für die Arbeiterorganisationen, weil die

Entschädigung an die ausgesperrten A-Leute 2-3 mal so hoch bemessen werden muß, als das gewöhnliche Streikgeld. Wenn also die Arbeitgeber auf jeden streikenden Arbeiter z. B. zwei A-Leute aussperrten, so werden die Ausgaben der Arbeiterorganisationen für den einen Streik auf das fünf- bis siebenfache des gewöhnlichen Streikgeldes steigen.

Durch die vorgeschlagene Art der Aussperrung erhöht man den Arbeiterorganisationen die Kosten der Einzelstreiks sehr erheblich; man verdirbt ihnen die Ökonomie des Systems der Einzelstreiks und erschwert ihnen dadurch das Streiken überhaupt.

Es ist ja klar, daß die ungeschulden Leidtragenden bei diesem System der Aussperrung diejenigen Arbeiter sind, deren Namen mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfangen.

Darüber muß man aber keine sentimentalen Anwandlungen bekommen, unsoweniger, als die Arbeiter sich in der Verfolgung ihrer Ziele durch solche Gefühle auch nicht leiten lassen, im Gegenteil, sie suchen sich als erste Opfer ihrer Einzelstreiks gern diejenigen Arbeitgeber aus, welche am schwersten dadurch betroffen werden, nämlich diejenigen, welche entweder mit Aufträgen überhäuft sind oder welche sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Die Arbeiter richten sich nach dem Kriegsgesetz, sie suchen ihre Angriffe gegen den schwächsten Punkt ihrer Gegner zu richten, und deshalb müssen die Arbeitgeber ihrerseits ebenfalls die schwächsten Punkte der Arbeiter für ihren Gegenstoß ausfinden.

Wer den Krieg beginnt und seinen Gegner mit allen Kräften der Kriegsführung zu beslegen trachtet, darf sich nicht beklagen, wenn sein Gegner ebenfalls Kriegsgewinne anwendet.

Nach Beschluß des Vorstandes ist es erwünscht, daß die im V. d. A. zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände in Beratung darüber eintreten, ob die vorgeschlagene neue Art der Aussperrungen sich zur allgemeinen Anwendung empfiehlt.

Es hieße die Wirkung dieses Beschlusses zum praktischen Christentum abschwächen, wollten wir sie kommentieren. Nur keine sentimental Anwandlungen ist die Lösung. Die Kriegsführung geschieht nach dem Muster der kolonialen Raubexpeditionen, bei denen ganze Dörfer niedergebrannt werden, wenn irgend ein Eingeborener sich das Mißfallen der Raubkavallerie zugezogen hat. Können die Unternehmer dafür, das Namen mit dem Buchstaben A anfangen. Das System der Dezimierung ist noch human gegenüber dieser Massenwürgung nach dem Alphabet!

Nur keine sentimental Anwandlungen! Freilich, das Proletariat fürchtet sich vor diesen neuen infam-boshaften Plänen nicht; ihre Enthüllung lehrt sie nur aufs neue die ganze Unmöglichkeit des praktischen Christentums unserer Staatserhalterinnen erkennen, dessen Evangelium die Aussperrung nach dem A B C ist.

Die Revolution in Rußland.

Die Nachrichten über die Bauernunruhen zeigen jetzt deutlich den ganzen Ernst der Lage. Ueber Uraland ist der Belagerungszustand verhängt worden. Im Kaukasus scheint ein förmlicher Bauernkrieg ausgebrochen.

Bauernunruhen in den Ostseeprovinzen.

Windau, 28. März. (Offizielle Meldung.) Die in voriger Woche im benachbarten Kreise Goldingen aufgetretene Gärung unter den Bauern ging auf einige Amtsbezirke des Kreises Windau über. Die Landarbeiter traten in den Aufstand und stellten Forderungen. In mehreren Orten störten sie die Ordnung. Auf einige Güter wurden Truppen entsandt.

Riga, 28. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Laut Anordnung des Ministers des Innern Wulgin ist vom 27. März ab über Livland der Zustand des verstärkten Schutzes verhängt worden.

Dorpat, 28. März. Die Bürger haben den Gouverneur ersucht, die Bildung einer Bürgerwehr zu gestatten, weil für Frühjahr Unruhen befürchtet werden. Gestern trafen Kosaken hier ein.

Bauernkrieg im Kaukasus.

Tiflis, 28. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die im Kreise Gori entstandene Gärung nimmt einen schärferen Charakter an und gewinnt an Umfang. Die Bauern der Ortschaft Semogoni haben beschlossen, einen Teil des Grundeigentums ohne Entschädigung anzunehmen und alle ihre Angelegenheiten durch aus ihrer Mitte gewählte Vertreter erledigen zu lassen. In der Nähe der Station Michailowo hat eine Versammlung von Bauern und Arbeitern stattgefunden, in welcher man beschloß, um die Obrigkeit zu Zugeständnissen zu zwingen, gegen sie Gewalt anzuwenden und die Verwaltungsgebäude der Dörfer in Brand zu stecken. In der Ortschaft Karalei verübten Bauern, welche rote Fahnen mit sich führten, Ausschreitungen. Das Gebäude der Postkanzlei wurde durch sie zerstört. In der Ortschaft Kereki verhinderten die Bauern Amtspersonen an der Ausübung ihrer Dienstpflichten. In der Ortschaft Ruzi wurden bei Ausschreitungen vier Wassermühlen beschädigt, welche den Gegenstand von Streitigkeiten bildeten.

Wegen des bedrohlichen Charakters der Unruhen wurden Truppenteile dorthin entsandt.

Die Bewegung in der Arim.

Sebastopol, 27. März. Die Unruhen in Jalta begannen gestern abend. An fünf Orten fanden Brandstiftungen statt, das Volk verhinderte die Löscharbeiten. Alle Polizeiwacht-

staben wurden verwüstet und die Arrestanten freigelassen; die Branntweinläden wurden zerstört.

Petersburg, 27. März. Der Municipalrat von Jalta beschloß, die Selbstverteidigung zu organisieren und damit eine besondere Kommission zu betrauen, welche die Fragen bezüglich des Schutzes der Angegriffenen und der Aufklärung der Ursachen der Unruhen lösen soll.

Weitere Unruhen.

Tschernigow, 27. März. Im Kreise Neschine des Gouvernements Tschernigow sind Bauernunruhen ausgebrochen, es wurden mit Sonderzug Truppen dorthin geschickt.

Lambow, 27. März. Unter den Fabrikarbeitern in Maslowsko dauert die Erregung an; die Zahl der ausländigen Fabrikarbeiter beträgt gegen 6000. Das Militärkommando ist verstärkt.

Petersburg, 27. März. Infolge eines drei Wochen währenden Ausstandes der Arbeiter der Neuen Russischen Hüttenwerkstatt in Jusowka wurde das Werk auf unbestimmte Zeit geschlossen. 14 000 Arbeiter des Hüttenwerkes und der Minen kehrten in ihre Heimat zurück, nachdem sie abgelohnt waren.

Aschabad, 28. März. (Transkaspien.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Flüchtlinge aus Kotschan berichten, dort behaupte man, der Böbel von Kotschan werde von Mohammedanern aus Daku gegen die Christen aufgebracht. Der Ausschub des Volkswillens richtet sich auch gegen den Chan von Kotschan, von dem sich die Untertanen bedrückt fühlen. Sein Palast ist von bewaffneten Volksmassen besetzt.

Die Hausdurchsuchungen in Paris.

Paris, 28. März. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß die in den letzten Tagen vorgenommenen Hausdurchsuchungen durchaus nicht wegen einer Verschwörung russischer Flüchtlinge, sondern nur der Weitzbureau wegen vorgenommen worden seien.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März.

Die Einigung des französischen Sozialbündes.

Der Parteitag der französischen sozialistischen Partei (Jaurèsisten) in Rouen hat zu Beschluß gefügt, welche die lang ersehnte Einigung der gesamten französischen Sozialdemokratie sichern. Wir behalten uns die ausführlichere Berichterstattung über den Kongreß vor und dürfen heute das hoch erfreuliche Resultat vorausnehmen, das uns telegraphisch übermittelt wird:

Rouen, 28. März 1905. Der Kongreß ist zu einem einstimmigen Besatz der Einigkeit gelangt. In den ersten zwei Tagen der Verhandlungen wurde äußerst lebhaft zwischen dem linken Flügel und dem rechten gekämpft. Die heutige große Rede Jaurès', die eine Vereinigung beider Flügel auf einer mittleren Linie bezweckte, sicherte den Erfolg des Einigungsgedankens. Auf Antrag der linksdelegierten wurde die Durchlegung dieser Rede zur Propaganda einstimmig beschlossen. Der Konflikt mit der parlamentarischen Fraktion fand seine Erledigung durch eine Resolution, welche besagt, daß die Grundzüge der Einigkeit für die parlamentarische Aktion die Regel geben und daß für Ausnahmefälle bis zur endgültigen Verwirklichung der Einigkeit allein der Nationalrat der Partei die entscheidende Befugnis über das Verhalten der parlamentarischen Fraktion haben soll. Das tatsächliche Ergebnis der Verhandlungen ist der Sieg der Einigkeit im Sinne des linken Parteiflügels.

Die Kunde von Rouen wird in der gesamten sozialistischen Welt den größten und freudigsten Widerhall erwecken. Die Einigung der französischen Sozialdemokratie aller Richtungen zu einer großen aktionskräftigen Partei bedeutet nicht nur die mächtige Stärkung der französischen Arbeiterklasse, sondern einen gewaltigen Gewinn des internationalen Sozialismus.

Die deutsche Sozialdemokratie beglückwünscht brüderlich die französische Sozialdemokratie zum Gelingen des großen Werkes! —

Marokko.

In den Auseinandersetzungen der letzten Tage über Marokko war es besonders auffallend, daß die englische Presse sich einer außerordentlichen Zurückhaltung befleißigte. Da das französisch-englische Abkommen natürlich keineswegs allein Frankreich angeht, sondern ebenso England, dem durch das Abkommen in Ägypten seitens Frankreich freie Hand gelassen wird, so schuldete England in allen Fragen, die das Abkommen berühren, der französischen Regierung Unterstützung. Es scheint, daß man sich zunächst in London abwartend verhalten wollte gegenüber den plötzlichen Erklärungen der deutschen Regierung, sie kenne das französisch-englische Abkommen nicht einmal und brauche sich in ihrem Verhalten gegenüber dem Sultan von Marokko durch seine Existenz in keiner Weise beeinflussen zu lassen. Jetzt zeigt sich jedoch, wie ernsthaft man in England die Frage auffaßt und wie sehr man sich der Verpflichtung gegenüber Frankreich bewußt ist. Ueber einen Leitartikel der „Times“ telegraphiert uns unser Londoner Korrespondent:

Der heutige Leitartikel der „Times“ fordert die britische Kolonie in Tanger geradezu auf, den Empfang des deutschen Kaisers nicht allzu demonstrativ zu gestalten und alles zu vermeiden, was irgendwie als Unhöflichkeit gegen Frankreich ausgelegt werden könnte. Die „Times“ erheben weiter die Frage, warum in Deutschland der Begriff der territorialen Integrität sich ändert je nach der geographischen Lage. Warum sie die Souveränität des Sultans von Marokko heilig hält als die des Kaisers von China, und was würde Deutschland sagen, wenn andere Mächte solche Ansprüche erhoben und solche Argumente gebrauchten bezüglich Siamchows, wie Deutschlands jetzt bezüglich Marokkos gebrauchte?

Auch die „St. James Gazette“ meint, es sei nicht wahr-
scheinlich, daß Frankreich, welches auf seine Rechte in Ägypten
verzichtet habe, um freie Hand in Marokko zu erhalten, zu-
geben werde, daß eine dritte Macht ihm die Früchte
seiner berechtigten Kompensation streitig macht; die Lage gebe
zu seinen ernstesten Besorgnissen Anlaß; obgleich Frankreich auf die Unter-
stützung seines Bundesgenossen Rußland infolge des ostasiatischen
Krieges nur in geringem Maße rechnen könne, so sei es doch
wenig wahrscheinlich, daß es angesichts der auf dem Spiele
stehenden großen Interessen zurückweichen werde.

Diese Äußerungen lassen erkennen, daß in England die
Meinung vorherrscht, Frankreich dürfe sicher auf England
rechnen, falls die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland
und Frankreich bezüglich Marokkos eine weitere Zuspitzung
erfahren sollten.

In Paris tritt man zu gleicher Zeit den Behauptungen
der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ entgegen, daß
Deutschland von dem Abkommen nicht unterrichtet gewesen
sei. Der „Matin“ behauptet, Delcassé habe den Wortlaut des
Abkommens auf diplomatischem Wege der deutschen Regierung
mitgeteilt, ehe es unterzeichnet war, eine Behauptung,
die in vollem Widerspruch steht zu den Behauptungen des
Berliner Regierungsorgans. Der „Matin“ führt weiter aus,
der französische Minister des Auswärtigen habe wiederholt
förmliche Versicherungen gegeben, daß die deutschen Wirtschafts-
interessen in Marokko gesichert bleiben würden, auch sei er be-
reit, diese Versicherungen mündlich oder schriftlich zu wieder-
holen. Weiter scheint die französische Regierung durch den
„Matin“ die Demütigungen über die Kaiser-
reise zerstreuen zu wollen. Es wird erklärt, daß die
französische Regierung von der geplanten Kaiserreise im
voraus verständigt worden sei, Deutschland habe ihr das
Reiseprogramm in allen Einzelheiten mitgeteilt, der Kaiser-
besuch in Tanger sei nicht politisch und könne in keiner Weise
Frankreichs Verhältnisslinien in Marokko ändern.

Südwestafrika.

Die Freunde unserer Kolonialpolitik sind eifrig bei der Arbeit,
durch feurige Schilderungen der kolonialen Ausblicke uns neues Material
zur Agitation — gegen diese Politik zu liefern. Die famose
Droschke des Reichskommissars Dr. Korbach ist im „Vorwärts“ be-
reits gewürdigt worden; jetzt befaßt sich eine Arbeit des Geheimen
Regierungsrats Prof. Dr. Wohltmann die Schlussfolgerungen, die
wir aus Korbachs Darstellungen ziehen.

Am überhaupt die Diskussion über den Wert und die Ausblicke
Südwestafrikas auf eine feste Grundlage zu stellen, wolle man sich
immer gegenwärtig halten, daß das Verhältnis der weißen Be-
völkerung des Landes zu seiner Fläche sich so verhalten, wie
wenn auf dem Gebiete des Königreichs Sachsen 60 (sechzig) und
schreibe: sechzig) Personen wohnt! Wenn einmal die
5000 Familien dort wohnen werden, denen Korbach eine
Existenzmöglichkeit prophezeit, dann würde sich die Be-
völkerungsdichtigkeit vermutlich so sehr steigern, daß gleich einmal
250—300 Personen auf ein Gebiet, wie das Königreich Sachsen,
entfallen würden! Mit den „Nachbarstaaten“ wird's da wohl
gute Wege haben, und es wird dort unten immer viele geben, die
„nicht zu einander kommen“ könnten.

Professor Wohltmann, der das Besondere ablegt, daß es ihm
schwer falle, dem Optimismus über Deutsch-Südwestafrika entgegen-
zutreten, sagt: „Deutsch-Südwestafrika ist und bleibt, wenn nicht
Erze oder wertvolle Mineralien gefunden werden, ausschließlich eine
Kolonie für Viehzucht und Ackerbau.“ Wie steht es aber mit der
Eignung von Klima und Boden für diese landwirtschaftliche
Tätigkeit? Abgesehen der ganz unbrauchbaren Wüstenstriche
bleiben im Schutzgebiete etwa 700 000 Quadratkilometer subtropisches
Steppegebiet, das sehr verschieden mit Regen bedacht ist. Die
Regenarmut sehr vieler Gegenden zwingt uns, noch 200 000 Quadrat-
kilometer von der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche abzupfeilen.
Bleiben also noch rund 500 000 Quadratkilometer. Ein ungeheuer
großes Terrain; aber ungeheuer groß sind auch die Flächen, die
jede einzelne Viehfarm zu ihrem Betriebe nötig hat. Man rechnet
in Deutsch-Südwestafrika nach Wohltmann, daß im Mittel 40 Hektar
(= 100 Morgen!) erforderlich sind, um ein Stück Großvieh zu er-
nähren; in dem etwas regnerischeren Norden dürften jedoch bereits
(bereits!) 25—30 Hektar im Mittel genügen.“ Demnach kann man
im Schutzgebiete auf 1000 Hektar nur 25 Stück Großvieh
halten; 10 000 Hektar, das sind 100 Quadratkilometer, er-
nähren eine Herde von 250 Stück, die soviel Gewinn abwerfen
kann (kann!), daß eine Familie damit bescheiden leben
kann. So liegen die Verhältnisse!

Man denke sich eine Farmersfamilie auf einer Farm von
100 Quadratkilometer Fläche; daß sie in dieser schrecklichen Isolation
über kurz oder lang in völlige, an Vertierung streifende Unkultur
verfallen muß, ist selbstverständlich. Wer möchte seine Familie einer
solchen Gefahr aussetzen, zumal wenn er im Besitze der zur An-
siedlung im Schutzgebiete notwendigen nicht geringen Kapitalien ist?
Mit weniger als 20 000 M. ist an einen auch nur mittelmäßigen
Farmbetrieb in Südwestafrika gar nicht zu denken; und dabei kann
der Farmer nicht vor 10 Jahren vom Tage der Ansiedlung ab auf
eine Verzinsung seines verauslagten Kapitals denken. Es ist deshalb
nötig, daß unser Volk immer wieder nachdrücklich vor
der Auswanderung nach Südwestafrika gewarnt
wird: ist erst einmal der Perero- und Witboikrieg beendet, dann
wird vermutlich eine heftige Agitation für die Siedelung im Schutz-
gebiete beginnen, da heißt es vorbereiten!

Genau so aussichtslos wie der Viehfarmbetrieb ist der Acker-
bau im größeren Stile: es gibt ein paar wasserbegünstigte Flecken
Erde, wo sich der Anbau landwirtschaftlicher Pflanzen lohnen mag,
im großen und ganzen aber befindet sich das ganze Schutzgebiet im
Zustande „natürlicher Unfruchtbarkeit“. Abhilfe wäre
wohl — so sagen die Kolonialenthusiasten — durch Bewässerungs-
anlagen zu schaffen. Man bedenke aber, daß nach Korbachs Berech-
nungen fünf große und fünf kleine Stauseen, mit denen man im
ganzen etwa 20 000 Hektar bewässern könnte, schon auf 25 000 000 M.
zu stehen kommen würden. Auf den Hektar würden 1250 M. An-
lagekosten fallen. Für diesen Preis kann man brauch-
bares Ackerland auch noch in Deutschland kaufen!
Wie es aber überhaupt mit der Bewässerung steht, das
sagt Wohltmann klipp und klar: „Für Bewässerungsanlagen
fehlt, abgesehen vom Transjessub, der unsere Grenze bildet, das
fließende Wasser fast gänzlich, d. h. gerade zu jener Zeit, wenn es für
Bewässerung benötigt wird. Auch Brunnenwasser und artesisches
Wasser — wenn letzteres überhaupt vorhanden ist — dürften sich
nur in spärlichen Mengen für Feldbewässerung darbieten; auch Quell-
wasser tritt nur vereinzelt auf und ist somit für die Be-
wässerung großer Flächen nirgend genügend vor-
handen. Wer je die Kiederflusssituationen dieser Kolonie und
andererseits ihren geologischen Aufbau sorgfältig studiert hat, kann zu
einem anderen Ergebnis nicht gelangen. Die ausgezeichneten Arbeiten
Dr. Passarges bestätigen meine Auffassung von der großen Wasser-
armut des Bodens und der Gebirge leider schlagend.“
In der Tat, aus dem geologischen Aufbau Südwest-
afrikas läßt sich der zwingende wissenschaftliche Schluß ziehen,
daß weder Untergrund- noch artesisches noch Quellwasser irgendwie
und irgendwo in für Feldbewässerung in Betracht kommender Menge
je wird angetroffen werden können.

Aus diesen Tatsachen zieht Professor Wohltmann den Schluß,
daß es mit der Landwirtschaftlichen Zukunft Südwestafrikas
nichts ist und nichts sein kann. Er erblickt die Zukunft der Kolonie
vielmehr in der Ausbeutung der in ihr verborgenen Erzfunde.
„Eine sichere Grundlage für diese meine Ver-
mutung“, so sagt er aber selbst, „kann ich zwar noch
nicht bieten und wird heute auch kein anderer Mensch zu bieten
vermögen, aber einer leiser Berechtigung derselben

wird jeder Kenner Südwestafrikas wohl zu-
stimmen können.“ Na, also!

Die sechs Landgesellschaften, die 295 000 Quadratkilometer Land
als „Eigentum“ in Südwestafrika an sich gebracht haben, beginnen
schon jetzt mit ihrer Propaganda für eine Verpflanzung von deutschen
Landwirten nach Südwestafrika; man muß ihnen das saubere Hand-
werk legen. Zugleich müssen wir aber auch dem Volke die Augen
über eine Kolonialpolitik öffnen, die ungeheure Opfer an Gut und
Blut sinnlos für vollkommen wertlose Landstriche ver-
gendet, nur um einer Handvoll Kapitalisten damit die Gelegenheit
zu einer neuen Form der Volkspoltererei zu geben! —

Der Bergarbeitertag.

Die Konferenz der preussischen Bergarbeiter, die gestern
im Gewerkschaftshause zusammentrat, fand die ihr gebührende
Aufmerksamkeit. Delegierte waren 119 anwesend als Ver-
treter des alten Verbandes, des christlichen Verbandes, des
Kirch- und Arbeitervereins, der polnischen Berufs-
vereinigung, des ober-schlesischen Vereins der Bergarbeiter zu
gegenseitiger Hilfe und des christlichen Vereins im Sieger-
land. Sie waren aus allen preussischen Revieren gekommen.
Ein charakteristischer Zwischenfall am Ende des ersten Ver-
handlungstages zeigte das große Interesse, das die Bergarbeiter
aller Richtungen an der gegenwärtigen Bewegung nehmen.
Der Vorsitzende teilte nämlich mit, daß sich beim Bureau
noch ein Delegierter aus Oberschlesien gemeldet habe als
Vertreter der katholischen Fachabteilungen. Nun haben die
katholischen Fachabteilungen, die gegenwärtig mit Eifer an
der Zerspaltung der Arbeiter wirken, offiziell beschlossen,
den gemeinsamen Bergarbeitertag nicht zu besichtigen. Die
Siebener-Kommission war nun, wie Effert mitteilte, nicht ge-
willt, den angeblichen Vertreter der katholischen Fach-
abteilungen zuzulassen. Nun meldete sich aber der Dele-
gierte selbst zum Wort, um zu erklären, daß er nicht eine
katholische Fachabteilung (Berliner Machwerk) vertritt, son-
dern den katholischen Verein der Bergarbeiter in Deuthen.
Er verlangte zugleich energisch, zugelassen zu werden,
weil diese Konferenz alle preussischen Bergarbeiter ver-
treten solle. Es entspann sich darüber eine etwas unklare
Diskussion, in der viele Bedenken gegen die Zulassung geltend
gemacht wurden. Genosse Hue vertrat demgegenüber den
einzig richtigen Standpunkt, daß diese Zusammenkunft mit
den Organisationsstreitigkeiten nicht befreit werden dürfte,
daß vielmehr jeder, der als Beauftragter einer Bergarbeiter-
gruppe Zutritt zu der Konferenz verlange, zugelassen werden
müsse, da es sich hier einzig um eine Arbeiterzusammenkunft
handle, die die Wünsche der Arbeiter gegenüber der Gesetz-
gebung über die Arbeitsverhältnisse geltend machen solle.
Als schließlich abgestimmt werden sollte, lehnten es die Ver-
treter der einzelnen Organisationen nacheinander ab, durch
Abstimmung zu entscheiden und das Bureau erklärte darauf,
daß es den Delegierten als stimmberechtigt zulasse.

Neben einer großen Anzahl Pressvertreter waren Vertreter
verschiedener gewerkschaftlicher Organisationen als Gäste an-
wesend und es waren Vertreter der sozialdemokratischen Partei,
des Zentrums, der freimütigen Gruppen und der Polen der
an sie ergangenen Einladung gefolgt. Nur die Regierung
bringt den Arbeitern die gewohnte Nichtachtung entgegen. Die
Siebener-Kommission hatte das Handelsministerium und das
Reichsamt des Innern eingeladen. Das Handelsministerium
hatte mit der üblichen Ausrede geantwortet, daß ihm die Zeit
fehle, was natürlich nicht wahr ist. Eine unklare Ausrede hatte
sich Posadowski erfinden lassen: Es handle sich um eine
preussische Angelegenheit und die gehe das Reichsamt des
Innern nichts an. Glücklicherweise das Deutsche Reich, wenn es
Preußen ignorieren könnte!

Vor Beginn der Verhandlungen einigte man sich noch
über einige formale Fragen. Es war von christlicher Seite
vorgeschlagen worden, nach der Zahl der auf der Konferenz
vertretenen Mitglieder abzustimmen. Demgegenüber wurde
jedoch geltend gemacht, daß man damit dem alten Verbands-
ohne weiteres die Majorität einräume. Dann wurde aus den
Reihen des alten Verbandes vorgeschlagen, die Möglichkeit
offen zu lassen, daß jede Organisation für sich abstimmen
könne. Schließlich einigte man sich darauf, vor jeder Ab-
stimmung den Modus festzustellen. Und es kann gleich
konstatiert werden, daß eine Majorisierung schon aus dem
materiellen Grunde gar nicht in Frage kommen wird, daß
die Bergarbeiter in ihrem Urteile über die Vorschläge der
Regierung so ziemlich einig sind. Die einzige, am ersten Tage
vorgenommene Abstimmung ergab Einstimmigkeit.

Hue, der das Generalreferat über Berggesetzgebung
hatte, legte seinen Ausführungen eine sehr wirksame Parallele
zu Grunde, indem er darauf hinwies, daß die Arbeiter heute
von den Unternehmern als Rebellen behandelt werden, ob-
wohl sie nichts weiter tun, als was die Unternehmer vor
50 Jahren getan haben. Damals kämpften die Unternehmer
gegen die Verbodmung durch die Bureaucratie und wurden
dafür als Rebellen behandelt; heute kämpfen die Arbeiter
gegen die Verbodmung durch die Unternehmer und werden
dafür von diesen ehemaligen Rebellen als Rebellen
behandelt. Die wohlbedachte, ausführliche Rede fand leb-
haften Beifall. Von einer Diskussion über sie wurde ab-
gesehen, weil die Einzelfragen noch in besonderen Referaten
behandelt werden.

Nach Erledigung der Frage des Zechenlegens, über die
Köster vom christlichen Gewerksverein mit Sachkunde referierte,
sprach Hufemann vom alten Verband in charak-
tervoller, wirksamer Rede über den sanitären Arbeitstag und
zerpflückte diese Mißgeburt in der grausamsten Weise unter
alkoholischer lebhafter Beifall. Darüber ist in der nächsten
Sitzung eine bewegte Debatte zu erwarten, die vermutlich viele
beachtenswerte Einzelheiten aus den persönlichen Erfahrungen
der Delegierten zutage fördern wird.

Außer der Resolution Hufemann zur Schlichtzeit liegt eine
große Resolution zur Arbeitsordnung nebst einem sorgfältig
ausgearbeiteten Entwurfe zu einer Normal-Arbeitsordnung vor
und ebenso eine Resolution zum Knappschaftswesen.

Die Delegierten der einzelnen Verbände halten noch ge-
sonderte Zusammenkünfte ab. —

Sturmlauf gegen die Sozialpolitik.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die
Vergesellschaftung, die sich auf die Regelung der Arbeiter-
verhältnisse bezieht, an eine Kommission verwiesen. Ob und in
welcher Form die Vorlage Gesetz wird, läßt sich noch nicht
übersehen, sie stößt nicht nur in den Reihen der Konservativen,
sondern auch der Freikonservativen und der Nationalliberalen
auf lebhaften Widerspruch. Freilich scheint dieser Widerspruch
nicht sowohl sachlichen Bedenken zu entspringen als vielmehr
der Befürchtung, daß das Gesetz zu einer Stärkung der Sozial-
demokratie beitragen könnte. Wenn man die Scharfmacher-
reden der Herren v. Zedlitz (ft.) und Hilb (nat.) hörte,
dann mußte man unwillkürlich zu der Ansicht kommen, daß

die Regierung sich mit den Sozialdemokraten verbunden habe,
um einen solchen Entwurf einzubringen. Es ist ein charak-
teristisches Zeichen für den sozialpolitischen Tiefstand des Drei-
klassen-Parlamentes, daß selbst so bescheidene Reformen auf
Widerstand stoßen. Nach Ansicht der Scharfmacher hätte die
Regierung die Mißstände im Ruhrrevier nicht nur ruhig fort-
bestehen lassen, sondern ein Gesetz zum Schutze der Arbeits-
willigen einbringen und durch Polizei und Militär die
streifenden Bergarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit
zwingen sollen. Daß sie das nicht getan hat, erregt den Zorn
der Grubenbarone und ihrer Sachwalter im Landtage so sehr,
daß sie den unglücklichen Minister Köller, der es doch so gut
mit ihnen meint, beinahe mit den Sozialdemokraten in einen
Topf werfen. Zwei Gründe sind es hauptsächlich, denen die
Opposition gegen die Vorlage entspringt, einmal der Stand-
punkt des „Herr im Hause sein“, der durch die Arbeiter-
ausschüsse durchbrochen wird, und sodann die Furcht vor
materieller Schädigung. Klage doch ganz offen der frei-
konservative Kommerzientrat Vorster darüber, daß die Vor-
lage für die Industrie eine große Belastung bedeute, da die
Kohlen dadurch verteuert würden. Lieber sollen die armen
Bergarbeiter in ihrer Lebenshaltung noch weiter herabgedrückt
werden, als daß der Unternehmerprofit auch nur um einen
Pfennig geschmälert wird.

Für die Vorlage traten neben dem Minister Köller,
der sich gegen Angriffe seines ehemaligen Fraktionsfreundes
Hilb zu verteidigen hatte, die Abgg. Wolff-Lissa (fr. Bg.)
und Brust (B.) ein, der es nicht unterlassen konnte, bei
dieser Gelegenheit ein Loblied auf die Arbeiterfreundlichkeit
des Zentrums anzustimmen.

In der Debatte trat mit feltener Offenheit der ganze
Haß gegen die Sozialpolitik hervor, die man nicht mehr will,
da sie als Lockspeise für Arbeitergimpel dank der sozialdemo-
kratischen Aufklärung völlig versagt hat. Freilich hat die
Regierung mit einer ungläublichen Blumigkeit operiert; die
elende Weisheit von der mittleren Linie hat völlig versagt.
Anstatt sich in den Mantel sozialpolitischer Wohlthäter zu hüllen,
die unbekümmert um die Sozialdemokratie die Pflichten der
sozialen Monarchie erfüllen, vertreten sie, daß sie das Best
aus parteipolitischen Interesse unternommen hätten,
um der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Dem gegenüber
hatten die Scharfmacher leichtes Spiel. Uebrigens ging aus
der Debatte hervor, daß die Scharfmacher hinter den Novellen
den Einfluß monarchischer Wohlthäter vermuten, unter deren
Zwang der Scharfmachernminister Köller eingeschwenkt ist.

Am Mittwoch wird die zweite Vergesellschaftung (Still-
legungsgejet) beraten. Außerdem stehen auf der Tages-
ordnung die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betr.
die Schadloshaltung des Hauses Schleswig-Holstein-Glücksburg
und die Sekundärbahn-Vorlage. —

Die Bettwäsche des Grafen Ballestrem.

Die geborenen Gesetzgeber Preußens, so im Herrenhause
sagen, hatten diesmal bei der Generaldebatte des Etats am Dien-
stag ein schweres, aufregendes Problem zu bewältigen. Ueber ihren
Hauptern hatte die Gefahr geschwebt, daß das preussische
Abgeordnetenhaus, ohne sie zu befragen, dem Präsidenten des
höchsten Hauses ein paar tausend Mark Repräsentationsgelder
bewilligen könnte. Dies verletzten den Stolz der Herrenhäuser auf
stiefte, zumal die Ärmsten so wenig Rechte haben, daß sie eine
solche Etatsposition, wenn sie einmal im Abgeordnetenhaus be-
willigt worden ist, nur durch die Ablehnung des ganzen Etats zu be-
seitigen imstande wären. So unternahm denn der Herr v. Mantauffel,
der diesmal keine Neigung zu haben schien, wie im Vorjahre den
Stoff zu einer sozialdemokratischen Agitationsbrochüre zu reden,
einen gewaltigen Vorstoß gegen die Verletzung der Würde des
Herrenhauses, die in der Aufdrängung von Repräsentationsgeldern
liege. Außerdem beklagte er sich, daß man nicht dem Herrenhause
die Gesegentwürfe zuerst vorlege, sondern dem Abgeordnetenhaus. In-
besondere hätten die Herren die Vergnovellen gern von ihren
höheren Gesichtspunkten zuerst behandelt. Als nun gar der preussische
Finanzminister so unvorsichtig war, zu erklären, hinsichtlich der Re-
präsentationsgelder für die Landtagspräsidenten sich nach den
Wünschen des Parlamentes zu richten, da erklärten sich die Herren
sehr energisch gegen solche Verschiebung der verfassungsmäßigen
Gewalten.

Es steht hinter dieser an sich drohenden Fehde gegen Reprä-
sentationsgelder die altpreussische Junkerfronte gegen den Parlamen-
tarismus überhaupt. Sie sehen in der Dotierung von Parlamen-
tärpräsidenten eine Verstärkung des Prinzips des Parlamentarismus,
worauf sie eigentlich hinauswollten, das hat Herr v. Mantauffel
zum Ueberflus noch ausgesprochen, indem er in lebhafter Schilderung
den Lugas geißelte, der in dem Präsidialgebäude des Reichs-
tages herrscht. Er zählte das äppige Inventar vom Silberzeug
bis zur überreichlichen Bettwäsche des Präsidenten Graf Ballestrem
mit großer Würde und Verabscheuung auf. Von der Regierung
wurden die erregten Herren beschwichtigt und man versicherte ihnen,
daß sie gar nicht daran denke, die Würde des Herrenhauses zu
kränken. Graf Ballestrem war verhindert zu erscheinen, wie ent-
schuldigend bemerkt wurde, und so kam er um einen neuen Beweis
seiner diplomatischen Fähigkeit, die Bettwäsche seines Freundes Graf
Ballestrem gegen den Ansturm der preussischen Herrenhäuser gütigend
zu retten.

Die Herrenhäuser sind im übrigen, so ergab die Etatsdebatte,
nach dem Riesenspross der Handelsverträge so geblüht, daß sie wenig
Neigung haben, mit der Regierung zu rufen. Graf Mirbach hielt die
fällige Scharfmacherrede, die sich von Anfang bis zu Ende mit
Angelegenheiten beschäftigte, die dem Reichstage gebühren.
Graf Mirbachs Ideal ist: Vereinfachung aller direkten
Steuern, auch in den Einzelstaaten. Die Finanzen der
Einzelstaaten sollen durch die Eisenbahneinnahmen gedeckt werden
und im Reich soll das System der indirekten Steuern ausgebaut
werden. Graf Mirbach empfindet jede Steuer, die ein Junker zu
bezahlen hat, als eine Vermögenskonfiskation, und so erhob er denn
den schärfsten Protest gegen den Plan einer Reichs-Erbchaftsteuer,
welche die ungerechteste Vermögenskonfiskation bedeute, die denkbar
sei. In der Sozialpolitik sieht Graf Mirbach unter Verunsung auf
den Grafen Posadowski und den freimütigen Sozialarzt Rugden
nur noch die Verleppung tiefer Unsitlichkeit, welche die Menschen
entwert. Die Internationale des Umsturzes erscheint ihm im Rückersil
als der rote Manasse, der aus Anstich der Erde gleichzeitig die Streiks im
Ruhrrevier, in Belgien und in Tirol hervorgehen habe. Man dürfe
die staatsverhaltenden Kreise nicht immer weiter belasten, um den
breiten Massen entgegenzukommen, die doch jener Feinde sind. Als
Graf Mirbach sich versprechend das Jahr 1905 statt 1903 nannte,
geschah etwas Furchtbares: Es scheint auch in dem Herrenhause einen
Delegierten des roten Manasse zu geben; denn das Versprechen
zeitigte den unerhörten Zwischenruf „100 Jahre rückständig!“

Uebrigens hatten die erkrankten Herren keine Neigung — so
zufrieden sie sind — die Anklagerede des Grafen Mirbach gegen
die Reichspolitik längere Zeit zu ertragen. Nach 10 Minuten Mirbach
wurde das Haus bereits so geräuschvoll, daß der Redner mit einer
plötzlichen Wendung sich zu den hinter ihm Plaudernden umdrehte

und sie anherrschte „Verzeihen Sie die Störung“. Er sprach dann nur noch mit dem Anführer gegen die Regierung und das Präsidium, um seine Zuhörer im Saal zu halten, bis ihn der Präsident wiederholt zum „Frontangriff“ und zur Umdrehung nötigte.

Aus der weiteren Generaldebatte ist nur noch zu erwähnen, daß der Kölner Bürgermeister Becker sich über die Kommunalbelastung beschwerte und die Einführung der indirekten Steuern auch in den Gemeinden befürwortete. Damit war die Generaldebatte zu Ende und das Haus verlor sich in die Einzelberatung.

Liebesgaben und Pumpwirtschaft.

Wie das ganze Deutsche Reich mit seinem Preußen, das größer ist als alle anderen Bundesstaaten zusammen, ein staatsrechtliches Monstrum ist, so stellt das Finanzsystem dieses monströsen Reiches ein wahres Labyrinth dar. Es gibt wenig Leute in Deutschland, die sich durch das verwickelte Durcheinander von Matrixularbeiträge, Ueberweisungen, Zöllen usw. durchzufinden vermögen. So wenig empfehlenswert an sich das System der Matrixularbeiträge der Einzelstaaten zumal bei der plumpmechanischen Berechnung nach der Kopfzahl ist, so bildet es doch, so lange wir nicht direkte, die wirklich tragfähigen Schultern treffende Reichsteuern haben, die einzige Schutzwehr gegen Molochs und Agaris allzugroße Begehrlichkeit. Daß zumal den kleinen Staaten mit ihren durch dynastische und sonstige Ausgaben zerrütteten Finanzen die Matrixularbeiträge recht unangenehm sind, ist ja begreiflich, und daß der nationalliberale Abgeordnete Pätzig von Koburg und der wildkonservative Brunstermann aus dem Rintahurstaat Schaumburg-Lippe Jeter und Morbio über die Belastung ihrer Wahlkreise schrien, kann man ihnen nicht weiter übel nehmen. Die beiden Herren waren aber auch die einzigen, die den kaum mehr verschämten Versuch des Reichssekretärs, den Beschluß der Kommission und Streichung der Zuschußanleihe durch das Plenum umstoßen zu lassen, unterfügten. Die Linke hat selbstredend keinen Grund, den kleinen Klientelstaaten Preußens den Gurratriotismus billiger zu machen. Auf das schärfste wurde dieser Standpunkt von den Genossen Singer und Südekum vertreten. Das Zentrum bekundete durch Gröbers Mund eine unerschütterliche Festigkeit, von der wir nur hoffen wollen, daß sie bis Donnerstag oder Freitag vorhält, und auch die preussischen Konservativen v. Nitzschowen und v. Kardorff zeigten für Lippe und Koburgs Schmerzen großen Mangel an Verständnis. Uebrigens hat der alte Kardorff, der wieder einmal seinen staatsphilosophischen Tag hatte, eine neue Einnahmequelle entdeckt: das Reich soll die Eisenbahn-Reinerträge der Einzelstaaten besteuern. Wir fürchten nur, daß der Rheinboden von diesem Vorschlag wenig erbaut sein wird. Der Streichungsantrag der Kommission wurde schließlich gegen ein paar verprengte Konservativen und Nationalliberale angenommen.

Die nationalliberale Partei, einstmals die Erbpächterin des Reichsgedankens, scheint dem Partikularismus ein Asyl in ihrem Schoße bieten zu wollen, dem Partikularismus, den die Zentrumspartei verstoßen hat, seitdem sie Reichstrumpfpartei geworden.

Im übrigen brachte der Rest der zweiten Etatslesung nicht allzu viel bemerkenswerte Momente. Was Dr. Arendt über die Reichsbank sagte, interessierte nur den Dr. Arendt. Die Agrarier sind aufs neue mit einer Resolution auf Streichung der Zollkredite amariert, die sie in dritter Lesung unter freundschaftlicher Mitwirkung des Zentrums in eine Kommission bringen werden. Selbstredend sprach sich die Linke gegen den Antrag aus, wobei Genosse Singer kurz und bündig den natürlich scharf ablehnenden Standpunkt unserer Partei zum Ausdruck brachte. Bei der Jüdersteuer regte Genosse Ledebour eine Herabsetzung an, die den Inlandskonsum beträchtlich erhöhen würde. Der Fiskalismus der Regierung hat natürlich Bedenken.

Den Schluß der Sitzung bildeten Wahlprüfungen. Eine kurze Debatte fand bei der Wahl des Abg. Riepenhausen statt, der nur durch Saalabteilungen und Freibier „gesiegt“ hat, wie Genosse Herbert hervorhob. Indessen erklärte die Mehrheit die Wahl für gültig.

Am Mittwoch ist die dritte Lesung des Etats und der Militärvorlagen.

Soldatenshinder und Beschwerderecht.

Aus Hamburg wird uns berichtet: Vor dem hiesigen Kriegsgericht fand die Verhandlung statt gegen einen Soldaten wegen der letzten Selbstverwundung. Dabei wurden die Untaten eines Unteroffiziers Kleist bekannt, der zuvor in Neumünster wegen Mißhandlungen und Entwendung eines Geldbetrages zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Kleist ist ein Produkt der Unteroffizierschule und der Unteroffizierschule. Er begann als Dienjunger Würschden seine Laufbahn als Schneidiger Freundentiller, vor jeder menschlichen Regierung. Er hätte auch sicher seine Erziehungsinstitute noch länger betrieben, wenn nicht der mißhandelte Rekrut Sander zum Revolver griff, um sich aus dem Lande der vollenbesten Rechtsgarantien in das bessere Jenseits zu befördern. Der Rekrut brachte sich aber nur eine unbedeutende Verletzung an der Hand bei, die Wunde heilte bald und er wurde angestrichelt wegen verjünger Selbstverwundung. Die Anklagebehörde nimmt an, daß es Sander nicht ernst gewesen sei um seinen Selbstmord. Nur durch Sander's Vernehmung im Lagarett sind die Schandtaten der Bestie im Unteroffiziersstad aus Tageslicht gekommen. Der Angeklagte behauptete, es sei kein heiliger Ernst gewesen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, da er den fortgesetzten Mißhandlungen habe aus dem Wege gehen wollen. Kleist hatte bei jeder Gelegenheit Faustschläge ins Gesicht und Fußtritte gegen den Leib verabreicht, worauf die „Rekruten“ stutzten. Stundenlang wurde „geübt“, bis die Rekruten zusammenbrachen. Dann sagte sie der Unhold beim Kopf und stieß damit auf den Fußboden, außerdem gab er zur Aufmunterung Schläge mit dem Seitengewehr. Auf Kommando seines Quälers mußte Sander sich 50 mal hintereinander platt auf den Fußboden werfen und schnell wieder aufspringen, bis er ermattet liegen blieb. Kleist stieß ihn, um ihn wieder zu beleben, mit dem Fuß gegen den Leib. Als S. aufstand, rüßelt er abermals einen Fußtritt und stieß gegen die Wand. Jetzt suchte der Geschundene aus dem Bereich des Wüterichs zu gelangen und lief auf den Korridor, doch wurde er eingeholt und ins Zimmer gezerrt. Sodann zog Kleist sein Seitengewehr und stieß nach S., dem die Säbelstiche durch die Kleidung drang und die Brust verletzten. „Woher hast Du die Verletzung am Kopf?“ fragte er einen anderen Rekruten, der wahrheitsgemäß antwortete: „Der Herr Unteroffizier haben mich doch geschlagen!“ In wahrhaft diebischer Weise wurde der Rekrut mißhandelt, was sich so lange wiederholte, bis der Rekrut die befriedigende Antwort gab: „Ich habe mich gestochen.“ Nun sagte Kleist: „Siehst Du wohl, Dein Unteroffizier ist ein Gemütsmensch, der schlägt nicht.“ Ueber das jedem Soldaten zustehende Beschwerderecht instruierte S. seine Leute wie folgt: „Beschwert Euch ruhig, dann drehe ich die Sache so, daß Ihr entweder ins Gefängnis wandert oder zur Arbeiterabteilung kommt.“ Am Tage der Rekrutenvorstellung atmeten die Leute erleichtert auf, hofften sie doch, einen anderen Korporalschaffsführer zu bekommen, der sie weniger schände. Tags darauf erklärte der Unteroffizier diabolisch: „Recht, Ihr bleibt in meiner Korporalschaft; Ihr habt erst den Anfan-

meiner Erziehungsmethode kennen gelernt. Ich werde dieselbe fortsetzen, bis Ihr nicht mehr wißt, ob Ihr Männchen oder Weibchen seid.“ Das war dem Sander zu viel, er wollte sich durch eine Kugel von seinem Peiniger befreien. Das Kriegsgericht sprach Sander frei, weil Selbstmordversuch vorliege und nicht Selbstverwundung.

Partei-Nachrichten.

Der niederösterreichische Landes-Parteitag wurde nach zweitägiger Beratung geschlossen, nachdem er den wichtigsten Punkt, die Gemeinderatswahlen, noch eingehend erörtert hatte. In den nächsten Monaten werden in allen größeren Landgemeinden Niederösterreichs die Wahlen aus dem vierten Wahlkörper stattfinden und es war darum notwendig, sich über die dabei zu beobachtende Taktik klar zu werden.

Einstimmig wurde der Antrag angenommen, daß bei jeder Gemeinderatswahl in einer der großen Landstädte Niederösterreichs der Landesauschuh nach Maßgabe der Wichtigkeit des betreffenden Ortes mit aller Kraft durch Delegierte mitzuwirken hat.

Politischer Massenstreik. Eine Kreisversammlung für den 17. sächsischen Reichstagswahlkreis, die am letzten Sonntag in Glauchau tagte, beschäftigte sich unter anderem mit der Wahl der Delegierten für den sächsischen Landesparteitag. Folgenden Antrag der Meeraner Parteigenossen machte die Versammlung zu dem ihrigen:

„Die Landesversammlung wolle beschließen, daß zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Sachsen eine kräftige Agitation entfaltet wird. Bei derselben ist auf den politischen Massenstreik (Generalstreik) als einem Mittel zur Erzielung eines besseren Wahlrechts nachdrücklich hinzuweisen.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Preßprozeß vor pfälzischen Geschworenen. Vor dem pfälzischen Schwurgericht in Zweibrücken hatte sich Genosse Dickreiter, Redakteur der „Pfälzischen Post“, wegen angeblicher Beleidigung von Genarmen zu verantworten, gegen die er den Vorwurf erhoben hatte, einen Bettler mißhandelt zu haben. Eine Reihe von Zeugen behaupteten, daß die Genarmen den am Boden liegenden älteren, gebrechlichen Bettler traten, schlugen (auch mit der Kette) und über die Straße schleiften. Allerdings habe er um sich geschlagen und getreten. Der Staatsanwalt hielt die Klage aufrecht. Die Genarmen hätten Gewalt anwenden müssen, da sie sich sonst, wenn sie nicht Herr über den sich Widerlegenden geworden wären, bei den Umstehenden lächerlich gemacht hätten. Allerdings müsse er selbst zugeben, daß sie vielleicht etwas zu weit gegangen wären.

Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen.

Kommunales.

13. (außerordentliche) Sitzung vom Dienstag, den 28. März, nachmittags 5 Uhr.

Die heutige der Fortsetzung der Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1905 gewidmete außerordentliche Sitzung wird vom Vorsitzenden Dr. Langens um 1/2 Uhr eröffnet. Anwesend sind zu Beginn höchstens 30 Mitglieder.

Die Etatsberatung hatte am letzten Donnerstag vor der Abstimmung über den Spezialetat für das städtische Obdach abgebrochen werden müssen. Referent des Etatsauschusses über diesen Etat, sowie über diejenigen für die Desinfektionsanstalt II, die Hülfstation für Geschlechtsranke und Nachlassverwaltung ist Stadtv. Giese (N. L.).

Die Etats werden genehmigt. Stadtv. Gisel (Fr. Fr.) referiert über die gesamten Etats der städtischen Unterrechtsverwaltung.

Beim Etat der Gemeindefschulen bringt

Stadtv. Kollakowsky (Soz.-Fortf.) zur Sprache, daß von einem jungen Mädchen wiederholt die Vergewaltigung von Schulmädchen auf den Aborten von Gemeindefschulen versucht worden ist, und fragt, welche Vorkehrungen getroffen seien, um die Schulhöfe und deren Aborte von der Öffentlichkeit abzuschließen.

Stadtv. Dr. Ulrich (N. L.) teilt mit, daß die Schuldeputation das Erforderliche bereits vorgesehen habe.

Stadtv. Gömann (Fr. Fr.) hält es für sehr schwer durchführbar, die Schulgrundstücke völlig abzuschließen, weil man dann Portiers anstellen müßte.

Stadtv. Kollakowsky entgegnet, daß er von einer Abschließung der Schule in der Galmstraße bisher nichts bemerkt hat.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Dem Etat der „Gemeindefschulen“ wird von uns besondere Beachtung geschenkt, da wir in die Schuldeputation nicht zugelassen werden und genötigt sind, unsere Beschwerden direkt vor die Öffentlichkeit zu tragen. Schulrat Joid und Kollege Cassel haben im Abgeordnetenhaus gegen das achtklassige System Sturm gelaufen, Herr Cassel vor kurzem auch hier. Verwunderlicherweise hieß Herr Rosenow in dieselbe Herbe und gab seiner alten Liebe, der achtklassigen Schule, den Laufpaß. Das achtklassige System hat bisher seine volle Wirkung nicht ausüben können, weil es noch zu kurze Zeit besteht. Das wissen doch aber die genannten Herren auch. Stadtschulrat Gerstenberg führte neulich aus, daß die Teilung der Unterlassen Geld koste, und damit hatte er vollständig Recht, es handelt sich wirklich nur um eine Geldfrage. Auch die Teilung der Klassen darf nur vier Stunden in der Woche stattfinden. Da kann dann natürlich nicht groß von besonderer Leistungsfähigkeit der Schulanstalten die Rede sein. — Vor kurzem wurde berichtet, daß ein Lehrer sich aus Furcht vor der bevorstehenden Revision durch den Provinzialschulrat das Leben genommen hätte. In einem Falle soll es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Schulrat und dem Rektor gekommen sein, daß der Schulrat das Lokal verließ. Als er wiederkam und die Revision fortsetzen wollte, geriet der erwählte Lehrer in solche Erregung, daß er seine Schüler nach Hause schickte, sich nicht revidieren lassen zu wollen erklärte, hinging und sich das Leben nahm. Wir haben alle Ursache, die Leistungen unserer Volksschulen zu steigern; da müssen alle Mittel, namentlich finanzielle, angewendet werden. Lassen Sie nicht den Vorwurf auf sich sitzen, den Herr Gerstenberg erhoben, daß es an ein paar Hunderttausend Mark fehlt, um mit der Teilung der Aufnahmestufen vorwärts zu kommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtschulrat Gerstenberg: Die Zeit für die Beurteilung der Wirkungen des achtklassigen Systems ist tatsächlich noch zu kurz. Die Herabsetzung der Frequenz auf 65 wird natürlich erstrebt, soweit oder sobald es möglich ist, wir haben schon einiges erreicht und es soll damit fortgesetzt werden, es kommen aber auch Rücksichten auf den Raum in Betracht. Der Fall Wiederemann ist ein sehr trauriger. Der Mann hatte die besten Zeugnisse. Er ist nicht an dem Tage der Revision, sondern erst einige Tage später in den Tod gegangen. Gegen die Revisionen der Staatschulräte können wir nichts einwenden, sie sind ein Ausfluß des Aufsichtsrechts. Vorschreift über die Revision, können wir nicht machen, nur Wünsche aussprechen, die sehr freundlich aufgenommen werden.

Stadtv. Dr. Braß (Soz.-Fortf.): Wir leiden im Neuen und Inneren an einer Hypertrophie von Aufsicht. Für sein Eintreten für die achtklassige Schule weiß ich dem Stadtschulrat besonderen Dank.

Stadtv. Kreising (N. L.): Ich kann auch heute noch nur bedauern, daß seinerzeit Herr Singer als Mitglied der Schuldeputation vom Minister nicht bestätigt worden ist. Wir haben ja jetzt auch einen Sozialdemokraten in die Fortbildungsschul-Deputation gewählt, und es steht auch hier noch gar nicht fest, ob es dabei sein werden hat. Wir untererleiden haben uns dadurch nicht betren lassen. Auch ich stelle mich Herrn Borgmann als Gegner der achtklassigen Schule vor.

Stadtv. Rosenow (N. L.) bekennt, daß er sein definitives Urteil noch vorbehalten müsse, nachdem er die Gründe des Stadtschulrats gewürdigt.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir haben noch viel zu viel Mietschulden und dabei einige davon in Zuständen, die jeder Beschreibung

spotten. Es gibt Schulen, wo die Kinder zu Krüppeln werden können. (Widerpruch und Unruhe.) In der 228. Schule ist ein Mädchen eine ausgelassene Treppe, die mit eisernen Bändern beschlagen ist, die hochsteigen, heruntergeschlagen und hat sich einen Unterschenkelbruch zugezogen. Das Kind hat im Krankenhaus gelegen, der Vater bekam die Krankenhausrechnung, pro Tag 2 M., eventuell Verlust des Wahlrechts! Dann die unentgeltlichen Lehrmittel (Zuruf: Ohe Kamellen!) Unser vorjähriger Antrag auf Erhöhung der Mittel wurde abgelehnt, weil der Fonds ohnehin nicht aufgebraucht würde. Tatsächlich kommt das davon, daß den Kindern bzw. Eltern die Sache bereitet wird. Einem Vater wurde für zwei Kinder das Besuch abgelehnt. 30 Jahre hat der Mann Steuern gezahlt, jetzt sieht er im 60. Jahre, ist an Arm- und Reckenleiden krank, unheilbar und Invalidenrentner mit 14,80 M. monatlich. 38000 Kinder haben sich gemeldet; so viel Geld ist gar nicht da! hat der Nachrückende von der Schulkommission gesagt. So wird's gemacht, um zu erreichen, daß die Summe nicht aufgebraucht wird.

Stadtrat Selberg: Die Verhältnisse in der Mietschule in der Greifswalderstraße sind leider sehr ungünstige; der Neubau wird 1906 fertig sein. Im vorigen Jahre standen nicht 30 000, sondern 80 000 M. im Etat, die sind verbraucht und sogar überschritten worden, sodas dieses Jahr 10 000 M. mehr angelegt sind.

Stadtv. Augustin (Soz.): Von den Schulkommissionen wird leider nicht so liberal verfahren. Es liegt jedenfalls viel Material über Anweisungen vor. (Redner verliest eine Reihe von ablesenden Bescheiden.)

Stadtrat Selberg: In allen diesen Fällen ist nicht ein einziges Mal Armut konstatiert, und das ist doch die Voraussetzung. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die Etats für die Gemeindefschulen, Realschulen, höheren Mädchenschulen, Turnhallen, Taubstummen- und Blindenschule, sowie für das fakultative und obligatorische Fortbildungsschulwesen und die Fachschulen werden genehmigt.

Es folgen die Etats Kapital- und Schuldenverwaltung, Gehälter der Magistratsmitglieder, Personalbesoldung, Verwaltung der Bureauausgaben und der außerhalb derselben belegenen Bureaus, Geschäftsbetriebsmittel und Projektkosten, Pensionen, Waisengelder, Unterhaltungen und Erziehungsgeelder, Strafenbesoldung, Strafreinigung und -Vesperung, verschiedene Einnahmen und Ausgaben, Gasanstalten und Petroleumbeleuchtung. Referent ist Stadtv. Wallach (N. L.).

Der Etatsauschuh schlägt vor, dem Oberbürgermeister 6000, dem Kammerer Raab 3000, den Stadtbauräten Hoffmann und Kranz ebenfalls je 3000 M. persönliche pensionsfähige Zulage zu gewähren, wodurch sich deren Gehälter auf 86 000, 18 000 und je 15 000 M. erhöhen.

Nachträglich ist in den Spezialetat „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ eine Beihilfe von 80 000 M. für Maßnahmen zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit aufgenommen worden. Der Magistrat hält diesen Betrag an Stelle der von der Versammlung geforderten 120 000 M. für genügend, da es sich im ersten Jahre zunächst um einen Versuch handelt.

Durch eine Resolution soll der Magistrat ersucht werden, künftig dem Gasetat eine Spezifikation der gezahlten Arbeitslöhne beizufügen.

Stadtv. Borgmann: Wir werden gegen die Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder stimmen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe städtischer Beamten und Arbeiter mit gleichen Gehältern unterdrückt geblieben sind. Der Oberbürgermeister meinte neulich, man müsse selbstverständlich erwarten, daß die Gemeindeführer nicht bloß um des materiellen Vorteils willen, sondern auch aus idealen Gründen der Stadt dienen. Was von den Lehrern gilt, trifft auf alle Beamten zu.

Ohne weitere Diskussion werden die vorgeschlagenen Zulagen bewilligt.

Bezüglich der Verträge der Gemeindeverwaltung beschließt die Versammlung nach dem Ausschuhentwurf.

Stadtv. Borgmann: Auf der „Großen“ ist der Zehnpennigtarif und zwar höchst bedauerlicherweise mit Sanktionierung durch unsere Verkehrsdeputation auf einzelnen Linien durchbrochen worden. Die Linie Charlottenburg-Stettiner Bahnhof kostet 15 Pf., sie kann für 10 Pf. nur bis zur Gohlfeldstraße befahren werden; wer weiter will, muß 10 Pf. nachzahlen oder wird heruntergeworfen, wie es mir persönlich passierte. Dagegen, daß in Zukunft ähnliches geschieht, muß energig Widerpruch erhoben werden. Sonst besteht nur noch nach Friedrichshagen der 15 Pf. Tarif.

Alle vorausgeführten Etats werden genehmigt.

Darauf referiert Stadtv. Bruns (Soz.) über die Etats Wasserwerke, Viehmarkt, Schlachthof, Fleischbeschau, Kanalisationswerke und Riefelsfelder.

Auch zum Etat der Wasserwerke ist eine Resolution vorgeschlagen, wonach der Magistrat die Arbeitslöhne in einer Anlage genauer spezifizieren soll.

Eine fernere Resolution, wonach das Anfangsgehalt der Vieh- und Schlachthofs-Hörner 1300 M. mit dem der Markthallenpächter (1500 M.) gleichgestellt werden soll, ist vom Ausschuh abgelehnt worden.

Der bisherige Gebührentarif für die Benutzung der Schlachthäuser und für die Untersuchung des Viehs vor und nach dem Schlachten soll beibehalten werden.

Beim Etat der Riefelsfelder, Administrationsbegl. Buch, hat der Ausschuh der Ausgabe 10 000 M. zugehört zur Instandsetzung des Herrenhauses in Buch und schlägt außerdem vor:

Den Magistrat zu ersuchen, den Park von Buch baldmöglichst für den allgemeinen öffentlichen Gebrauch herzurichten und zugänglich zu machen.

Stadtrat Girsborn: Darüber, daß 30 Arbeitern des Wasserwerkes Friedrichshagen zum Teil erst im Winter Urlaub gewährt worden ist, ist jetzt ein Bericht eingegangen, wonach von dem an 57 Mann erteiltten Urlaub 6 auf Oktober, 15 auf November und 3 auf Dezember gekommen sind.

Stadtv. Weyl (Soz.): Nach dieser Erklärung des stellvertretenden Delegierten soll sich also in Friedrichshagen alles in aller Form rechtens abgepielt haben. Es ist klar, daß die Arbeiter auf den Wasserwerken im Sommer nicht so leicht entbehrlich sind wie etwa in den Gasanstalten, aber warum haben die Arbeiter der Wasserwerke in Zegel, Charlottenburg, Lichtenberg usw. den Urlaub im Sommer erhalten können, nur nicht die in Friedrichshagen? Ich behaupte, daß dies lediglich auf eine schikane Behandlung der Arbeiter durch den Dirigenten Anklam zurückzuführen ist. Ich erhebe den schärferen Vorwurf, daß der Dirigent den Arbeiterauschuh bedeutungslos machen und unbedingten Andauergehorsam erzwingen will. Ein solcher Mann kann nicht die Erklärung abgeben, daß die Arbeiter sehr zufrieden gewesen sind mit der Art Urlaub, wie er ihn ihnen aufgemut hat.

Stadtrat Girsborn: Baurat Kalle hat eine Reise angetreten und konnte von der heutigen Sitzung nicht benachrichtigt werden. Die Angriffe auf einen abwesenden Beamten bedauern ich; der Direktor ist mit ihm sehr zufrieden (Gelächter) und Beschwerden der Arbeiter sind nicht eingegangen.

Stadtv. Nathan (Soz.-Fortf.) vertritt die Meinung, daß vernünftigerweise der Urlaub nicht in den Winter verlegt werden kann, wo weder Erholung noch Gesundheit gewährleistet ist.

Stadtv. Goldschmidt (N. L.) schließt sich dem Vorredner an.

Stadtv. Weyl: Im Sommer hat draußen kein Limbo stattgefunden und daher die Entreisung darüber, daß gerade die 30 Innenarbeiter erst so spät im Jahre Urlaub bekamen. Herr Anklam wollte es eben nicht anders.

Die Resolution wird ebenso wie die zu den Gaswerken angenommen und der Wasserwerks-Etat genehmigt.

Stadtv. Hoffmann: Die Arbeiter auf dem Schlachthof sind aufgefördert worden, polizeiliche Führungskräfte beizubringen, soweit sie nach dem 1. April 1901 eingestellt sind. Einer der Arbeiter war 1890 wegen Eigentumsvergehens mit einem Verweise bestraft, 1902 aus gleichem Grunde mit sechs Wochen Gefängnis. Bis Februar dieses Jahres hat er fast ein Jahr vorwurfsfrei gearbeitet und ist jetzt entlassen worden. Seine Bitte um Zurücknahme der Entlassung hat das Kuratorium abgelehnt. Von der Anordnung wegen der

Alte wie von dieser Verfügung des Herrn Hüner hat das Kuratorium nicht die geringste Kenntnis. (Hört! hört! und Bewegung.) Solcher Mißbrauch mit dem Kuratorium wird hier schon zum zweiten Male getrieben! Mit Herrn Hüner können wir nicht arbeiten!

Oberbürgermeister Rischner: Ich habe im Besondere die Verfügung aufrecht erhalten. Von „Protestieren“, „Anagneln“ und so weiter kann hier keine Rede sein. Nur Dinge von prinzipieller Bedeutung können vor das Kollegium; das wissen Sie wie ich. Der Mann war noch nicht ein Jahr im Dienst, und die Nachherigen ergraben, daß er geocimal wegen Diebstahls bestraft war.

Stadt. Borgmann: So schlecht ist die Verwaltung doch nicht, daß sich die Deputationen in Permanenz erklären müßten, wenn alle Beschwerden im Kollegium erledigt werden müßten. Wir geben doch auch 4000 M. an den Verein zur Verringerung entlassener Strafgefangener. Da muß man doch auch praktisch solchen Leuten entgegenkommen, nicht aber sie auf das Pflaster werfen. Sonst sind die 4000 M. doch bloß eine Nullfuss nach außen. (Große Unruhe.)

Oberbürgermeister Rischner: Schon wieder werden meine Äußerungen entstellt; ich habe nicht nur von Beschwerden gesprochen. Der Betreffende hat geocimal gestohlen. Wenn man sagt, er habe ein Jahr zur Zufriedenheit ehrlich gearbeitet... ja, es ist vielleicht nicht bemerkt worden. (Stürmische Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Hoffmann: Das ist ja geradezu Brandmarken für den Mann. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man uns die Art unserer Diskussion vorwerfen, wenn man hier so spricht über Leute, die erwiesenermaßen ehrlich ihr Brot verdienen? (Rufen bei der Mehrheit.) Der Mann ist in jugendlichem Alter mit einem Verweise bestraft worden; das kann also nicht schlimm gewesen sein. Die Führungsaufsicht sind verlangt worden rückwärts bis 1901. Dem Mann kann man im städtischen Dienst nicht das geringste vorwerfen. Die Verwaltung duldet doch im Arbeitshaus Nummern eines Mann mit Tausenden Gehalts, der auch verbeizt ist und Händling war. Wir freuen uns ja alle darüber. Hier aber handelt es sich ja nur um einen Arbeiter. Wenn es sich um getraugene Bankiers und Millionende handelt, sind Sie doch nicht so hartnäckig. Wir müssen uns ja hüten, daß solche Worte in unserer Verwaltung gesagt werden könnten.

Oberbürgermeister Rischner: Getraugene Bankiers sind in der Stadtverwaltung nicht wieder angestellt worden. In dem Kummelsburger Fall handelt es sich um einen Bettler und Landstreicher, den wir wieder zum ehelichen Manne gemacht haben. Diebe können in öffentlichen Betrieben nicht belassen werden. Wenn Herr Hoffmann sich meiner Worte schämt, so magt das auf mich keinen Eindruck.

Stadt. Dr. Roth: Entweder durfte man den Mann überhaupt nicht anstellen, oder man mußte anerkennen, daß er im städtischen Dienst sich nichts hätte ausdenken lassen. Wenn der frühere Bettler zum ehelichen Manne wurde, der über andere Landstreicher jetzt die Aufsicht führen darf, so kann doch auch dem früheren Dieb dahin verzeiht werden, daß er das Eigentum respektieren wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Borgmann: Gerade der vorliegende Fall hätte als sehr sollte der Oberbürgermeister doch nicht auf die Reinheit der Verwaltungen pochen, denn wir haben eine ganze Anzahl Leute mit Vorstrafen, die jetzt Beamtenfunktionen ausüben.

Stadt. Gaffel: Mit welchem Recht hat uns Herr Hoffmann die Bankiers und Millionende vorgeworfen? Das muß doch nach außen einen sonderbaren Eindruck machen. Im übrigen kann ich den Grundfakt, daß man unter keinen Umständen einen wegen Eigentumsvergehen Bestraften in der städtischen Verwaltung beschäftigen kann, nicht unterzeichnen.

Stadt. Hoffmann: Ich habe die städtische Verwaltung nicht mit den Millionende in Verbindung gebracht, sondern bemerkt, daß in der bürgerlichen Gesellschaft für diese die Teilnahme viel größer ist als für einen einfachen Arbeiter. Die Debatte hat erst einen heftigen ererbten Charakter erhalten, nachdem der Oberbürgermeister den Mann öffentlich gebändert hatte. Von dem ganzen Sachverhalt hat das Kuratorium keine Ahnung gehabt. Wenn unsere Beamten nicht so stolz sind, mit einem ehemaligen bestrafte Landstreicher zusammenzuarbeiten, so sind auch die Arbeiter nicht so stolz, mit einem bestrafte Kollegen zusammenzuarbeiten.

Stadt. Dins (R. L.) führt aus, daß in der Sache Fehler gemacht worden sind. Auch die Entscheidung des Oberbürgermeisters sei fehlerhaft.

Zum Etat der Fleischbeschau verlangt

Stadt. Hoffmann wiederholt die gebührende Versicherung der für die Fleischbeschau erforderlichen Instrumente. Die Apparate müßten durch einen Optiker zeitweise revidiert werden. Hier Wandel zu schaffen, erfordere die Sicherheit der Einwohnerschaft.

Auf eine Anfrage des Stadt. Rasnow erklärt

Oberbürgermeister Rischner, daß die Kontrolle des Fleisches in den Markthallen durch die Tierärzte des Polizeipräsidiums wahrgenommen wird und dabei wiederholt festgestellt worden ist, daß Fleisch ohne amtlichen Stempel vorgefunden wurde. Zur Kontrolle der Fleischmärkte, Wurstfabriken und Vertstäten könne der Polizeipräsident aus Mangel an Personal und geistlicher Befugnis nicht übersehen. Zurzeit finde eine Kontrolle desselben an diesen Stellen überhaupt nicht statt und er könne die Berliner Bevölkerung nur zu doppelter Voracht mahnen.

Die Verammlung beschließt durchweg nach den Ausschusstantagen. Das Sachverhalt über die Staats Markthallen, Hauptkassie der städtischen Werke, Hofen am Urban, Hochhaus und über sämtliche Steueretats ist dem Stadt. Liebenow (R. L.) übertragen.

Zum Hochbaueetat soll die vorjährige Resolution wegen Revision der allgemeinen Instruktion für die Verwaltung des städtischen Bauwesens wiederholt werden. Nachträglich eingeleitet sind 8500 M. zur Herstellung einer Leitung zur Entleerung des Schwimmbassins der Volkshausanstalt Denebstraße in den Landwehrkanal, sowie 20 600 M. für verschiedene dringliche Reparaturen in der Volkshausanstalt Turmstraße 55a.

An den Steuer-Etat Gemeindegeldsteuer, Gewerbesteuer (je 150 Prozent), Warenhaussteuer, Vertriebssteuer, Gemeinde-Einkommensteuer (100 Prozent), Hundesteuer, Brauereisteuerzuschlag, Wanderlagersteuer und Umsatzsteuer ist nichts geändert worden. Der Gesamt-Etat balanciert mit 135 200 581 M.

Auch hier tritt die Verammlung durchweg dem Ausschusse bei. Am 10 Uhr wird der Abschluß der Etatberatung und der Sitzung erreicht.

Aus Industrie und Handel.

Die neue fünfprozentige russische innere Anleihe im Betrage von 200 Millionen Rubel wird, wie aus Petersburg gemeldet wird, dort am 1. April (19. März a. St.) zur Zeichnung aufgelegt werden, und zwar zum Kurs von 96 Proz. Die Anleihe, die von der russischen Kapitalrentensteuer befreit ist, soll in Stücken zu 100, 500, 1000 und 5000 Rubel ausgegeben werden, die innerhalb 49 Jahren durch Auslösung getilgt werden müssen.

Zunächst wird Russland ja mit dem Gelde einige Böcher austopfen können; aber der Böcher sind zu viele, als daß der Betrag auch nur für kurze Zeit ausreicht.

Stahlwerkverband und Martinwerke. Seit längerer Zeit bemüht sich die Leitung des Stahlwerkverbandes, die Martinwerke zum Anschluß an den Stahlverband zu bewegen; aber die Verhandlungen kamen nicht von der Stelle. Jetzt will, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, der Stahlwerkverband die Sache fallen lassen und nichts mehr unternehmen, um die Martinwerke zu einem Anschluß zu bewegen. Es besteht auf Seiten dieser Werke so wenig ernsthafte Reigung, daß in der letzten Verammlung der größte Teil gar nicht vertreten war und die vertretenen Werke so große Mehrforderungen über ihre eigentlichen Produktionsziffern hinaus stellten, daß eine Verhandlung von vornherein ausgeschlossen erschien.

Gewerkchaftliches.

Zur Schneiderbewegung.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maßschneider der Luisenstadt und die an die einzelnen Firmen gestellten Forderungen verhandelte eine öffentliche Versammlung der Herren-Maßschneider, die Montag im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte. Es handelte sich vor allem um die kaufmännischen Geschäfte, die einen großen Teil der Maßschneider an sich gerissen haben, ohne daß es bisher den organisierten Schneidern gelungen ist, dort durch Einführung des sogenannten dritten Tarifs Einfluß zu gewinnen. Nach den Ausführungen des Referenten Knop scheint es jetzt, als solle es auch in einem Teil jener kaufmännischen Geschäfte nunmehr etwas vorwärts gehen. Verhandlungen über Einführung des Tarifs III haben in der Luisenstadt bezw. im Osten stattgefunden bei Schulmeister, Jöbel, Julius Lindenbaum und Karl Stier. Vor dem Eintritt bei Schulmeister habe man sich, führte der Referent aus, an einem feinen Paletot im Schaufenster erfreuen können, der trotz piffrer Arbeit mit einem Preis von nur 30 M. ausgezeichnet gewesen sei, von dem man nicht wisse, ob der Geschäftsinhaber nichts daran verdienen wolle, oder ob er nur Rodmittel sei, oder ob ein Arbeitslohn überhaupt nicht in Betracht komme. Die Firma mache eine gewaltige Kasse, namentlich im „Vorwärts“ und gebe sich nach außen den Anschein, als wäre alles aufs beste bestellt; sehe man aber näher hin, dann sei das Gegenteil der Fall. Unter der Konkurrenz, die sich betrieblige Geschäfte machten, habe immer der Arbeiter zu leiden. Wenn sie einen bestimmten Arbeitslohn zahlten, dann könnten sie sich allerdings gegenseitig nicht so unterbieten. Herr Schulmeister habe sich auf den Standpunkt gestellt, er lasse sich über die Löhne, die er zahlen könne, keine Vorschriften machen. Er erkläre, er gebe ehrlich, was er geben könne. Er wolle sich nicht festlegen lassen und verweise sich darauf, daß die „besseren Kräfte“ den dritten Tarif bezahlt erhielten. Er behauptete, seine Arbeiter seien zufrieden, man solle ihm die Unzufriedenheiten vorsehen. (Mehrfache Zurufe: Alle sind sie unzufrieden.) — Bei Jöbel sei das Ergebnis der Verhandlungen günstiger. Er habe den dritten Tarif anerkannt mit Ausnahme von 15 Prozent der in Betracht kommenden Sachen. Die Vertreter der Arbeiter hätten geglaubt, mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse ihm soweit entgegenkommen zu sollen. Jene niedriger bewerteten 15 Sachen wolle Jöbel von seinen besseren Konfektionschneidern anfertigen lassen, so daß die zum Tarif eingestellten Maßarbeiter damit nicht behelligt werden sollten. Eine gewisse Kontrolle solle den Arbeitern durch Einführung von Lohnbüchern ermöglicht werden. Sade der Maßschneider von Jöbel wäre es nun, zur Vervollständigung dieser Kontrolle zu ihren regelmäßigen Sitzungen die Konfektionsarbeiter heranzuziehen. Herr Jöbel habe auch zum 1. Oktober die Einrichtung einer Betriebskassette in Aussicht gestellt.

Ueber die Verhandlungen mit Julius Lindenbaum ließen sich der Referent und der ebenfalls als Verbandsvertreter dabei beteiligte Genosse Gebauer folgendermaßen aus: Herr Lindenbaum, genannt der „rote Julius“, (große Heiterkeit) habe gedroht, im „Vorwärts“ einen Artikel loszulassen und darin zu zeigen, wie unerfüllbar die Forderungen des Verbandes seien. Er habe auf seine Arbeiterfundschaft. Auch habe er die Verbandsvertreter vor dem Staatsanwalt gewarnt, wahrscheinlich mit Benützung darauf zurückblickend, daß er seiner Zeit dem Kollegen Johannes Tium wegen Beleidigung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt habe. Von 15 bis 20 Großstadtschneidern (Maßarbeitern) wolle Herr Lindenbaum nur 8 den 3. Tarif bewilligen. Am liebsten hätte er gegeben, wenn man für ihn noch einen vierten Tarif ausgearbeitet hätte. Eine Einigung sei nicht erzielt worden. Die Kollegen dort seien aber organisiert und würden zusammenhalten, ebenso bei Schulmeister. — Die Firma Karl Stier habe auf die Tarifforderung überhaupt nicht geantwortet. Auch da würden die Kollegen die richtige Antwort geben.

Von Schulmeister führte Gebauer noch an, daß er von seinen etwa 20 Großstadtschneidern, die Maßarbeit machten, nur 6 als eigentliche Maßschneider anerkenne, während er die anderen als „Müllschneidern“ betrachte. Was wohl das Maßarbeit erwartende Publikum dazu sagen werde!

In der Debatte bestritten zwei Arbeiter von Schulmeister, daß sie und ihre Kollegen zufrieden wären. Einer seiner Westschneider, dessen „großen Verdienst“ der Geschäftsinhaber den Verbandsvertretern entgegengedreht hatte, führte aus, er habe allerdings eine Woche mit 56, eine andere Woche mit 58 Mark bei Schulmeister gearbeitet, aber keine Mutter, die eine perfekte selbständige Arbeiterin sei, und eine Kamself — also eigentlich zwei Kamselfs — seien daran beteiligt. Außerdem entlohne er noch ein Laufmädchen. Ferner würden Heberstunden gemacht. So könne er also mit dem Verdienst von Schulmeister nicht einmal zurecht kommen.

Durch eine einstimmig angenommene Resolution verpflichtete die Verammlung die Kollegen der Firmen, wo eine Einigung nicht erzielt ist, eine dreigliedrige Kommission zu wählen, welche im Laufe des folgenden Tags im Geschäft vorzusprechen und wegen Bewilligung der Forderung Nachfrage zu halten hat. Ferner wurden die übrigen Maßschneider verpflichtet, solidarisches zu handeln und die Geschäfte von Schulmeister, Lindenbaum und C. Stier streng zu meiden. Verhandlungen mit einigen anderen Geschäften werden nächste Woche folgen.

Lohnbewegung der Modellistiker. Eine am Montag abgehaltene Branchenversammlung der Modellistiker beschloß, den Arbeitgebern ihre Forderungen einzureichen mit dem Ersuchen, sich bis zum Donnerstag darüber zu äußern. Gefordert wird die neunstündige Arbeitszeit, eine Lohnerhöhung von 10 Prozent und ein Mindestlohn von 70 Pf. Für die Bewegung kommen etwa sechshundert Arbeiter in Frage. Die bei den Modellistikermeisterin Geschäftigten haben bereits die im Tischlergewerbe geltende Arbeitszeit von 92 Stunden, während die in Maßschneidereien beschäftigten Modellistiker meist noch 10 Stunden täglich arbeiten müssen. Auch herrscht in diesen Fabriken eine fast willkürliche Art der Entlohnung, dergestalt, daß die Arbeiter erst bei der Auszahlung des Lohnes erfahren, zu welchen Sätzen ihre Arbeit berechnet worden ist. Die Bewegung ist in der Hauptsache auf Beseitigung dieses Mißstandes sowie auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet.

Die Tarifverhandlungen der Stukkateure mit ihren Arbeitgebern sind gewissermaßen auf dem toten Punkt angelangt. In einer kürzlich stattgefundenen Schlichtungskommission-Sitzung konnte über den neuen Tarifvertrag eine Verständigung nicht erzielt werden. Von den Arbeitgebern wurde fest und fest behauptet, die Stukkateure verdienen bereits zu viel Geld, deshalb müsse eher eine Lohnreduktion als eine Lohnerhöhung eintreten. Da die Stukkateure sich diesen tiefen Deduktionen der Arbeitgeber beim besten Willen nicht anzuschließen vermochten, so verliefen die Verhandlungen resultatlos.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Stukkateure besaßte sich nun am Montag mit der Angelegenheit. Zur Annahme gelangte daselbst folgende Resolution:

Die Verammlung beschließt: Wenn die Unternehmer bis zum Montag, den 3. April, nicht ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf dem Boden des bestehenden Tarifs und mitgeteilt haben, daß dann bis Sonnabend, den 8. April, an alle Unternehmer einzeln die Frage zu richten ist, ob sie den von uns noch vorzulegenden Tarif anerkennen.

Ueber weitere Schritte beschließt eine am Montag, den 10. April, tagende außerordentliche Generalversammlung.

Schließlich wurde noch eine Definition gegeben, wer als Modellistiker oder Gippschneidner anzusehen sei, um bei einem etwaigen Streik freier in dieser Hinsicht zu verhalten.

Der Ausstand im Rabelwerk Dr. Cassierer u. Co. zu Charlottenburg ist beendet. Wie bereits berichtet, hatte die Firma, nachdem sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten waren, das Einigungsamt des Berliner Schlichtungsgerichts angerufen. Am Montag fanden die Einigungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Magistratsrat v. Schulz statt. Im Auftrage der Streikenden, die in der großen Mehrzahl dem Verband der Fabrik-

Land- und Hilfsarbeiter angehören, nahm der Verbandsbedollmächtigte C. Bruns an den Verhandlungen teil. Spät abends kam es dann zu einer gegenseitigen Verständigung. Die vor dem Streik mit der Firma getroffenen Vereinbarungen, um deren einseitiger Auslegung willen bekanntlich die Arbeit eingestellt worden war, erhielten eine präzisere Fassung und wurden, nachdem sie in mehreren Punkten eine Modifikation erfahren hatten, tariflich fixiert und auf die Dauer von 2 Jahren vertraglich festgelegt. Eine Versammlung der Streikenden gab am Dienstag dem Vertrage einstimmig ihre Zustimmung. Am heutigen Mittwoch wird die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Deutsches Reich.

115 Tapezierer haben in Mannheim die Arbeit niedergelegt, weil die Arbeitgeber die Forderungen der Gehülfen (8stündige Arbeitszeit, 10 Prozent Lohnerhöhung) abgelehnt haben.

Wartung, Schuhmacher! Da sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Schuhfabrik von M. Wilner seit dem 4. März im Streik stehen und die Firma alles anbietet, um Arbeitskräfte heranzuziehen, ersuchen wir, den Zugang streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, vorstehende Notiz aufzunehmen. Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands, Zahlstelle Siegnitz.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Paris, 28. März. (Deputiertenkammer.) Das Haus nimmt das vierte provisorische Budgetwölffel an und setzt dann die Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Trennung von Kirche und Staat fort.

Das neue Ministerium.

Rom, 28. März. (B. Z. V.) Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, ist das neue Ministerium folgendermaßen zusammengesetzt: Foris, Präsident und Inneres; Tittoni, Aussen; Giolitti, Justiz; Angeloni, Marine; Carcano, Krieg; Pedotti, Krieg; Mirabello, Marine; Leonardo Bianchi, Unterricht; Carlo Ferraris, öffentliche Arbeiten; Clava, Ackerbau; Morilli, Gualtierati, Post und Telegraphen. Die Minister werden morgen dem König den Eid leisten.

London, 28. März. (B. Z. V.) Unterhaus. Parlamentssekretär Preshman antwortet auf eine Anfrage, daß seit dem November 1904 kein Zulassungsprogramm für den Bau von Dampfschiffen seitens Frankreichs oder Deutschlands eingebracht worden sei, das neue russische Programm für den Bau von Schiffen wird noch beraten. Die Größe desselben und die Zeit des Inkrafttretens sind nicht bekannt. Herbert Samuel (lib.) weist auf den beabsichtigten Bau einer deutschen Eisenbahn durch Kamerun nach dem Tschadsee hin und fragt an, ob die englische Regierung den Bau einer Eisenbahn von Niger nach Jaria und Verlängerung der Linie nach Kano und dem Tschadsee beabsichtigt. Der Kolonialminister Lyttelton antwortet, die Vermessung für eine Eisenbahn von Niger nach Jaria ist im letzten Jahre beendet worden, aber über den Bau der Eisenbahn ist noch nichts beschlossen.

Türkei und Bulgarien.

Konstantinopel, 27. März. (Melbung des Wiener I. I. Teleg.-Korresp.-Bureaus.) Eine Mitteilung der Porte an die Entente-mächte bringt diesen die bereits am 21. d. M. gemeldeten Verbrechen der Komitassis zur Kenntnis und weist weiter darauf hin, daß die bei den Komitassis erbeuteten russischen-Ärmeegewehre beweisen, daß die bulgarische Regierung den Komitassis Gewehre liefert. — Ferner teilt die Porte einen Bericht ihres Kommissars in Sofia mit, wonach die Komitees in der Erkenntnis, daß infolge der türkischen Gegenmaßnahmen ihre Pläne undurchführbar seien, beschlossen hätten, Dynamitanschläge gegen Kasernen und andere öffentliche Gebäude zu verüben.

Die Revolution in Russland.

Petersburg, 28. März. (B. Z. V.) Im Charkowschen Gouvernement, Bezirk Woroscha, fanden Bauernunruhen statt. Das in Achitka garnisonierende Dragoner-Regiment, welches auf den Kriegsschauplatz abgehen sollte, wurde in die Dörfer abgeschickt, um die Ordnung herzustellen.

Jalta, 28. März. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am Sonntag abend 6 Uhr begannen hier von neuem Unruhen. Im zweiten Polizeirevier rottete sich eine Volksmenge zusammen. Die Zerstörungen anrichtete und Polizeibeamte beleidigte. Von dort aus zog die Menge zum Hauptpolizeibureau und dem Gefängnis. Schaufensterscheiben wurden eingeschlagen und die Auslagen beschädigt. Das Hauptpolizeiamt wurde zerstört und dreizehn im Gefängnis gefangene gehaltene Personen in Freiheit gesetzt. Dann wurde versucht, das Gefängnis in Brand zu setzen; dies gelang aber nicht. Die Menge teilte sich sodann in einzelne Gruppen, welche die Läden und Restaurants zerstörte. Gegen Mitternacht wurden mehrere Läden angezündet und die Feuerwehr am Löschen verhindert, so daß einige Läden ausbrannten. Am 4 Uhr morgens war die Ruhe wieder hergestellt. Die Bevölkerung blieb aber erregt.

Angeichts der Untätigkeit der Polizei wurden drei Bürgerwehr-Abteilungen gebildet, um Leben und Eigentum zu schützen. Am 1 Uhr nachmittags am Montag trafen Truppen aus Sewastopol ein.

Trotz des Erstes der Lage erschienen nur acht Gemeinderatsmitglieder zu einer eibernen außerordentlichen Sitzung; der Bürgermeister war nicht zugegen. Es wurde eine Resolution angenommen, eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Unruhen einzusetzen. Der Gemeinderat beschloß ferner, Vertreter der Arbeiter zum Eintritt in die Kommission aufzufordern.

Jalta, 28. März. (B. Z. V.) Eine Verammlung von Arbeitern fand heute vormittag statt; es nahmen mehrere tausend Personen daran teil. Die Frage der Bedürfnisse der Bevölkerung wurde in dem Sinne einer Petition der Arbeiter entschieden, welche Abschaffung aller Gesetze verlangt, welche die bürgerlichen Rechte der Bevölkerung beschränken, und welche außerdem Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen und der Ausstände sowie Freiheit des Gewissens, Gleichheit der Rechte aller Nationalitäten, der Religionen und unverzüglichen Frieden mit Japan und eine Vertretung des Volkes fordert. Die Vertreter sollen alle Rechte einer konstituierenden Verammlung haben, um über folgende Fragen zu beschließen: Friedensschluß mit Japan, Befreiung der Arbeiter, unentgeltlicher Unterricht in höheren und mittleren Schulen. — Aus Simpheropol traf ebenfalls Militär hier ein.

Tiflis, 28. März. (B. Z. V.) Nach amtlichen Mitteilungen brachen die Landleute des Bezirks Schorapan alle Beziehungen mit den Ortsbehörden ab. Sie wenden sich an geheim von ihnen gewählte Vertreter und weigern sich, Abgaben zu zahlen und Ablösungsgelder an die Grundbesitzer, da sie den Boden als ihr Eigentum betrachten. Ein am 14. d. M. in Wjelojory wegen Verstoßes der Brandstiftung verhafteter Mann wurde von einer Menge gewaltsam befreit.

New York, 28. März. (B. Z. V.) Rousseau, der gestern verurteilt wurde, weil er im Jahre 1903 eine Holenmaschine an Bord des Dampfers „Ambric“ untergebracht hatte, hat eine kühnen erregende Erklärung über die Sprengung des amerikanischen Kriegsschiffes „Maine“ abgegeben, welche den Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges beschleunigte. Rousseau sagte aus, er sei für die kubanischen Aufständischen mit der Anfertigung von Bomben beschäftigt gewesen, durch welche die spanischen Kriegsschiffe zerstört werden sollten. Ein kubanischer Universitätslehrer habe irrtümlicherweise in der Dunkelheit eine Mine an der „Maine“ befestigt. Als das Schiff zerstört wurde, habe der Kubaner seinen Irrtum gemerkt und habe Selbstmord begangen.

Reichstag.

174. Sitzung vom Dienstag, den 28. März 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsische: Frhr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Einnahmen des Deutschen Reiches an Zöllen, Verbrauchssteuern und Abgaben.

Zum Titel Zölle begründet Abg. Graf Kanitz (L.) eine Resolution, welche die Regierungen zu einem Gesetzentwurf auffordert, welcher die Erhebung der Zollgebühren für Getreide und Mühlenprodukte vom 1. Juli 1905 bis zum 28. Februar 1906 aufheben soll.

Reichshaussekretär Frhr. v. Stengel: Die Resolution ist mir soeben erst bekannt geworden, und ich bin daher außer Lage, jetzt schon zu erklären, wie sich die verbündeten Regierungen zu dieser Resolution, falls sie angenommen wird, stellen werden. Ganz ohne Bedenken scheint sie mir aber nicht zu sein. Einerseits würde die in ihr vorgeschlagene Maßnahme immerhin einen tiefen Einschnitt in den Getreidehandel bedeuten, auf den dieser nicht vorbereitet ist. Andererseits würde unser Verhältnis zu den Vertragsstaaten dadurch sehr leicht verschlechtert werden. (Lebh. Zustimmung h. d. Freisinnigen.) Diese Vertragsstaaten können bis zu einem gewissen Grade darauf bauen, daß unser Verhältnis bis zum Inkrafttreten der neuen Handelsverträge unverändert bleibe. Die bisherigen Verträge bilden gewissermaßen die Unterlage bis dahin. Ich würde glauben, daß, wenn wir einseitig diese Unterlage ändern würden, die Vertragsstaaten leicht meinen könnten, daß wir Unloyal gehandelt haben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ein fides est, ob und bis zu welchem Grade Mißbrauch mit den Zollkrediten getrieben werden wird, wird sich erst fassen lassen, wenn wir die mutmaßlichen Ernteerträge sowohl im Inlande als auch im Auslande abschätzen können. Der Handel wird darauf rechnen müssen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wissen!), daß wir im Herbst eine Vorlage, um solche Mißbräuche zu verhindern, einbringen werden.

Präsident Graf Kallstrem: Ich will nur bemerken, daß über diese Resolution, weil sie zum Etat eingebracht ist, nicht heute, sondern frühestens übermorgen abgestimmt werden kann.

Abg. Speck (Z.) erklärt sich im Namen seiner politischen Freunde, mit denen er freilich darüber noch nicht konferiert habe, bereit, für die Ueberweisung der Resolution Graf Kanitz an eine Kommission von 14 Mitgliedern stimmen zu wollen.

Abg. Wamp (Sp.) macht dem Staatssekretär den Vorwurf, daß dieser erst das Endergebnis abwarten wolle und erklärt sich für die Resolution.

Abg. Singer (Soz.) erklärt sich kurz gegen die Resolution und gegen Ueberweisung derselben an eine Kommission. (Beifall links.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Wir behalten uns unsere Stellung für die Kommission vor.

Abg. Wolff (natl. Vg.) erklärt sich mit einer Ueberweisung des Antrages, der im Interesse der Landwirtschaft und der kleinen Müllerereien liege, an die Kommission einverstanden.

Abg. Kaempf (fr. Sp.): Im Namen meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir gegen den Antrag Kanitz stimmen werden. Er ist nicht in Einklang zu bringen mit den durch die Handelsverträge übernommenen Verpflichtungen und bedeutet die Benachteiligung eines einzelnen Gewerbes zugunsten der Landwirtschaft.

Abg. Böcker (Ant.): Wir sind im wesentlichen mit dem Antrag einverstanden, da er geeignet ist, der Landwirtschaft gegenüber der Spekulation einen gewissen Rückhalt zu geben.

Abg. Kommissar (fr. Vg.) spricht sich gegen den Antrag Kanitz aus. Der § 12 des Zollgesetzes schädige den Handel schon genug, dieser Antrag werde aber eine noch weitergehende Schädigung zur Folge haben.

Abg. Graf Schwerin-Löwis: Zweifellos werden für die Landwirtschaft erhebliche Schwierigkeiten daraus entstehen, daß in den Handelsverträgen nicht wie in früheren Zolltarifen Sperrvorschriften enthalten sind. Diesen Fehler, der die Spekulation begünstigt, will der Antrag Kanitz wieder gut machen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Herr Vorredner hat offen zugegeben, daß es sich darum handeln soll, einen „Fehler“ der Handelsverträge zu beseitigen. Das ist ein illoyales Vorgehen gegenüber dem Ausland. (Sehr richtig! links.)

Abg. Graf Kanitz (L.) spricht noch einmal für seine Resolution und wünscht beschleunigte Erledigung der Sache.

Hiermit schließt die Debatte. Der Titel Zölle wird mit dem Zusatz der Kommission und mit ihrer Resolution betreffs Erleichterung der zollfreien Verwendung von Benzol angenommen.

Zum Titel Zuckersteuer bemerkt Abg. Schmidt-Danzleben (natl.): Statt der befürchteten Mindererträge hat die Zuckersteuer einen Mehrertrag ergeben. Die feineren gestellten Bedingungen für eine Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 Mark auf etwa 10 Mark sind damit erfüllt.

Wir stellen allerdings nicht für jetzt einen dahingehenden Antrag, hoffen aber, daß die Regierung im Herbst oder doch beim nächsten Etat unsere Wünsche erfülle. Außerdem hoffen wir, daß bei den Zollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten die deutsche Zuckerindustrie genügend berücksichtigt werde. Wichtig wäre es, der deutschen Konserverindustrie zur Hilfe zu berufen. Die englische Konserverindustrie ist durch billigen deutschen Zucker und deutsches Obst in die Höhe gekommen. Dieses englische Fabrikat sollte durch deutsches ersetzt werden.

Abg. v. Standy (L.): Wir waren feinerzeit gegen die Beschlüsse der Brüsseler Konvention. Seitdem ist eine so kurze Zeit verstrichen, daß man noch gar nicht beurteilen kann, ob sich die Konvention bewährt. Wir bezweifeln es. Redner polemisiert gegen einzelne Aeußerungen des Vorredners, während er anderen zustimmt.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Auch ich bin grundsätzlich für eine Steuerherabsetzung des Zuckers, halte aber die gegenwärtige Finanzlage des Reiches für so schlecht, daß man an die Herabsetzung der Zuckersteuer nicht denken kann.

Bundesbevollmächtigter Geheimrat Kühl: Daß der gegenwärtige Zeitpunkt eine Herabsetzung der Zuckersteuer nicht ermöglicht, kann wohl von niemandem bestritten werden. Auf der anderen Seite kann ich erklären, daß die Regierung die Frage, wie der inländische Zuckerkonsum zu heben sei, nicht aus dem Auge verliert.

Abg. Baasche (natl.): Die ungeliebte Prämie-Wirtschaft ist durch die Brüsseler Konvention beseitigt. Die Unglückspropheten haben sich nicht bewährt. Die Konvention hat sich schon jetzt so bewährt, daß man daran denken sollte, ähnliche internationale Abmachungen auch für andere Artikel zu beschließen, z. B. für Eisen. Auch wir sind für möglichste Herabsetzung der Zuckersteuer. (Beifall links.)

Abg. Ledebour (Soz.): Der Bemerkung des Herrn Vorredners, daß es wünschenswert wäre, zu einer internationalen Eisenkonvention zu kommen, stimmen wir zu. Dagegen möchte ich einer Bemerkung des Abg. Baasche entgegenstellen, welcher gemeint hat, eine Ermäßigung des Zuckerpreises um 2 Pfennig pro Pfund könne keine wesentliche Konsumsteigerung hervorrufen. Tatsächlich würde das eine Preiserhöhung um 8-10 Proz. bedeuten, und diese muß auf den Konsum sehr wesentlich stützensüchtig einwirken. Wenn man eine solche Konsumsteigerung statistisch berechnen will, darf man freilich nicht die absoluten Zahlen nehmen, sondern muß auf den Kopf der Bevölkerung umrechnen. Jede Preiserhöhung jedes Warenartikels zeigt sich durch, freilich nicht rein mechanisch für jedes Jahr. Denn es kommen auch andere Faktoren für das Arbeiterbudget in Betracht. Man kann also nur dann zwei Jahre mit einander vergleichen, wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage dieselbe ist. Ferner möchte ich eine Anfrage an die Regierung richten. Die Militärverwaltung hat vor einigen Jahren eine Kompagnie Soldaten mit Zucker anweisen lassen, und eine andere nicht. Es hat

sich da herausgestellt, daß die mit Zucker ausgerüstete Kompagnie eine größere Marschleistung vollbracht hat. Ich habe schon damals den Wunsch ausgesprochen, die Militärverwaltung möge mit diesen Versuchen fortfahren, und ich frage jetzt an, was in dieser Richtung geschehen ist. In Deutschland gilt der Zucker leider noch als Luxusartikel, nicht wie z. B. in England, als wichtiges Nahrungsmittel. Eine Fortsetzung jener Experimente und eine möglichst allgemeine Bekanntmachung würde den Verbrauch des Zuckers im Volke wesentlich steigern. Auch wir sind natürlich für eine möglichst baldige Herabsetzung der Zuckersteuer, wenn auch zum Teil aus anderen Motiven, wie die Herren Vorredner. Wir freuen uns, daß jetzt auch die Freisinnigen in dieser Frage mit uns übereinstimmen. (Beifall links.)

Hiermit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt. Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt; ebenso der Etat der Reichsstempelabgaben, des Reichsschatzhamms und weitere kleine Etats. Es folgt die Debatte über die Matrifularbeiträge und die Zuschulanleihe.

Die Kommission hat die Zuschulanleihe in Höhe von 51 Millionen gestrichen.

Reichshaussekretär Frhr. v. Stengel: Der diesjährige Etat hat leider mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, den niemand lebhafter bedauert hat als ich. Gewiß war es ein großes Verdienst der Kommission, die Zuschulanleihe zu beseitigen, aber es war ihr doch nur möglich durch das Entgegenkommen der Regierung die restlichen 24 Millionen auf die ungedeckten Matrifularbeiträge zu übernehmen. Die Regierung ging dabei allerdings von der Voraussetzung aus, daß die Bundesstaaten nicht mit noch unvorhergesehenen Ausgaben belastet würden. Diese Voraussetzung hat die Kommission infolgedessen nicht erfüllt, als noch 40 1/2 Millionen für Waffenforderungen aus dem außerordentlichen Etat in das Ordinarium und damit auf die Matrifularbeiträge übernommen sind.

Damit erreicht der Gesamtbetrag, der den Bundesstaaten gestundet werden muß, 70 Millionen. Die Bundesstaaten müssen natürlich mit der Präsentierung dieser 70 Millionen rechnen und können daher ihre Kulturaufgaben nicht so erfüllen, wie es notwendig wäre. Außerdem kann die Reichskasse auf die Dauer auf diese 70 Millionen nicht verzichten. Die Kommission hat nun eine entsprechende Erhöhung des Schatzanweisungskredits vorgenommen; aber das ist volkswirtschaftlich sehr bedenklich. Sobald eine Verflechtung des Geldmarktes eintritt, wird der Wechselkurs dadurch noch ungünstiger beeinflusst. Diese 70 Millionen sind der Tropfen, der das Glas Wasser zum Ueberlaufen bringen kann, immerhin ein ganz umfangreicher Tropfen. (Heiterkeit.) Wenn ich auch keine Hoffnung habe, heute für die zweite Lesung das hohe Haus umzustimmen, so möchte ich doch bitten, wenigstens bis zur dritten Lesung die Wiederherstellung der Regierungsvorlage oder wenigstens eine Annäherung an die Regierungsvorlage in Erwägung zu ziehen.

Abg. Dr. Brunnermann (b. L. F.) erklärt sich gegen die Kommissionsvor schläge.

Abg. Pöhl (natl.): Ich habe noch schwerere Bedenken gegen die unerwarteten Kommissionsbeschlüsse, als sie seitens der Staatsregierung geäußert sind. Der Kommissionsbeschluss bezüglich der Waffenforderungen muß ja auch die Reichsfinanzverwaltung gewaltig überlastet haben (Zuruf beim Zentrum: Keine Spur), sonst hätte diese die Pflicht gehabt, mindestens ein Rotgefeß vorzulegen, um neue Einnahmen zu schaffen. Ich muß dagegen protestieren, daß das starke Reich die schwächsten Einzelstaaten in die Pumpwirtschaft treibt. (Lachen links.) Der Kommissionsbeschluss wird nur die kleinen Staaten drücken.

Abg. Frhr. v. Nitzsch-Danndorf (L.) protestiert gegen die vom Vorredner gegen Preußen erhobenen Vorwürfe, wodurch die Stellungnahme der Konservativen erschwert würde. In der Sache aber halten wir an dem Grundsatz fest, daß ordentliche Ausgaben nicht durch Zuschulanleihen gedeckt werden dürfen. Die Matrifularbeiträge sind überhaupt eigentlich ein unorganisches Glied in unserer Reichsverfassung, so daß wir eigentlich dagegen sein müßten. Aber wenn einzelne Bundesstaaten schlechte Finanzen haben, so liegt das eigentlich an der schlechten Finanzverwaltung. Dafür können sie doch nicht noch belohnt werden. Vorläufig müssen wir also für Aufrechterhaltung der Matrifularbeiträge sein.

Abg. Singer (Soz.):

Auch ich will im Namen meiner politischen Freunde zu der Frage Stellung nehmen, damit die Diskussion in der dritten Lesung möglichst vermieden wird. Ich glaube und erwarte, daß sich die Hoffnung des Staatssekretärs auf diese dritte Lesung nicht erfüllen wird. Denn dem Pumpsystem muß doch endlich ein Ende gemacht werden. Wenn Kollege Pöhl erklärt hat, er sei im Interesse einer gesunden Finanzreform gegen eine Erhöhung der Matrifularbeiträge, so hat er die Sache gerade auf den Kopf gestellt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Wie man mit Anleihen eine gesunde Finanzreform betreiben will, ist ein Rätsel, welches Kollege Pöhl erst lösen sollte, bevor er es hier vorschlägt. Als die national-liberale Partei mehr Einfluß auf die Geschicke des Reiches hatte, hat sie den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen wie jetzt. Die damaligen Abgeordneten würden sich im Grabe herumdrehen. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Wenn dann Kollege Pöhl davon gesprochen hat, man müsse die Steuerkraft des Schwachen schonen, so hätte er diese Rede in bezug auf die Steuerpolitik des Reiches und in bezug auf die indirekten Steuern, welche die Masse belasten, halten sollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Kollege Pöhl meint, es sei des Deutschen Reiches nicht würdig, bei den Einzelstaaten zu pumpen. Aber das soll würdig sein, wenn das Reich im Interesse der Einzelstaaten Schulden macht. — Die Ausführungen des Freiherrn von Stengel sind ja zu begreifen, aber ein so kluger Mann wie er sollte sich doch nicht darauf berufen, daß weil schon einmal eine erste Rate für Waffenforderungen im außerordentlichen Etat gestanden hat, wir nun jetzt auch wieder die neue erste Rate in den außerordentlichen Etat stellen müssen. Denn sieben andere Raten dazwischen haben im ordentlichen Etat gestanden. Privatleute würden, wenn sie das selbe Pumpsystem wie das Reich betreiben würden, einfach unter Kuratel gestellt werden. (Sehr richtig! rechts und links.) Man muß ja jetzt immer Worte erfinden, um die neuen Anleihen möglich zu machen. Man sollte auf dieses neue Wort „Zuschulanleihe“ sich ein Patent geben lassen. (Heiterkeit.) Wer immer Ausgaben bewilligt, ohne auf Deckung zu sehen, handelt wie ein Bankrotteur. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß wir nicht nur bei dieser, sondern auch bei der dritten Lesung bei den Beschlüssen der Budgetkommission stehen bleiben werden. Die verbündeten Regierungen haben ja in der Hand, an Stelle der Matrifularbeiträge anderes zu setzen. Aber zurzeit sehen wir in den Matrifularbeiträgen das einzige Mittel, um die uralte Heer- und Marinepolitik in Schranken zu halten. In dem Maße, wie die Einzelstaaten Beiträge leisten müssen, werden sie gegen weitere Forderungen im Bundesrate ihr Veto einlegen. Wenn wir in der Budgetkommission die Entscheidung gehabt hätten, so würden die Matrifularbeiträge auch nicht länger gestundet werden! Wir sind für Vorauszahlungen. Wenn der Frhr. v. Stengel nicht imstande ist, eine Finanzreform in dem Sinne herbeizuführen, daß direkte Reichssteuern eingeführt werden, dann wird sich das Volk für diese Finanzreform überhaupt bedanken. Leider ist ja zu befürchten, daß man doch wieder auf indirekte Steuern verfallen wird, weil der Reichshaussekretär bei seinen wohlmeinenden Vätern nicht die Unterstützung der Einzelstaaten finden wird. Der preussische Finanzminister hat ja schon erklärt: unsere Steuerquellen lassen wir uns vom Reich nicht nehmen. Was bleibt denn da für eine Reichsfinanzreform übrig? Wer wenigstens sollen die

Einzelstaaten in der Frage der Matrifularbeiträge jetzt die Suppe auslecken, die sie sich eingebröckelt haben. Wenn man einmal Wechsel prolongieren kann, in alle Ewigkeit geht es doch so nicht weiter. Final kommt die Stunde, wo der Wechsel eingelöst werden muß. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Gröber (Z.): Die Matrifularbeiträge sind ein organischer Bestandteil des Bundesstaates, ihre Abschaffung würde nur im Einheitsstaate möglich sein. Das föderative Prinzip wird nur anerkannt, wenn es sich um die Ueberweisungen handelt (Sehr gut! links), wenn es sich um das Zahlen handelt, so sollen die Matrifularbeiträge dem föderativen Prinzip widersprechen. Wer nichts zahlt, hat auch nichts zu sagen, das mögen sich die Herren vom Bundesrat sagen. Wir bleiben bei den Kommissionsbeschlüssen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff (L.): Ich werde auch für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, da ich ebenfalls ernstlich eine Veseitigung der bisherigen Pumpwirtschaft wünsche. — Angebracht wäre vielleicht eine Besteuerung der Eisenbahn-Reinerträge. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich bin durchaus dafür, daß Preußen als der stärkste Bundesstaat auf diese Weise stärker herangezogen wird, noblesse oblige! (Lebhafte andauernde Beifall und Heiterkeit.) Abg. Werner (Antl.) stimmt den Ausführungen des Vorredners zu.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Eher könnten wir die Mittel zur Deckung des Defizits aus der vierten Dimension holen, ehe Preußen sich zu einem solchen Schritte bereit erklärt. (Sehr wahr! links.) Wir stimmen für die Kommissionsbeschlüsse, weil wir mit der Pumpwirtschaft definitiv ein Ende machen wollen. Wir können doch nicht alles haben, die größte Armee, die größte Flotte und noch kolossale Ausgaben für koloniale Zwecke. Darin liegt die Ursache für die Finanzmisere, daß bei solchen Aufwendungen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches nicht Rechnung getragen wird. Vertrauen Sie doch nicht auf die kommende Finanzreform. Eher man sich nicht oben besinnt, daß jedem Menschen Schranken gezogen sind, eher man nicht zurückkehrt zur altpreussischen Sparfamkeit, eher man nicht abläßt, von dieser Weltpolitik, eher wird nicht wieder Ordnung in die Reichsfinanzen kommen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Baasche (fr. Vg.): Wenn die Bundesstaaten diesmal wieder mit heiler Haut davon kommen, so werden sie hoffen, daß es ihnen auch das nächste Mal gelingen wird. Und welche Schwierigkeiten der Finanzreform des Herrn v. Stengel in den Einzelstaaten gemacht werden, das hat sich ja im preussischen Abgeordnetenhaus gezeigt. Wir wollen nicht von der Verfassung und von den Grundsätzen einer gesunden Finanzwirtschaft abweichen, deshalb bleiben wir auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse bestehen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Sadekm (Soz.): Die vom Herrn Reichshaussekretär gegen die Kommissionsbeschlüsse angeführten Gründe waren so jadenähnlich, daß es des Reichstags nicht würdig wäre, sich durch sie bestimmen zu lassen. Ebenso muß die Aeußerung des Herrn Abgeordneten Pöhl zurückgewiesen werden, als ob der Beschluss der Budgetkommission überraschend gekommen wäre. Wer die Dinge von Anfang an verfolgt hatte, wußte genau, daß dieser Beschluss kommen mußte. Die Rede des Abg. v. Kardorff bildete ja eine amüsante Episode in der Debatte. Man sollte es heraus, daß man sich neue Steuern auf jener Seite des Hauses nur als Verlebenssteuer denken kann, denn was er über die direkten Steuern gesagt hat, war doch eigentlich nur eine recht platonische Liebeserklärung. Der Wien muß! (Heiterkeit.) Man kann sich der Forderung jetzt nicht mehr entziehen und sucht rechtzeitig noch den Anschlag zu gewinnen. Der Übergang der süddeutschen Staaten zum allgemeinen Landtags-Wahlrecht wirkt in der Tat günstig. Umgekehrt, das preussische Dreiklassen-Parlament, dieses abdicierende Beispiel eines auf den brutalen Geldsachinteressen beruhenden Wahlrechts, macht, wie jede andere Reform, so auch die Finanzreform des Reiches so untagbar schwer. Aber immerhin! Eine kleine Besserung wird erzielt, wenn wir die Finanzreform des Herrn Staatssekretärs dadurch beschleunigen, daß wir an den Beschlüssen der Budgetkommission festhalten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte. Die Kommissionsbeschlüsse werden zum Teil einstimmig, zum Teil gegen einige Stimmen unter den Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Der Etat für das Bankwesen wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Arendt (Sp.) nach den Kommissionsbeschlüssen bewilligt, ebenso ohne Debatte einige kleinere Etats sowie das Etatsgefeß.

Damit ist der Etat in zweiter Lesung erledigt. Es folgen Wahlprüfungen.

Für gültig werden erklärt die Wahlen der Abg. Lesche (Soz.), v. Janta-Polczynski (Pole), Jallin (Z.), Dr. Ruggan (fr. Sp.), Dr. am Juhnhoff (Z.), Windler (L.), Zischer (Z.), Schmid-Jungenstadt (Z.). Geweiserhebungen werden beschloffen bei den Wahlen der Abg. Frhr. v. Hohenberg (Welfe), Dr. v. Jaunez (b. L. F.), Kalkewitz (L.), Krause (L.), Kern (L.) und v. Raffow (L.).

Die Wahl des Abg. v. Niepenhausen beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Herbert (Soz.) stellt fest, daß der Abg. v. Niepenhausen lediglich durch den üblichen Wahlterrorismus der Konservativen, durch Saalabtreibungen, Beeinflussungen durch die Behörden usw. abgesetzt habe. Eine besondere Spezialität bei dieser Wahl hätten die großen Wierspenden des Herrn v. Niepenhausen gebildet.

Die Wahl wird für gültig erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch vormittags 11 Uhr (Dritte Beratung der Militärvorlage, des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit und dritte Etatsberatung.)

Schluß 5/11 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

170. Sitzung vom Dienstag, den 28. März, vormittags 11 Uhr.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Am Ministerische: Müller u. a. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes (Arbeiterverhältnisse) wird fortgesetzt.

Abg. Wolff-Lissa (fr. Vg.) (schwer verständlich) bezeichnet die Vorlage als im öffentlichen Interesse notwendig.

Abg. Frhr. v. Seditz (L.): Was die sozialpolitische Novelle anlangt, so halte ich es für einen bedenklichen Mißgriff der Regierung, daß die Vorlage zu einer Zeit angekündigt und veröffentlicht wurde, als der Aufstand unter Kontraktbruch noch andauerte und die Unterfuchungen der Staatsregierung noch nicht beendet waren. Der Streik ist zu Ende gegangen, weil kein Geld mehr vorhanden war. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn der Streik weiter gedauert hätte, so hätte das zu einem Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen geführt, weil sie die Verpflichtungen, die sie den Arbeitern gemacht hatten, nicht halten konnten. (Sehr wahr!) Es hätte nicht geschadet, wenn die Arbeiter auch mal am eigenen Leibe die schweren Nachteile eines so großen Aufstandes empfunden hätten. Die Absicht der Regierung, durch die Vorlage vorzugehen gegenüber künftigen Streiks zu wirken, wird schwerlich erreicht werden. Wenn die Regierung diese Absicht hatte, dann hätte sie zu einer Zeit, als die ersten Anzeichen eines Streikbewegung hervortraten, schon die

Vorlage einbringen müssen, jetzt aber macht sie den Eindruck, daß sie sehr übereilt gekommen ist (Sehr richtig! rechts); denn Nebenhande, welche den Streik rechtfertigen, waren, wie die Untersuchung ergeben hat, absolut nicht vorhanden. Wird man nicht den Eindruck gewinnen, daß die Regierung bei einem neuen Streik auch noch zu weiteren Konzessionen bereit sein wird, welche unsere Industrie nicht tragen kann? (Sehr richtig! rechts.) Auch die Absicht der Regierung, der Sozialdemokratie durch die Vorlage das Grab zu graben, wird nicht erreicht werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Sozialdemokratie wird nicht nur nicht das Grab gegraben werden, sondern es wird als ein Erfolg des Generalstreiks und damit der Sozialdemokratie hingestellt werden, daß diese Vorlage gekommen ist, und der Arbeiter, in dem die Sozialdemokratie die Massen zu halten weiß, wird dadurch nur noch verstärkt werden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist mir auch sehr fraglich, ob die Klust zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Vorlage ausgefüllt werden wird. Sehr fraglich ist es, ob die Regierung mit der Vorlage überhaupt einen Befähigungsnachweis für die Behandlung solcher Dinge erbracht hat. (Sehr gut! rechts.) Die Grubenbesitzer haben das Gefühl, auf das ungerechteste behandelt zu sein durch die Vorlage, und sie haben nicht unrecht mit dieser Annahme (Sehr richtig! rechts). Sie beschwerten sich mit Recht, daß ihnen gegenüber nicht mit gleichem Maß gemessen wird. Gerade in den Kreisen von Männern, die sich von jeder durch Besonnenheit und Mäßhaltung ausgezeichnet haben, ist jetzt eine Verstimmung eingetreten, die sich nur vergleichen läßt mit jener Stimmung, die in den ersten Tagen des Aufkommens des Bundes der Landwirte Platz griff. Glauben Sie, daß angesichts einer solchen Verstimmung, die Otkrohung von Arbeiterauschüssen, die Arbeitgeber mit den Arbeitnehmern fest verbinden wird? Die psychologische Wirkung, die eine solche Maßregel an sich haben kann, wird durch das Vorgehen der Regierung im gegenwärtigen Moment direkt beseitigt. (Sehr wahr! rechts.) Der Landtag muß vor allem darauf bedacht nehmen, daß die hier uns unterbreiteten Fragen und Probleme aus dem Niveau der Gelegenheitsgeschichte herauszuheben und zu behandeln sind unter dem Gesichtspunkt von Maßnahmen, die dauernd zu halten bestimmt sind. Man muß sich hüten, sich durch das Wort „sozial“ irritieren zu lassen. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Wort bildet nur zu oft die Flagge, unter der die Kontroversen der krassesten Partei-Interessen jagelt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch im vorliegenden Fall haben Parteiinteressen eine geradezu verhängnisvolle Rolle gespielt. (Sehr wahr! rechts.) Wir werden uns aber auch von der Illusion fernhalten müssen, daß es möglich sein wird, durch Zugeständnisse an die Arbeiter diese der Sozialdemokratie zu entfremden. Der Staat wird nicht der deus ex machina sein, vor dem infolge dieser Vorlage sofort die Sozialdemokratie verschwindet. (Sehr richtig! rechts.)

Wir werden bei unseren Beratungen dafür sorgen müssen, daß unsere Industrie lebensfähig bleibt. Die polnische Bewegung, die großpolnische Agitation darf durch die Vorlage keine Nahrung erhalten und ebenso müssen wir dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie, die sich ja gern in Arbeiterorganisationen einnistet, diese nicht ihren Partei-Interessen und dem Sturz der Monarchie dienbar machen kann, daß nicht diese Vorlage als eine Abschlagszahlung an die kommende Macht der Sozialdemokratie erscheint. Wir werden nicht anerkennen, daß die in den Jahren 1890 und 1892 für die fakultativen Arbeiterauschüsse getroffenen Bestimmungen nun als unüberwindliches Paradigma gelten sollen auch für die neu einzuführenden allgemeinen Arbeiterauschüsse. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten es für keinen Rückschritt, sondern für einen Fortschritt, wenn Festgriffe von damals beseitigt werden. (Sehr wahr! rechts.) Wir können nicht in Aussicht stellen, daß wir den Wünschen des Zentrums entsprechend die Wahl von Grubenkontrollleuten aus den Reihen der Arbeiter gutheißen werden, und wir legen ferner den höchsten Wert darauf, daß der achtstündige Arbeitstag nur als eine durch gesundheitliche Rücksichten bedingte Ausnahme Platz greift, und daß er keinesfalls in einen allgemeinen achtstündigen Arbeitstag umgewandelt wird. Wir müssen in der Vorlage dafür sorgen, daß dieser familiäre achtstündige Arbeitstag nicht eine Etappe zu dem sozialdemokratischen wird, sondern ihm einen Riegel vorschiebt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Korfanty (Polen):

Wenn Sie durch die Robellen Ihre Arbeiterfreundschaft dokumentieren wollen, kann ich nur sagen, Gott bewahre die Arbeiter vor solchen Freunden. (Woh! rechts.) Die Rede des Herrn v. Jeditz war eine Scharnhedrede der schlimmsten Art. (Gelächter rechts.) Sie in Tausenden von Exemplaren unter den polnischen Bergarbeitern zu verteilen, wäre das beste Mittel, die großpolnische Agitation zu fördern. (Gelächter rechts.) In einer Unmenge von Broschüren, von Versammlungen ist auf die Beschwerden der Bergarbeiter hingewiesen worden. Ehe die Regierung Anstalten traf, einzugreifen, mußte es erst zu dem großen Kampfe kommen. Die von der Regierung eingesetzte Kommission hat alles in bester Ordnung gefunden. Das glaube ich schon. Wäre aber eine parlamentarische Kommission mit der Untersuchung betraut worden, so wäre das Resultat ein anderes gewesen. Der Vertrauensmann der Arbeiter, den die Vorlage vorschreibt, wird nicht genügend in Tätigkeit treten können, man wird ihn stets beiseite zu schieben bestrebt sein. Die Höchststrafe von zwei Schichtlöhnen im Monat, also von etwa 10 M., ist viel zu hoch. Man sollte die Strafen mit 50 Pf. beginnen lassen und sie nicht höher als monatlich auf 4 M. festsetzen. Die Festsetzung des sanitären Maximalarbeitstages wird stets einen Streitpunkt bilden. Richtiger wäre es, den einfachen Maximalarbeitstag von acht Stunden festzusetzen. Die zugelassenen Ueber-schichten werden die Beamten zur Lohnrückzahlung benutzen. Die Ausschüsse sind im Interesse der Arbeiter notwendig. Allerdings geht die Vorlage nicht weit genug, wenn sie die Arbeiterauschüsse erst bei 100 Arbeitern obligatorisch macht; sie müßten schon bei 20 Arbeitern eingesetzt werden. Die Regierung spricht von der Agitation unter den Arbeitern. Sie selbst aber trägt Agitationsstoff in die Kreise der polnischen Arbeiter, indem sie verlangt, daß die Arbeiter, welche in die Arbeiterauschüsse gewählt werden, der deutschen Sprache und Schrift mächtig sein sollen. Redner bringt mehrere Fälle von schlechter Behandlung der Arbeiter und eine Reihe von Mißständen auf staatlichen Bergwerken zur Sprache. Ein Staat, der derartiges zulasse, sei kein sozialer Staat.

Oberberghauptmann v. Welsen tritt den letzten Ausführungen des Vorredners entgegen.

Abg. Bruff (Z.):

Den Kontraktbruch der Arbeiter selbst billigen wir nicht. Aus den Umständen aber, unter denen der Zustand ins Leben getreten ist, herguleiten, die Arbeiter hätten keine Achtung vor dem Gesetz, geht zu weit. Die Arbeiter sind hart genug durch den Kontraktbruch geschädigt worden. Die in Aussicht gestellte Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wird den Kontraktbruch noch einschränken. Durch die Einbringung der Vorlagen hat die Regierung das Bestehen von Mißständen anerkannt. Die Kontrolle über den sanitären Arbeitstag und die Arbeiten in höheren Temperaturen wird sehr schwierig sein. Deshalb wird die Vermessung der sanitären Mißstände nach der Temperatur schwer durchführbar sein. Die Bergarbeit ist im allgemeinen gesundheitsgefährlich, deshalb mußten die sanitären Maßregeln verallgemeinert werden. Wie gesundheits-schädlich der Bergbau im allgemeinen ist, erhellt daraus, daß beim Braunkohlenbergbau nach der Statistik 70 Proz. in Ober-Schlesien 27 Proz. Krankheitsfälle stattfinden. Die Verkürzung der Arbeitszeit macht den Bergbau durchaus nicht unrentabel. Die Arbeiterauschüsse müßten zur Grubenkontrolle mit herangezogen werden. Die Statistik zeigt eine Zunahme der Unfälle im Bergbaubetriebe. Das sei ein Beweis für die Gefährlichkeit der Arbeit. Die Zunahme der Unfälle sei aber auch darauf zurückzuführen, daß zu viel ungelernete Arbeiter beschäftigt werden. Es liegt kein Grund vor sich dagegen zu sträuben, daß die Arbeiter an der Grubenkontrolle beteiligt werden.

Abg. Hilde (natl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten, in denen dieser sich für das Vorgehen der Regierung auf Anregungen des Abg. Freiherrn v. Heyl im Reichstages berufen hatte. Ein Fehler sei es gewesen, daß die staatliche

Untersuchungskommission sich mit allem möglichen Material beschäftigten werde, auch mit dem, was sich auf längst zurückliegende Vorkommnisse bezog. Wenn einer Untersuchungskommission angebl. Materialinstrumente vorgelegt worden seien, mit denen die Arbeiter gequält worden seien, was tatsächlich nicht der Fall gewesen sei, so gingen derartige Behauptungen weit über das Maß der objektiven Unwahrheit hinaus. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Anstoß zu der jetzigen Vorlage sei nicht im Handelsministerium erfolgt, sondern im Reichstages, wo zwei große Parteien für die Streikenden Partei ergriffen hätten. (Sehr richtig! bei den Nationallib.) Ein unglücklicher Zeitpunkt für die Einbringung der Vorlagen hätte nicht gewählt werden können, als er gewählt sei. Graf Solodowsky habe im Reichstages das gute Verhalten der Streikenden in den Himmel gehoben, er sei aber schlecht unterrichtet gewesen, denn er habe nichts von der großen Zahl Bestrafungen Streikender wegen Verletzung Arbeitswilliger gewußt. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Weber Graf Solodowsky, noch Graf Willow, noch der Handelsminister hätten ein Wort der Anerkennung für die Arbeitswilligen übrig gehabt, ihrer nahm sich niemand an, die ihre Haut zu Marke trugen. Im Reichstages habe Geh. Rat Meißner eine so überzeugende Rede für das Wagemutigen gehalten, wie er, Redner, sie nicht überzeugender hätte halten können. Daraus sei zu entnehmen, daß die Sinnänderung der Regierung nicht auf das Handelsministerium, sondern auf eine viel höhere Stelle zurückzuführen sei. Für die Einführung der ständigen Arbeiterauschüsse führt man als Beispiel die Ausschüsse in Saarbrücken an. Aber dort verlange man für das aktive Wahlrecht die ununterbrochene Tätigkeit auf derselben Grube von drei Jahren, für das passive eine solche von fünf Jahren, während die Vorlage nur die einjährige Beschäftigung verlange. (Hört! hört!) Die Heranziehung der Arbeiter zur Grubenkontrolle werde in der Praxis nicht durchführbar sein. Redner hofft, daß ein Gesetz zustande kommen werde, das die Arbeiter zufrieden stelle und den Bergbau nicht schädige. Allerdings, die Arbeiter sozialdemokratischer Ration (Heiterkeit) seien nicht zufrieden zu stellen. (Beifall.)

Handelsminister Müller:

Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, wenn der Vorredner sagt, daß im Handelsministerium eine entschiedene Meinungsänderung eingetreten sei, die auf eine höhere Stelle zurückzuführen sei. Ich übernehme die volle Verantwortung für die Vorlage. Wie der Vorredner auf die Meinung kommen kann, daß wir die Arbeitswilligen nicht schämen wollten, verstehe ich nicht. Die Arbeitswilligen sind geschätzt worden, die öffentliche Ordnung wurde aufrecht erhalten und die Zahl der öffentlichen Organe, die zu diesem Zweck im Ruhrgebiet nötig war, war durchaus nicht so klein, wie es von manchem gern dargestellt wird. Es waren an 3000 Polizeiorgane dort tätig. Daß wir uns mit diesen Polizeiorganen begnügen konnten, ist ein großes Verdienst der inneren Verwaltung; hätten wir dazu gegriffen, wozu wir gedrängt wurden, militärische Hilfe zu requirieren, so wäre es bald zu unheilvollen Katastrophen gekommen. (Sehr richtig!) Es trifft nicht zu, wenn behauptet wird, wir hätten alle Uebergriffe der Streikenden bestritten. Auch Graf Solodowsky hat das nicht getan. Er hat mich zitiert, als er sagte, daß die Klagen über die Behinderung von Arbeitswilligen übertrieben worden seien, und das ist Tatsache. Aus der Zahl der Anzeigen von Behinderungsfällen schließt nach der Art des Vorredners zu ziehen, ist verfehlt. Die Zahlen beweisen gerade im Gegenteil, wie ernst es die Regierung mit dem Schutze der Arbeitswilligen genommen hat. Daß auch einige aufreizende Reden gehalten worden sind, mag ja zutreffen, aber wenn man dagegen immer gleich mit Gewaltmaßregeln vorgehen wollte, dann lämen auch wir leicht zu Unglücksfällen, wie sie ja leider jüngst in Rußland passiert sind. (Sehr richtig!)

Auch in Bezug auf die Arbeitszeit verlangen wir nichts weiter, als was schon 1889 den Arbeitern versprochen ist und was nicht damals auch vom bergbaulichen Verein als berechtigt anerkannt worden ist. Es handelt sich nur um eine Einschränkung von 1/10 der Arbeitszeit. Nach allen Erfahrungen, die in der Industrie zu wiederholten Malen gemacht sind, führt bei geschulten Arbeitern eine langsame Einschränkung der Arbeitszeit um einen so geringen Bruchteil nicht zu einer Verminderung der Produktion, so daß die Befürchtung wegen einer Verteuerung der Kohlenpreise durchaus ungerechtfertigt sein würde. — Herr v. Jeditz hat uns vorgeworfen, wir befänden uns in einer Illusion, wenn wir mit diesem Gesetz die Sozialdemokratie einschränken und unschädlich machen wollten. Ich habe früher schon ausdrücklich gesagt, ich hätte nicht die Illusion, daß man durch diese Maßnahmen volle Zufriedenheit erzeugen könnte. Auch bezüglich der Befämpfung der Sozialdemokratie erwarte ich nicht viel davon — aber doch immerhin etwas. Die ruhigen Elemente der Arbeiter werden ganz entschieden dadurch gestärkt werden, wenn wir Forderungen ausgleichen, die, wie der Abg. Hilde selbst anerkannt hat, schon 1889 den Arbeitern zum großen Teil versprochen sind.

Sobald ein Streik ausbricht, hat sich jeder, dem die Verantwortlichkeit dafür klar ist, zu fragen, wo liegt der berechtigte Kern der Forderungen, die zum Streik geführt haben? Niemals darf man zögern, den berechtigten Kern sofort aus dem Wege zu räumen.

Abg. Vorstier (F.) führt aus, man solle nicht um jeden Preis Sozialpolitik treiben, sondern auch prüfen, wie die Industrie dadurch belastet werde. Für den Kohlen-Industriebezirk werde die infolge der Vorlage zu erwartende Verteuerung der Kohlen eine Mehrbelastung von 1/2 bis 1 Million Mark jährlich betragen. Es werde immer auf die Kohlenbarone hingewiesen. Wenn man aber sehe, daß von den Aufsichtsratsmitgliedern der westfälischen Kohlen-Bergwerke 80 in Berlin wohnen, dann müsse man sich wundern, daß die freisinnige Presse in Berlin sich mit ihren Reformvorschlägen, die sie den Kohlenbaronen macht, nicht direkt an die in Berlin wohnenden Aufsichtsratsmitglieder wende. Der Ministerpräsident habe gestern die Arbeiterorganisationen als berechtigt erkannt, am 20. Januar aber habe er im Reichstages beklagt, daß diese Organisationen nicht aus wirtschaftlichen Gründen entstanden und daß sie Werkzeuge politischer Parteien seien. (Hört! hört!) Da könne man es den Redenbesitzern nicht verdenken, daß sie sich auf Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen nicht einlassen wollten. Die Anforderungen der Arbeiter voll und ganz zu erfüllen, wird ganz unmöglich sein. Das Wort des rheinischen Arbeitgebers wird sicherlich bald in Erfüllung gehen: „Wir werden von Berlin noch so viel bekommen, daß wir bald nichts mehr zu essen haben.“ (Beifall.)

Danach wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen und die Vorlagen selbst an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich nunmehr.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Schadloshaltung des großherzoglichen Hauses Schleswig-Holstein-Glücksburg, Sekundärbahnvorlage.) Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

34. Sitzung vom 28. März, 1 Uhr.

Das Haus ist ziemlich gut besetzt. Am Ministerische: Studt, Freiherr von Rheinbaben, v. Weichmann-Hollweg, Müller, v. Bobielki u. a. Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Kommission über den Staatshaushalts-Etat.

Zunächst findet eine Generaldebatte statt. Freiherr v. Mantuffel dankt zunächst dem Abgeordnetenhaus, insbesondere dem Grafen Simburg-Strom, der den Gedanken der Kontingentierung der Etatberatung angeregt habe, für die rechtzeitige Fertigstellung des Etats. Wenig würdig sei die Art, wie das Herrenhaus in dieser Session behandelt sei; trotz der Versprechungen der Regierung seien dem Hause seit 1000 nur wenig wichtige Gesetzentwürfe zuerst vorgelegt worden; das „schottische Mooruhn“ (Heiterkeit) sei allerdings zuerst an das Herrenhaus gelangt. Woburch habe das Haus eine solche Behandlung verdient? Die Vergesetz-Rokelle hätte doch sicher zuerst dem Herrenhause zugestellt werden müssen, hier hätte eine Beratung statt-

gefunden, die der des Abgeordnetenhauses nicht nachgekommen hätte, und eine Verzögerung wäre dadurch auch nicht entstanden. Ober habe die Regierung etwa Furcht vor der öffentlichen Meinung? Leider habe das Haus nach der Verfassung kein Recht, Änderungen an Etat vorzunehmen. Hätte z. B. das Abgeordnetenhaus Repräsentationsgelder für die Präsidenten des Landtages bewilligt, so wäre das Herrenhaus in eine sehr schiefere Lage gekommen; man hätte doch nicht wegen dieser paar tausend Mark den ganzen Etat ablehnen können. Die Folge der Bewilligung wäre, daß auch der Präsident des Reichstages, die Vorsitzenden der Provinziallandtage und der Oberbürgermeister von Berlin Repräsentationsgelder erhalten müßten. Man hätte sich also vor dem ersten Schritt. Auch die Dienstwohnungen, besonders die des Reichstagspräsidenten, seien viel zu luxuriös eingerichtet. (Zustimmung.) Er bitte die Regierung, das Haus mit Repräsentationsgeldern zu verschonen, er bitte ferner, dafür zu sorgen, daß das Haus nicht durch die Beschlässe des Abgeordnetenhauses verunglückt wird, daß der Etat stets rechtzeitig eingebracht wird und daß das Herrenhaus stets Arbeit vorfindet. (Beifall.)

Minister Herr v. Rheinbaben: Der Gedanke, das Herrenhaus stiefmütterlich zu behandeln oder zu vernachlässigen, liegt der Regierung vollkommen fern. Der Handelsminister hat mich zu der Erklärung ermächtigt, daß der Grund, warum die Vergesetz-Rokelle zunächst dem Abgeordnetenhaus überwiesen worden sind, darin besteht, daß ein dieser Gesetze, das Stilllegungsgesetz, bereits im Abgeordnetenhaus in Behandlung war; es war ein Antrag Sabigny eingebracht, zu dessen Beratung eine besondere Kommission eingesetzt war, die die ganze Materie prüfte. Ich bitte, doch nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob die Regierung auch nur den Schein der Rücksicht gegen das Herrenhaus habe; das liegt uns vollkommen fern. Repräsentationsgelder sind seitens der Regierung weder für den Präsidenten des Abgeordnetenhauses noch für den des Herrenhauses verlangt worden, wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß wir in dieser Frage dem Wunsch des Landtages Folge zu leisten haben, und wenn das Herrenhaus keine Repräsentationsgelder haben will, dann werden wir selbstverständlich diesem Wunsch Rechnung tragen.

v. Buch wendet sich gegen die Gewährung von Repräsentationsgeldern für die Präsidenten. Das sei keineswegs Sache des Landtages. Das Ansehen der Parlamente beruhe einzig und allein darauf, daß sie ihre Pflicht tun, nicht daß sie repräsentieren.

Graf Mirbach: Wir müssen auf den weiteren Ausbau der indirekten Steuern im Reich bedacht sein, die Theorie, daß dadurch die unteren Volksschichten belastet werden, ist ganz unhaltbar. (Sehr richtig!) Wäre der Reichstag so zusammengesetzt wie das Abgeordnetenhaus, so wäre es leicht, neue indirekte Steuern einzuführen. Gegen eine Reichs-Erbchaftsteuer werden meine Freunde das schärfste Bedenken haben. Die Reichs-Erbchaftsteuer ist eine der ungerechtesten Vermögenskonkussionen. Eine hohe Erbschaftsteuer trifft die Landwirtschaft ebenso rigoros wie die Ergänzungsteuer. Der Hinweis auf England ist verfehlt. England ist ein Industriestaat, wo Vermögen schnell erworben werden. Ich hoffe, daß die Regierung den Gedanken einer Reichs-Erbchaftsteuer auf das entschiedenste zurückweisen wird. Redner warnt vor einem zu weitgehenden Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung und beruft sich dabei auf Äußerungen des Grafen Solodowsky und auf einen Artikel in der „Schlesischen Zeitung“. Diesen Artikel hat auch der „New Yorker Staatsanzeiger“ aufgenommen und in einem Artikel u. a. darauf hingewiesen, daß die zu weitgehende sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland die Arbeiter entwertet und eine Generation heranzüchtet von einer geistigen Minderwertigkeit. Die ganzen sozialpolitischen Organisationen in Deutschland sind mehr und mehr zu sozialdemokratischen Organisationen ausgewachsen. Auch Dr. Mugden hat ja im Reichstages darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie ihre Genossen als Beamte in den verschiedenen Versicherungszweigen unterbringt. (Redner wendet sich plötzlich heftig um und berrät einige in seiner Nähe Privatgespräche führende Herren mit den Worten an: Entschuldigen Sie, daß ich Sie störe!) Ich bin kein Gegner der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Gründe aber, die mich feinerzeit veranlaßt haben, gegen das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz zu stimmen, sind die, daß diese Gesetze für die Landwirtschaft eine schwere Belastung darstellen und daß das Markensystem und das Kontrollsystem mit so vielen Weitläufigkeiten und Begationen verbunden ist, daß sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber in den ländlichen Kreisen es als einen Segen ansehen würden, wenn diese Gesetze wieder rückgängig gemacht würden. Durch die sozialpolitische Gesetzgebung ist es der Sozialdemokratie gelungen, einen bedeutenden Teil der Arbeiterschaft zu organisieren zu einer Phalanx, die dem ganzen übrigen Teil des Staates und den Arbeitgebern feindlich gegenübersteht. Daß die sozialdemokratische Organisation an der Landesgrenze nicht Halt macht, hat uns der Königsberger Proseß bewiesen, und auch die Bewegung im Ruhrgebiet ist ein Zeichen der verheerenden Tätigkeit der sozialdemokratischen Agitatoren. Entspricht es der Gerechtigkeit, wenn wir den staatsbehaltenden Parteien des Landes immer weitere Lasten auferlegen, um den Feinden entgegenzukommen? Redner kritisiert dann das Verhalten der linksliberalen Presse bezüglich der Handelsverträge und Rußlands. Niemand könne es den Japanern verargen, daß sie dem Vordringen Rußlands gegenüber zur ultima ratio gegriffen hätten; wenn man aber an die Erfolge der kleinen preussischen Armee unter Friedrich dem Großen denke, so reichen die japanischen doch noch lange nicht heran. Das Verhältnis zwischen uns und Japan sei bei weitem nicht so bedeutend wie das Verhältnis zwischen uns und Rußland. Rußland und Deutschland seien auf freundschaftliche Beziehungen angewiesen. Diese aber suche die linksliberale Presse zu stören. Niemand nehme doch an, daß Rußland durch die schweren Niederlagen völlig zu Boden geworfen sei. Die Achillesferse Rußlands seien seine Finanzen, es könne seine großen Hilfsquellen nicht so schnell erschöpfen und sei zu sehr an das Ausland gebunden. (Redner, der dem Präsidenten den Rücken zugeht und zum Hause spricht, wird vom Präsidenten, Fürst zu Inn- und Ansbach, unter Heiterkeit des Hauses mit den Worten unterbrochen: Herr Graf! Ich bitte doch, einen Frontalangriff zu machen, ich kann sonst kein Wort verstehen!) Der Aussid in die Zukunft, so schließt Redner, ist trübe, das Zustromen vom platten Lande und den kleinen Städten in die großen Städte, der wachsende Luxus in den Verkehrs-zentren, das Wachsen der Umsturz-bewegung, das sind Erscheinungen, die wir mehr zu fürchten haben, als einen äußeren Feind. Aber die festen Grundlagen des preussischen Staates und des Deutschen Reiches werden es uns mit Gottes Hilfe möglich machen, auch diese Gefahr zu beseitigen. Die Versicherung kann ich der Regierung geben, daß in dem Kampfe um diese Güter das Herrenhaus der Regierung treu zur Seite stehen wird. (Beifall.)

Graf Hert v. Wartenberg spricht die Hoffnung aus, daß der Bundesrat an dem Standpunkt festhalten wird, daß er zu Initiativ-anträgen des Reichstages aus früheren Sessionen keine Stellung zu nehmen braucht.

Oberbürgermeister Becker-Köln: Wichtig für uns ist die Lage der Provinzen und der Kreise; in manchen Orten werden schon gegen 400 Proz. Zuschläge erhoben. Schuld daran tragen die Maßnahmen der Regierung, die bei ihren neuen Gesetzesvorlagen nicht genügend prüft, ob dadurch die Provinzen von neuem belastet werden. Ich will den indirekten Steuern nicht das Wort reden, aber wenn die direkten Steuern eine gewisse Höhe erreicht haben, dann bilden die indirekten das kleinere Uebel, natürlich nur, wenn sie rationell ausgebaut werden. Aber da läßt uns das Kommunalabgabengesetz leider in Stich.

Damit schließt die Generaldebatte. Es folgt die Beratung der einzelnen Etats. Die weitere Etatsberatung wird vertagt auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungs-Kommission. Bei der Prüfung der Wahl des konserverativen Abg. Schäfer im Wahlkreis Jülich an-Schwibbus-Grossen stellten sich eine Reihe von Verstößen

gegen die gesetzlichen Vorschriften heraus, die, wenn sie durch Erhebungen bestätigt werden, die Ungültigkeitserklärung der Wahl zur Folge haben müssen. Es erhielten Stimmen bei der Hauptwahl: Schläfer 9017, v. Liszt (freil.) 4714, Silberschmidt (Soz.) 2745. Neben den kommunikativen Erinnerungen stellt ein Wahlprotest der Freisinnigen Vorkommnisse fest, die als erheblich von der Kommission befunden wurden. So hat am Tage vor der Wahl der Wahlvorsteher für Glaucho einen geschriebenen Aufruf an die Wähler geschickt, mit der Aufforderung, zur Wahl zu erscheinen und Stimmzettel für Schläfer abzugeben; außerdem hat ein Wahlbeistehender während der Wahlhandlung solche Stimmzettel den Wählern ausgereicht. In einer Anzahl anderer Wahllokale lagen solche Stimmzettel aus; wieder in anderen war der Stimmzettel vorchriftswidrig und in zwei Orten wurden winzig kleine vorchriftswidrige Stimmzettel für Schläfer aus- und abgegeben; auch wurde an zwei Orten die Wahlhandlung schon um 6 Uhr geschlossen. Deshalb beschloß die Kommission, die Wahl zu beanstanden und Erhebungen zu veranstalten.

Leser- und Diskutierklub Süd-Ost. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tolkendorf, Götterstr. 68: Vortrag des Gen. Fuchs über Karikaturen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Naturerkenntnis muß wegen Verspätung des Vortragenden ausfallen. Derselbe wird in den nächsten Tagen nachgeholt.

Vermischtes.

Sächsische Sittenbildigkeit. Das Fahrkarten und Fahrscheine eines Verkehrsinstutes ebenso wie Schriften, Bücher und Zeitungen auf ihren Inhalt hin polizeilich geprüft werden, damit sie beim Publikum keinen Anstoß erregen, dürfte wohl den wenigsten bekannt sein. Die Dresdener Straßenbahngesellschaft gab für den Monat März unter anderen Fahrscheine aus, die auf der Rückseite eine Kupferung hygienischer Bedarfsartikel eines bekannten Dresdener Versandhauses enthielten. Bis zur Mitte dieses Monats wurden diese Fahrkarten an Fahrgäste abgegeben, dann aber trat plötzlich die Polizei dazwischen, verbot die weitere Ausgabe und konfiszierte auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft nicht weniger als 500 000 Stück. Ob diese Beschlagnahme gegen den „Verfasser“ noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird, erzieht sich zunächst noch unferer Kenntnis. Sollte das aber der Fall sein, dann müßten die „Verbreiter“, also die Straßenbahnschaffner usw., ebenfalls herangezogen werden.

Ein Doppelmord wurde in Dinkelscherben in Bayern verübt. Dort wurden die hochbetagten und vermögenden Privatierscheleute Michael und Anna Jott mit zertrümmerten Schädeln in ihrer Wohnung aufgefunden; der 77jährige Ehemann lag blut-

überströmt im Bette, seine 69jährige Ehefrau angeleibelt in der Küche. Das Instrument, mit dem die Tat verübt wurde und das zweifellos mit Blut besetzt ist, konnte noch nicht aufgefunden werden. Auch ist noch nicht festgestellt, welche Summe dem Mordopfer in die Hände gefallen ist, da noch Wertpapiere und Geld in Höhe von 10 000 M. entdeckt wurden. In der Wohnung waren alle Behälter erbrochen und durchwühlt. Eine Anzahl Coupons hatte der Täter zu sich genommen, dann aber wieder von sich geworfen und zerstreut liegen lassen. Dringender Verdacht lenkt sich auf den 17jährigen Metzgerburschen Josef Hörmann, der am Orte beschäftigt war und kürzlich geäußert hatte, in nächster Zeit in die Fremde gehen zu wollen. Als er nach seinem Logis zurückkehrte, wurde er von Gendarmen erwartet, die in seinem Besitz einen Barbetrag von 1500 M. und ein blühiges Tuch fanden. In demselben Augenblick, wo er für verhaftet erklärt wurde, öffnete Hörmann plötzlich ein Fenster, sprang fünf Meter tief in den Hof hinab und entkam. Sein Verbleib konnte bisher nicht ermittelt werden. Er ist ein wegen seiner Gewalttätigkeiten sehr gefürchteter Mensch und zurzeit in eine Betrugsaffäre verwickelt. Die Behörden bieten alles auf, um seiner habhaft zu werden.

Stürmische Seefahrt. Furchtbare Stürme im Atlantischen Ozean werden von dem Dampfer „Victoria“ der Hamburg-Amerika-Linie berichtet, der jetzt laut Schiffelegramm aus New York mit längerer Verspätung dort eingetroffen ist. Besonders schweres Unwetter hatte das Schiff am 14. d. M. zu bestehen. Der Sturm tobte derartig, daß die Fahrgäste im Zwischendeck ihre letzte Stunde gekommen glaubten und man höflich beteten. In der Nacht zum 15. März gaben drei Frauen infolge der ausgestandenen Angst vorzeitig Kindern das Leben. Drei Stunden lang war die „Victoria“ aufgerichtet, vorwärts zu manövrieren und trieb 31 englische Meilen aus dem Kurs. Fortwährend wurde Del ausgegossen, um die empörten Wogen zu beruhigen. Der Kapitän erklärte, falls man dieses Mittel nicht angewandt hätte, hätte sich wahrscheinlich das Schiff lotrecht überschlagen. Der Sturm brach mit schreckenerregender Plöhligkeit los, begleitet von mächtigen Windstößen. Das fünf Tons wiegende Rettungsboot wurde vom Wind losgerissen und gegen die Kommandobrücke geschleudert, wobei der Kapitän und mehrere andere Personen schwere Quetschungen erlitten. Ein Matrose wurde über Bord gewaschen und ertrank.

Genidstarr in Westpreußen. Aus Königsberg wird mitgeteilt: Im Dorfe Czernitz ist die Genidstarr ausgebrochen; eine ganze Anzahl von Personen, namentlich Kinder, sind erkrankt, ein Patient ist der Krankheit bereits erlegen. Die Schulen wurden geschlossen.

Niesenbrand in Tokio. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, daß seit dem 22. März ein Niesenbrand wüthet. Ein großer Teil der Stadt sei bereits vernichtet. Eine Verhütung der sensationellen Melung liegt zurzeit noch nicht vor.

Marktpreise von Berlin am 27. März. Nach Ermittlungen des fgl. Polzei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Gemmer: Weizen**), gute Sorte 17,25—17,34 M., mittel 17,33—17,32 M., geringe 17,31—17,30 M. Roggen**, gute Sorte 13,65—13,64 M., mittel 13,63—13,62 M., geringe 13,61—13,60 M. Futtergerste*), gute Sorte 16,00—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Hafer*), gute Sorte 16,20—15,40 M., mittel 15,30—14,50 M., geringe 14,50—13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Rindfleisch 0,00—0,00 M. Schwein 0,00—0,00 M. für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,20—2,80 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 27. März. Elbe bei Ruffig + 1,53 Meter, bei Dresden + 0,15 Meter, bei Magdeburg + 2,90 Meter. — U n t r u i d e l Straußfurt + 1,80 Meter. — Oder bei Nailbor 1,97 Meter, bei Breslau Ober-Regel 5,10 Meter, bei Breslau Unter-Regel 0,25 Meter, bei Frankfurt + 2,12 Meter. — Weichsel bei Brahmwind — Meter. — B a r t h e bei Hofen — Meter. — R e h e bei Wß 1,36 Meter.

Witterungsübericht vom 28. März 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C.
Swinemünde	763,00	NO	4	Regen	4	Haparanda	761,00	S	2	bedeckt	-13
Danzig	765,00	NO	2	bedeckt	5	Petersburg	763,00	SE	1	bedeckt	1
Berlin	760,00	SE	2	Regen	6	St. Petersburg	761,00	SE	4	halb bed.	9
Frankfurt a. M.	760,00	SE	3	halb bed.	6	Norwegen	761,00	SE	2	Regen	4
München	757,00	SE	6	Regen	9	Paris	764,00	SE	3	halb bed.	7
Wien	757,00	SE	7	Regen	7						

Wetterprognose für Mittwoch, den 29. März 1905. Auflassend, nachts etwas kühler, am Tage wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

N. 2. 37. Zu unserem Bedauern zunächst nichts ermittelt. Zu mündlicher Auskunft bereit. Vormittags 10—12, nachmittags 12—2 Uhr. — **N. 2. 38.** Keiner von beiden im Recht: eine Wahne handhabt die Sache so, die andere entgegengekehrt. Ob das Schauspiel da flüssig oder nicht ist, entscheidet nicht — **Butter.** Können wir selber nicht empfehlen. — **Hilber (Mahlwertrabe).** Die ersten beiden mit Minus! — **Heiner (Anfangsbuchstabe).** Die letzten beiden mit Plus! — großer Anfangsbuchstabe. — **N. 2. 50.** Guter Rat teuer. Am zweckmäßigsten wäre es wohl, wenn Sie sich an die eigene Berufsorganisation halten würden. — **G. 2. 55.** Durch Herrn Karl Hilber, hier, Waldstr. 8. — **B. 6.** Im juristischen Briefkasten. 2. Das Parteivorstands-Bureau Lindenstr. 69, Hof III, 3. Etage. Barum antwortet man denn nicht auf die Erklärung, welche der „Vormorris“ am 21. März in der Angelegenheit veröffentlichte? — **2816.** 1. Unbestimmt. 2. Nein. 3. Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 29. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Roland von Berlin.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.
Deutsches. Wilhelm Tell. (Anfang 7 Uhr.)
Berliner. Die Jüdin von Toledo.
Westen. Martha.
National. Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Thalia. Der Kilometerfresser.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Leibarzt.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnisches Theater.) Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Leitung. Elga.
Kleines. Nachtasyl.
Neubau. Hotel Compagnon.
Zentral. Die Jungfrau.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Lustspielhaus. Der Familienstag.
Trionon. Das Abenteuer des Herrn Walezieng. — Die Briefstube. — Ein peinlicher Zwischenfall.
Deutsch-Amerikanisches. Ueberr großen Tisch.
Wette. Alliance. Die Rote.
Carl Weick. Berlin, wie es weint und lacht.
Russen. Das Leben ein Traum.
Rosino. Lolo's Vater.
Apollo. Das Weichenmädchen.
Sternwarte. Die Heppchen.
Herrenfeld-Theater. Die Heppchen.
Palast. Liebe kann alles. — Max und Moritz. — Spezialitäten.
Volksgarten-Theater. Die 5 Lorrison.
Bokken Lasson. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Wintergarten. Cabaret.
Urania. Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Donnerstag: Ein Sommernachts Traum.
Freitag zum erstenmal: Meta Kenegen.
Sonnabend: Ein Sommernachts Traum.
Sonntag: Meta Kenegen.
Montag: Ein Sommernachts Traum.
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Donnerstag: Sanna.
Freitag: Salome.
Sonnabend: Nachtasyl.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ermöglichte Preise. Familienidyll. Liebestraume. Serenissimus.
Abends 8 Uhr: Der grüne Kakadu.
Abschiedssooper.
Montag: Angela. Der 88r.

Apollo-Theater.

218. Friedrichstraße 218.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Das Weichenmädchen.
Vorher 8 Uhr: Letzte Woche:
Die März-Spezialitäten.
Sonntag, 2. April, nachm. 3 Uhr:
Berliner Lust und Spezialitäten.

Metropol-Theater

Die Heppchen von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. X Josef Giampietro.
Josef Joseph. X Anton Grünfeld.
Fritz Frid. X Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballade.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Jeden Abend 8 Uhr:
„Ueber'n großen Teich“.
Mittwoch, den 5. April:
Souvenir-Vorstellung.
ZUM 450. MALE
UEBERN GROSSEN
TEICH.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Halbe Preise.
„Ueber'n großen Teich“.

Otto Pritzkows Abnormitäten-Ansstellung

Minchenstr. 10.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Hona, 485 Pf. schwer, die kleinste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Urania, Taubenstr. 48/49

8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Das sensationelle
Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedstedt,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

Kasino-Theater

Lehringergasse 37. Täglich 8 Uhr:
Colo's Vater.
Vollständig in Ad. L'Arronge.
Vorher das brillante März-Programm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf Probe. Kleine Preise.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Abenteuer d. Hrn. Walezieng
Die Briefstube.
Ein peinlicher Zwischenfall.
Anfang 8 Uhr.
Freitag zum erstenmal: „Ihr AHN!“

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Abendstück: Der Familientag.
Sonntag nachmittags zum erstenmal:
Der Mann im Schatten.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Wohltäter der Menschheit.
Schauspiel in 3 Akten v. Felix Philipp.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Vorzugskarten zu halben Preisen haben Gültigkeit.
Sonnabend, den 1. April: Große Extravortellung: Der Totschläger (L'Assomoir) von Emile Zola.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Zum unabwehrlich letzten Male:
Lenore
oder: Die Grabesbraut.
Baterl. Schauspiel mit Gesang v. Holtei.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Extravortellung.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängers
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Wichtig zu den munter, glühend und heftig zu haben vorher zu haben

Schiller-Theater

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.
Komödie in 3 Akten v. Rolf Schmidt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Neues Konzerthaus

Grand Hotel Alexanderplatz.
Gr. Kurt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des Salon-Humoristen G. Bonn. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reine Säle in Berlin wie Blumengarten empfehle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art.
23232

Zirkus Schumann.

Heute, Mittwoch, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr:
Grande Soiree equestre.
Elite-Programm.
U. a.: Geschwister Bogini. — Rös. Briant. — Konf. Profespl. — Adolfo a. Alberto. — Coenrs Miniggio. — The Ringmann.

Die best. Springferde d. Marstalls.

Direktor Alb. Schumanns
neue und moderne Dressuren.
Sämtliche Spezialitäten und
Die wunderbar dressierten Elefanten
des Mr. Ephraim Thompson.
Um 9 1/2 Uhr:
Einzig dastehender Erfolg!
Eine Nordlandsreise
Größtes Manege-Schaustück der Gegend. Darstellendes Personal circa 400 Personen. Prachtvolle hier noch nie gesehene Licht- u. technische Effekte.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Der größte Erfolg seit 14 Jahren ist unbestritten die Revität:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Union und Donat Herrnfeld mit Anton Herrnfeld als Pischowil, Herausgeber d. „Schelmerwerfer“ und Donat Herrnfeld als Sommercurat Meyerhain.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 Uhr.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
SAHARET.
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dianda, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stellung u. Revell, Kom. Reckturner. Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novellos, Europa in Indien. Diane de Fontenoy, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrerin. Doherty Sisters, Amerikan. Sängerrinnen und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. 3. Wochentags 5 Uhr.
The five sisters Lorrison
die bekannten Frauen Schönheiten.
Bokken Lasson
die exzellente Straßenlängerin.
Die Picchiani-Truppe.
Die reizenden Flocatis. 14 glänzende Nummern.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwank in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Tancor. Deutsch v. R. Schönan. Sonntag nachm. 3 Uhr: Das große Geheimnis.
In Vorbereitung: Herzogin Clevetta (La Duchesse des Folies-Borgere).

Carl Weick-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Berlin wie es weint und lacht.
Morgen u. Freitag auf vielseitigen Wunsch: Senta Wolfburg.
Sonnabend zum erstenmal: Judith, die Schwester des russischen roten Kreuz.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Kleine Preise.
Sonntag nachm.: Die Kinder des Kapitän Grant.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Mittwoch, den 29. März 1905:
Ein Rabenvater.
Schwank in 3 Akten von Fischer und Farno.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Bis-a-vis d. Börse, 2. Min. v. Bf. Börse.
Ein durchschlagender Lacherfolg!
Nur noch einige Tage!
9 Uhr:
Liebe kann alles.
Schwank von H. G. Vor- und nachher: die epochenmachenden März-Spezialitäten allerersten Ranges.
Freitag: Große Extra-Elite-Vorstellung.
Die gesamten Räume des Palast-Theaters stehen großen Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zur Verfügung. 25 Mal für Versammlungen auch abends.

Skala-Theater.

Einienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Stegreif-Philosoph (sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm).
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

Frankfurter-Allee 55.
Wieder neues Programm.
Reut! Mr. Arly, ahaftlicher Reitenführer. Reut! Quartett Wollmor. Dänische Hochschüler u. Sängers. Gelfin. Christensen, Eigentüm. Duett. Reut! Hermann Groch, der Ustomische, sowie die übrigen erstklassigen Kräfte.

Sanssouci.

Rottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Heute Mittwoch:
Die Tochter d. Sträflings.
Volksstück in 3 Akten.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers u. Tanzkränzchen.

Carl Weick-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Berlin wie es weint und lacht.
Morgen u. Freitag auf vielseitigen Wunsch: Senta Wolfburg.
Sonnabend zum erstenmal: Judith, die Schwester des russischen roten Kreuz.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Kleine Preise.
Sonntag nachm.: Die Kinder des Kapitän Grant.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Mittwoch, den 29. März 1905:
Ein Rabenvater.
Schwank in 3 Akten von Fischer und Farno.

Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Bis-a-vis d. Börse, 2. Min. v. Bf. Börse.
Ein durchschlagender Lacherfolg!
Nur noch einige Tage!
9 Uhr:
Liebe kann alles.
Schwank von H. G. Vor- und nachher: die epochenmachenden März-Spezialitäten allerersten Ranges.
Freitag: Große Extra-Elite-Vorstellung.
Die gesamten Räume des Palast-Theaters stehen großen Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zur Verfügung. 25 Mal für Versammlungen auch abends.

Skala-Theater.

Einienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Paul Steinitz
d. phänomenale Stegreif-Philosoph (sowie das wunderbare Spezialitäten-Programm).
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

Frankfurter-Allee 55.
Wieder neues Programm.
Reut! Mr. Arly, ahaftlicher Reitenführer. Reut! Quartett Wollmor. Dänische Hochschüler u. Sängers. Gelfin. Christensen, Eigentüm. Duett. Reut! Hermann Groch, der Ustomische, sowie die übrigen erstklassigen Kräfte.

Sanssouci.

Rottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Heute Mittwoch:
Die Tochter d. Sträflings.
Volksstück in 3 Akten.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängers u. Tanzkränzchen.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
SAHARET.
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dianda, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stellung u. Revell, Kom. Reckturner. Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novellos, Europa in Indien. Diane de Fontenoy, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrerin. Doherty Sisters, Amerikan. Sängerrinnen und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. 3. Wochentags 5 Uhr.
The five sisters Lorrison
die bekannten Frauen Schönheiten.
Bokken Lasson
die exzellente Straßenlängerin.
Die Picchiani-Truppe.
Die reizenden Flocatis. 14 glänzende Nummern.

Residenz-Theater.

Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwank in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Tancor. Deutsch v. R. Schönan. Sonntag nachm. 3 Uhr: Das große Geheimnis.
In Vorbereitung: Herzogin Clevetta (La Duchesse des Folies-Borgere).

Achtung! Schildermaler

und verwandte Berufe.

Heute Mittwoch, abends Punkt 8 Uhr, in Feuersteins Festsälen,
Alte Jakobstraße Nr. 75:

Protest-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Das Gebaren der Unternehmer und ihrer Presse.

NB. Vielleicht überzeugt sich der Herr Generalsekretär des Schärfmacherverbandes persönlich von dem Geiste der Streifenden, damit nicht wieder Lügen in die Welt hinausposaunt werden. Auch sind die Vertreter der anderen Gewerkschaften zu dieser Versammlung eingeladen.

Die Verwaltung der zentralorganisierten Schildermaler.

Etablissement Buggehaugen

Horstplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
An den unteren Ecken jeden Abend:
Streich-Konzert.

Dienstag, Donnerstag,
Sonntags, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal:
Tanz.

Möbel
in einfacher sowie
eleganter Ausfüh-
rung. Größte Aus-
wahl. Billig. Preis-
Kangläufige Garan-
tie. Zahlreiche Ein-
stellungen.

**M. Hirschowitz, Mariannen-
Straß 7a.**
Abonnenten erhalten 2 Proz. Rabatt.

Patent-Bureau.
Anmeldung von Patenten
in allen Staaten. Neueste
billige Preise. Bequeme
Forderungen. Gelds. Bewertung u.
Finanzierung der durch unv. an-
gem. Pat. Verh. v. Ideen f. Pat. Sch.
kostenlos. Spr. 10-1 und 4-6.
Wolters & Co., Wilhelmstr. 119/120.

Ausschneiden Wert 4 Mk

Künstl. Zähne Naturgetreu
tadel. Ausfüh. Besserer billig
Schmerzlos. Zahnzieh.
Nervlos. Zähne reinig.
Bei Bestellung umsant.
Keine extra Berechnung
Ent. Zahnschmerzmittel.
Un. Wurzeln zu vernim-
den bitte ich dring. auf bei
Abholung Anwesen Vorzug.

Max Guckel, Lausitzer Platz 2.

Steppdecken

Kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik, 72 Wald-
straße 72, wo auch alle
Steppdecken aufgearbeitet werden.
G. Strömmandel, Berlin 14.
Zustrecker Preisverlag gratis.

Elektrische und Omnibus.

Berlin ist ein gar gewaltiger Platz.
Doch sind ich es nicht sehr bequem,
Will ich besuchen mal meinen Schatz
Platz ist mir abstoßen die Beine.
D'rum lobe ich die Straßen-
bahn
Und den Omnibus nicht minder,
Da fahre erst zum Ueberflum 'ran
Und lade mir recht nobel, Kinder.
Schnell erreichbar der Platz ist und
ohne Mühe
Kommt allens hingefahren in
Rasse.
Wie fahr'n jedoch am besten,
loosen Sie
Einundzwanzig Invalidentstr.

Größte Auswahl von
Herren- u. Knabenbekleidung
fertig und nach Maß:
Herren-Sommer-Paletots, streng
modern, 9, 12, 15, 18, 24, 30 Mk. pr.
Herren-Jackett-Anzüge, in modern.
Streifen u. kariert, 10, 15, 18, 21,
25, 30 Mk. prima. Herren-Gehrock-
Anzüge, in u. ausländisch Stoffe,
24, 28, 30, 35 Mk. pr. Herren-
Joppen in Toben- u. Fantasiestoffen
2, 3, 4, 5, 6, 7 Mk. prima. Herren-
hosen in allen Dessins u. Ausfüh-
rungen 2, 3, 4, 5 bis 10 Mk. pr.
Knaben-Anzüge modernste Jacons,
halbdare Stoffe, 3, 4, 5, 6, 7, 8 Mk.
prima. Arbeitshosen, Jacken sowie
sämtliche Berufsbekleidung in größter
Auswahl u. zu billigsten Preisen.

„Universum“, 21. Invalidenstr. 21.

Am Stett. Bahnh. u. d. Postamt 4.
Jeder Käufer erhält ein Geschenk!

Garanti Rediteur: Paul Dittner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstr. 50a

Oranienstraße 48

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderoben.

Einsegnungs-Anzüge, Prüfungs-Anzüge.
Tadelloser Sitz. Vorzügliche Arbeit.

Anzüge in Cheviots M. 9, 50, 11, 14, 16, 18, 23, 26
Anzüge in Rips-Kammgarn M. 14, 18, 20, 23, 26, 28
Anzüge in Melton-Cheviots M. 18, 20, 23, 26, 28, 30
Anzüge in Drapé (Tuchkammgarn) M. 20, 23, 26, 30, 33

Verkauf in der ersten Etage, große, helle Räume.

Wir empfehlen:
Sechzehn Jahre in Sibirien von
Leo Deutsch.

Der Verfasser, welcher im Jahre
1884 von deutschen Behörden verhaftet
und der russischen Regierung aus-
geliefert wurde, erzählt in anziehender
Weise seine Erlebnisse in deutschen
und russischen Gefängnissen, auf dem
Transport nach Sibirien und in
Sibirien selbst.
Besonders interessant ist die Schilder-
ung des Lebens der Verbannung in
den sibirischen Gefängnissen.
Das Buch ist illustriert und kostet
brosch. 3,- Mk., geb. 3,50 Mk.

Rönigsberg, der Geheimbund des
Zaren von Kurt Eisner.

Das vorliegende Buch gibt nicht
nur einen genauen Bericht der Ge-
richtsverhandlung, sondern auch einen
historischen Ueberblick der Entwicklung
des preussisch-deutschen Russendienstes,
der im Königsberger Prozess seinen
Gipfel erreichte. 233/19
In bezug auf 11 Lieferungen
a 20 Bl., geb. zum Preise von
3,- Mk. durch

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

**Achtung! Achtung!
Zimmerer!**

Den Mitgliedern der Zentral-
Kranken- und Sterbefälle der
Zimmerer, sowie den Mitgliedern des
Verbandes deutscher Zimmerer,
Zahlstelle Berlin, zur Nachricht, daß
die Zahlstelle von Panitzstr. 47 nach
Gutfmann-Straße 13
vom 1. April ab verlegt wird.
1335* F. A. F. Schumann.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Moquettes.
Plüsch, Satteltaschen.
Musterb. näher. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Möbel-Fabrik-Niederlage
Otto Plettner,
Tischlermeister,
N., Dalldorfer-Straße 19.
Komplette
Wohnungs-Einrichtungen
und einzelne Möbel
in gedogener Ausführung zu soliden Preisen.

Bauch-, Kau- und Schnupf-Tabake,
Zigaretten: Josseli, Garbaty, Phänomen etc.
H. Preuss
Swinemünderstr. 66, 1. Etage.
Bekannte, billigste Bezugsquelle nur für Wiedervorkäufer.
Spezialität: Pre-Ussina-Zigaretten.
Tel. III 6949

Orientalisches Ballhaus
Neue Königstr. 45 (Grand Hotel)
Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:
Réunion
Anfang 10^{1/2} Uhr.

C. Joëls Viktoria-Garten.
11 Kegelbahnen. Köpenicker Landstr. 21. Theaterbühne.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball**
unter Leitung des Tanzmeisters Horn C. Zlans.
Empfehle meinen renovierten Saal und Garten,
5000 Personen, für Winter- und Sommer-Geschäfte allen
Vereinen und Gesellschaften.

Möbel,
Bekanntmachung!
Allen Freunden und Gönnern teile
ich hierdurch mit, daß ich mein Ge-
schäft von Panitzstr. 47 nach
Gutfmann-Straße 13
vom 1. April ab verlege. 3125*
Achtungsvoll F. Schumann.

**Zentral-Verband
d. Steinarbeiter. Berlin I.**
Am Donnerstag, den 27. März,
starb unser Kollege, der Steinmetz
Hermann Pirsch
an der Berufskrankheit.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag nachmittags 2^{1/2} Uhr
vom Trauerhause Stephanstr. 62
nach dem Johannis-Kirchhof in
Plohnsee statt.
Um zahlreiche Beteiligung, be-
sonders der arbeitslosen Berufs-
kollegen, ersucht
172/7 **Der Vorstand.**

**Verein zur Wahrung d. Interessen
der Maurer Berlins u. Umg.**
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser langjähriges Mitglied
Albert Jeske
an der Proletarier-Krankheit ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. März, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
129/14 **Der Vorstand.**

**Zentral-Verband
d. Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
(Bezirk 12.)**
Am Sonntag, den 26. d. M.,
starb nach jahrelanger Leiden
unser treues und tätiges Mitglied
Richard Gernetzki.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 2^{1/2} Uhr von der
Wohnung, Fürstenbergstr. 14,
aus nach dem Hons-Kirchhof in
Wieder-Schönhausen statt.
Um rege Teilnahme bittet
254/12 **Der Vorstand.**

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Keller
Fritz Bennier
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
114/2 **Die Ortsverwaltung.**

**Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 87/9*
Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
auf Teilzahlung.
Möbel J. Kellermann,
SW. Puttkamerstr. 15,
nahe Apollo-Theater. 97/3*

H. Detert, Möbelfabrik,
Fruchtstraße 32. 21512*
Komplette Wohnungs-Einrichtungen.
Einzel-Verkauf.
Nur Fabrikgebäude. ◀ Kein Laden

**Ausnahme-
Woche**
für
Gardinen und Stores
weiß, crème u. ockerfarben abgep. Fenster=2 Shawls.
Echt engl. u. Brüssel-250
Tüll m. Band eingef. 12 bis 2 M.
Prima Spachtel-Tüll 950
m. Batist-Auflage 18 bis 9 M.
Echt Erbstüll, reich m. 875
Bändchen, Handarb. 25 bis 8 M.

Steppdecken.
Seidenart. Lasting 7 50
à 14, zweis. 12, 9 u. 4 Mk.
Wolltülls, à 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk.
Purpur, echt rot, 2 50
à 5, 3, 25 u. 2 Mk.
Seiden-Atlas, alle Farb., 20, 15, 12 u. 10 Mk.
Relief-Tüll-Stores, neu 2 M.
Sezons-Muster 5 bis 2 M.
Echte Spachtel-Stores, 5 25
Applik. m. Spinnen 12 bis 5 M.
Point lace, Stella- und
Lacet-Stores a. Erbstüll, Neuheit 18 bis 6 M.
Excelsior-Cloth, 4 75
à 9, doppels. 8, 6, 50 u. 4 Mk.
Satin, gemustert, à 6, 5 u. 4 Mk.
Türkisch-Cretonne, 2 25
à 4, 50, 3 u. 2 Mk.
Daunen-Decken à 30, 26 u. 18 Mk.
Vorjährige Muster und Restbestände jetzt
fast für die Hälfte des Preises.
Teppichhaus
B. Hurwitz
Rotes Schloß
vis-à-vis dem National-Denkmal.

**Sozialdemokrat. Wahlverein
l. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Süd-Ost).**
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Arbeiter
Oskar Mühle
(wohnhalt. Bademarstr. 60, Stadt-
bezirk 83) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
nachmittags um 5 Uhr von der
Leichenhalle des Thomas-Kirch-
hofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
243/3 **Der Vorstand.**

**Kranken-Unterstützungs- und
Begräbnis-Verein der Bau- und
gewerbl. Hilfsarbeiter Berl. u. Umg.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
August Obst
am 26. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 29. März, nach-
mittags 1^{1/2} Uhr, vom Trauer-
hause Frankfurter Allee 10a nach
dem Zentral-Friedhof, Friedrichs-
felde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
37/3 **Der Vorstand.**

**Verband der Bau-, Erd- und
gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Bezirk Friedrichsberg.**
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß der Kollege
August Obst
am 26. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 29. d. M., nach-
mittags 1^{1/2} Uhr, vom Trauer-
hause Frankfurter Allee 10a nach
dem Central-Friedhof in Friedrichs-
felde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
32/20 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß unser einziger
Sohn, Bruder und Schwager, der
Maler
Artur Koepnick
nach schweren Leiden sanft ent-
schlafen ist.
Die Beerdigung findet in Span-
dau heute, nachmittags 4^{1/2} Uhr,
von der Leichenhalle des Fried-
hofes in den Rixdorf aus statt.
Emil Koepnick und Familie.
Paul Liffin.
Martha Liffin geb. Koepnick.

Billigste Bezugsquelle
von Garnituren, Dancellafas,
Ruschelofas, Schlafsofas, Chais-
longues, Bettstellen mit Matraz-
kleberpönde, Vertifos, Spiegel
in voller Ausführung. Langjahr. Gar.
* Neumann, Lapez, Oranienstr. 202.

Der Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen

trat am Dienstag, den 28. März, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses zusammen. Er ist einberufen von der Siebener-Kommission, in deren Händen die Leitung des letzten großen Bergarbeiterstreiks lag, und von Mitgliedern aller Bergarbeiter-Verbände besteht. Von den Delegierten vertreten 65 den alten Bergarbeiter-Verband, 40 den Christlichen Gewerksverein, 18 die polnischen Verbände (darunter auch vom ober-schlesischen Verband: Gegenseitige Hilfe) und 6 den Hirsch-Dunderschen Gewerksverein. Rechts im Saale sitzen die Vertreter der katholischen Gewerksvereine, links die des alten Verbandes, dazwischen die Mitglieder der anderen Vereine. Die Generalkommission der Gewerkschaften ist vertreten durch den Reichsarbeitersekretär Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt-Verlin. Den sozialdemokratischen Parteivorstand vertritt Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth, das Zentrum die Reichstags-Abgeordneten Hise und Trimborn; anwesend ist ferner Reichstags-Abgeordneter Gotthard.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Referate: Reichstags-Abgeordneter Otto Hue (alter Verband): Berggesetzgebung im allgemeinen.

Hermann Köster (Christlicher Gewerksverein): Die Gesetzesnovelle über die Festschließung.

Fritz Husemann (alter Verband): Dauer der Schichtzeit und Ueberschichtenwesen.

Johann Effert (Christlicher Gewerksverein): Arbeiterausflüsse.

Karl Kühne (Christlicher Gewerksverein): Grubenkontrolle.

Bernhard Hamacher (Hirsch-Dunderscher Gewerksverein): Wagnen.

Josef Regulski (Pole): Strafwesen.

Krolik (Pole, gemeinsch. Hilfsklasse Oberschlesiens): Frauen- und Kinderarbeit.

Hermann Sasse (alter Verband): Reform des Knappschaftswesens.

Heinrich Hansmann (alter Verband): Normalarbeitsordnung.

Gegen 10 1/2 Uhr eröffnet Arbeitersekretär Reichstags-Abgeordneter Alwin Körsten-Verlin im Auftrage der Siebener-Kommission die Sitzung.

Reichstags-Abgeordneter Körsten-Verlin: Im Auftrage der Siebener-Kommission eröffne ich die Verhandlungen der Konferenz der Bergarbeiter. Als Sekretär der Berliner Gewerkschaftskommission, der Zentrale der Gewerkschaften Berlins, ist mir der Auftrag zuteil geworden, Ihnen die kleine Gefälligkeit zu erweisen, das Lokal zu besorgen und die Vorarbeiten zu machen. Im Auftrage der Berliner Arbeiterschaft heiße ich Sie herzlich willkommen. Zum zweitenmal haben wir die Ehre, die Vertreter der Bergarbeiter in Berlin zu sehen, zum erstenmal in unserem Hause. Vor elf Jahren gelegentlich des internationalen Bergarbeiter-Tages war es zum erstenmal. Wir wünschen Ihnen zu Ihren Arbeiten besten Erfolg, den Sie verdient haben, namentlich verdient haben durch Ihr Handeln während der letzten Lohnbewegung. Ihr Auftreten hat jedermann Achtung abgenötigt, hat in der ganzen Welt Aufsehen erregt, Ihr Mut, Ihr Körpergeist, Ihre Disziplin haben Ihnen zur Ehre gereicht. Namentlich auch, daß Sie es verstanden haben, den Streik zur rechten Zeit abzubrechen. Wahrscheinlich, es ist nicht leicht, einen Streik zu solcher Zeit in ein anderes Jahrwasser zu lenken, wo das Gros der Arbeiterschaft glaubt, sich noch größere Hoffnungen machen zu dürfen. Aber auch hierbei haben wir Ihre eiserne Disziplin gesehen. Nur ihr war es zu danken, daß sich die Bergarbeiter beschieden haben. Und heute besteht wohl nirgends mehr die Meinung, daß der Abbruch des Streiks ein Fehler war. Sie haben es verstanden, diejenigen verantwortlich zu machen, die moralisch und gesetzlich verpflichtet sind, auch für Sie etwas zu tun. Gewiß werden manche Sie nicht verstehen und haben Sie nicht verstanden. Aber die Arbeiterschaft versteht Ihr Vorgehen als den letzten Hülfersruf, nachdem Sie Jahr und Tag vergeblich Ihre Stimmen haben erschallen lassen. Sie hätten kein anderes Mittel mehr, als das, welches Sie anwenden, um gehört zu werden. Und Sie sind gehört worden. Bei dieser Gelegenheit kann ich wohl sagen, daß die ganze Arbeiterschaft und weite Kreise darüber hinaus von Sympathie für die Bergarbeiter erfüllt gewesen sind, und auch jetzt haben Sie den Augenblick richtig erfaßt: hier das Arbeiterparlament, dort in der Prinz Albrechtstraße das Parlament der Unternehmer. Sie haben Ihre Motiva schon ergehen lassen. Sie sind hier berufen, die Forderungen und Wünsche der Arbeiter zur Geltung zu bringen. Darüber besteht kein Zweifel: wer nicht fordert, erhält nichts. Darum ist Zeit und Ort gut getroffen; von hier aus wird Ihre Stimme an den entscheidenden Stellen gehört werden. Alldem wird es sich zeigen, ob eingelöst wird, was versprochen worden ist. Im Einverständnis mit der gesamten Arbeiterschaft spreche ich den Wunsch aus, daß Ihre Arbeiten von dem besten Erfolge gekrönt sein mögen. (Bravo.)

Zur Leitung der weiteren Verhandlungen gebe ich im Auftrage der Siebener-Kommission Herrn Sasse das Wort. Reichstags-Abgeordneter Sasse: Werte Delegierte, hochgeehrte Gäste! Gleich dem Vorredner will auch ich Sie herzlich willkommen heißen. Die Siebener-Kommission hat sich veranlaßt gesehen, diesen ersten preussischen Delegiertentag zu berufen. Sie hat dazu eine Reihe von Einladungen ergehen lassen an die Regierung, die verschiedenen Fraktionen und die Zentralisation der Gewerkschaften sämtlicher Richtungen. Von der Regierung hat

das Handelsministerium geantwortet, daß es keine Zeit habe, zu kommen. (Wiesaches hört! hört!) Das Reichamt des Innern hat mir erst heute geantwortet, daß das Berggesetz Landesfrage sei und es daher nicht vertreten zu sein brauchte. (Weldächter.) Wir werden uns also damit begnügen müssen, daß die Regierung nicht vertreten ist. Um so lauter müssen wir unsere Stimme erheben, damit Regierung und Parlament sie trotzdem vernehmen. Veranlaßt sind wir zur Einberufung dieses Kongresses dadurch, daß die Novelle der Regierung unsere Wünsche und die Versprechungen nicht voll erfüllt, die namentlich der Siebener-Kommission gemacht worden sind. (Sehr wahr!)

Der Entwurf enthält zum Beispiel eine ganz bedeutende Verschlechterung, die von den Zeitungen aller Parteien und auch gestern im preussischen Landtage kritisiert worden ist: den Zwang zum Ueberschichten machen.

Der hat bisher nicht bestanden, er soll jetzt erst neu eingeführt werden. Daß dagegen die Delegierten aller Bergarbeiter-Verbände ihre Stimme erheben müssen, liegt klar auf der Hand. Ein zweiter starker Uebelstand des Entwurfs ist der sanitäre Arbeitstag, die Regelung der Schichtzeit nur für die Feste, die über 22 Grad Wärme aufweisen. Eine weitere Veranlassung zur Einberufung dieses Delegiertentages bot uns die Art und Weise,

wie die Untersuchungen vorgenommen worden sind und noch vorgenommen werden. (Sehr richtig!) Als die Untersuchungskommissionen seitens der Regierung ins Werk gesetzt wurden, da haben wir schon in der ersten Sitzung der Regierung unseren Wunsch ausgedrückt, daß diesmal anders verfahren werden solle, gerechter, unparteiischer, als die Bergarbeiter des Ruhrgebietes es nach dem Streik von 1890 haben erleben müssen. Diese Bemerkung hat nicht gerade Freude hervorgerufen, aber sie war sehr am Platze, und es war nur wünschenswert, daß unsere Forderung besser er-

füllt worden wäre. Es hat gestern und wird heute und morgen im Parlament eine Rolle spielen, daß bei den Untersuchungen nicht herausgefunden sei. Aber schon gestern hat im preussischen Abgeordnetenhause der Abgeordnete Spahn betont, daß das gar nichts besagen wolle. Die Arbeiter sind am wenigsten schuld daran, wenn durch die Untersuchungen nicht das Material ans Tageslicht gefördert worden ist, das tatsächlich vorhanden war, denn die Untersuchungen sind nicht in der Weise geführt worden, wie sie hätten geführt werden müssen. Es ist über diesen Gegenstand ein Antrag angehängt; die Debatte wird eröffnet werden, ich will deshalb jetzt nur sagen, daß kein Untersuchungsmitglied, kein Zeuge mehr die Wahrheit zu sagen wagt, aus Furcht, gemahregelt zu werden. (Sehr richtig!) Die Regierung hat es ja auch abgelehnt, den von ihr berufenen Zeugen, den von ihr berufenen Untersuchungskommissionen die Kosten zu ersetzen.

Auch das war eine der Ursachen, weshalb wir unbedingt eine öffentliche Aussprache haben mußten. Dazu kommt, daß wir im Parlament nicht so vertreten sind, wie es unbedingt notwendig und gerecht wäre. Umso mehr müssen wir in dieser Debatte unsere Wünsche und Beschwerden darlegen, damit unsere Gäste aus den Parlamenten noch einmal die berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes kennen lernen, und ihnen vielleicht etwas mehr Rechnung tragen. Gestern haben wir ja bei den Verhandlungen im Parlament, die die Siebener-Kommission mit angehört hat, ungefähr gesehen, wie der Haß läuft. Wir müssen alles daran setzen, um da und dort noch keine Verbesserungen durchzusetzen, denn schon sind Stimmen laut geworden, die das, was die Regierung vorschlägt, als viel zu weitgehend, als gefährlich hingestellt haben. Um so lauter müssen wir unsere Stimmen erheben, um unseren Freunden das Rückgrat zu steifen und denen, die gegen uns sind, zu zeigen, daß sie auf dem Holzwege gehen. Ich heiße Sie, Werte Delegierte, und die hohen Gäste nochmals herzlich willkommen. (Bravo.)

Effert-Altenstein: Hochgeehrte Gäste, meine werten Kollegen! Der Kollege Sasse hat schon hier zum Ausdruck gebracht, daß die Ruhrbergleute es für notwendig hielten, auch hier in Berlin vor den Toren der Staatsregierung ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Wir sind hier zusammengetreten, ohne allen Unterschied, einzig wie die Ruhrbergleute im Kampfe waren, und ebenso einzig wollen wir auch hier wieder beraten, zum Besten unseres gesamten Bergbaues. (Wiesaches: Sehr richtig.) Wir haben schon vor vier Wochen gesehen, daß der bergbäuerliche Verein, die vereinigten Besitzer des Bergbaues hier in Berlin tagten. Später haben sie noch einmal tagt und wie ich aus der Presse ersehe, wird noch eine dritte Tagung der Bergbau-Interessenten in Berlin stattfinden, um ihren Wünschen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Wir als Arbeiter sind ebenso berechtigt, einmal öffentlich vor aller Welt zu konstatieren, was wir wünschen, welche Forderungen wir zu stellen haben, und haben gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo Parlament und Regierung mit unserer Sache beschäftigt sind, den richtigen Platz gewählt. Ich begrüße Sie alle, vor allem auch die hohen Gäste, die hier anwesend sind, und wünsche, daß wir hier tagen in Einigkeit, daß wir tagen im Bewußtsein, unsere Männer an erster Arbeit zu sein, damit, was noch zu verbessern ist, an der Regierungsvorlage verbessert wird. (Bravo!) Als wir hierher kamen, hat wohl mancher gedacht: Wie kommen die Bergleute dazu, sich nach Berlin zu begeben, um dort die Angelegenheiten, die sie so sehr betreffen, an denen sie so stark interessiert sind, einer dreitägigen Verhandlung zu unterwerfen. Es ist notwendig, sage ich, und diejenigen hohen Gäste, die unserer Tagung beiwohnen, werden den gleichen Gedanken mit nach Hause nehmen. Ich bin überzeugt, daß die Ruhrbergleute mit Ruhe, aber auch mit Ernst ihre Interessen wahrnehmen werden und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein herzliches Glück! (Allseitiges Glück!)

Abg. Körsten: Wir kommen zur Wahl des Bureau.

Hansmann-Giehlinghofen (Alter Verband) schlägt zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten Effert (Christlich) und Sasse (Verband) vor. Zu Schriftführern Hamacher (Hirsch-Dunder), Regulski (Pole), Gärtner (Alter Verband) und Kühne (Christlich).

Manda-Herue (Pole) bittet, die Siebener-Kommission mit der Leitung der Verhandlungen zu beauftragen.

Husemann-Vochum (Alter Verband) bittet den Antrag Hansmann anzunehmen. Die Siebener-Kommission habe allerdings die Konferenz einberufen, aber wie auf ihr, so sollten auch in ihrer Leitung nicht nur das Ruhrrevier, sondern der ganze preussische Bergbau vertreten sein.

In der Abstimmung wird der Antrag Hansmann mit großer Mehrheit angenommen. Das gewählte Bureau konstituiert sich. Jede Organisation prüft ihre Mandate selbst. Die Tagungszeit ist von 9-1 und 3-6 Uhr. Eingeführt wird noch eine Geschäftskommission von drei Personen: Hue (Verband), Steffens (Christl.) und Schmidt (Hirsch-Dunder).

Die oben mitgeteilte Tagesordnung wird angenommen und eine Geschäftsordnung genehmigt. Die heikle Frage, nach welchem Prinzip die Abstimmungen vorgenommen werden sollen, wird nicht endgültig gelöst. Vor jeder Abstimmung soll entschieden werden, ob nach der Mitgliederzahl der Verbände oder nach der Zahl der Delegierten abgestimmt werden soll.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Berggesetzgebung im allgemeinen, erhält das Wort Referent

Reichstags-Abgeordneter Hue (alter Verband): Die gestrigen Verhandlungen im preussischen Landtage reizen mich eigentlich, auf die einzelnen Ausführungen der Redner einzugehen, denn sie erweiden den Eindruck, als ob die Bergarbeiterschutz-Gesetzesnovelle nicht vom Standpunkt des Bergarbeiters her betrachtet wurde, sondern ob sie der Sozialdemokratie nützen oder schaden würde. (Sehr richtig!) Außer den Abgeordneten Hirsch und Spahn haben sämtliche Redner einschließlich der Vertreter der Regierung gesprochen als ob es sich nicht um ein Experiment auf sozialpolitischem, sondern auf parteipolitischem Gebiet handeln sollte. Ich habe aber nicht die Aufgabe zu parteipolitischen Erörterungen, sondern ich habe den Standpunkt der Bergarbeiter darzulegen. Es wird sich zeigen, daß in den Grundfragen die Bergarbeiter aller Organisationen seit Jahren einig sind. (Sehr richtig!) Die heutige Tagung ist eine außerordentliche, weil sie die erste ist, auf der nicht nur Bergarbeiter, sondern überhaupt Arbeiter aller verschiedensten Richtungen von frecht und links vertreten sind. Die Verhandlungen werden zeigen, daß die Arbeiter viel weniger einig sind, als man außerhalb der Arbeiterschaft annimmt. Die Beschlüsse, die hier von Vertretern von 250 000 organisierten Bergarbeitern gefaßt werden, werden zweifellos von den 600 000 preussischen Bergarbeitern beachtet werden, ja, die gesamten deutschen Bergarbeiter, an Zahl 700 000, bilden mit Spannung hierher und werden sich mit unseren Beschlüssen einverstanden erklären. Eine solche Tagung ist wohl so wichtig, daß ein Vertreter der Regierung hätte zugegen sein können, wobei Geheimräte gibt es im Handelsministerium, daß einer abkömmlich gewesen wäre. Vor 14 Tagen, auf der Zusammenkunft der organisierten Unternehmer ist, soviel ich weiß, ein Vertreter der Regierung zugegen gewesen. Wir sind nicht auf dem Grundsatze: Alles oder Nichts" zusammengekommen. Diesen Grundsatze überlassen wir den Unternehmern, die an den Landtag mit der Forderung herantreten, alles abzulehnen und nichts zu bewilligen. Keiner von den Delegierten ist von dem, was der Entwurf der Berggesetzgebung bietet, befriedigt. Aber jeder von uns hat das Versehen, die Regierungsvorlage vom Standpunkt des Arbeiters sachlich zu betrachten und Verbesserungsvorschläge zu machen. Wir wollen an dem Ausbau der Berggesetzgebung in Preußen mitwirken. Wenn ein solcher Ausbau erfolgt, wird er ein Vorgehen auch der anderen Bundesstaaten nach ziehen.

Die Unternehmer haben dem Landtage empfohlen, alles abzulehnen, sowohl in ihren Organisationen als in der Rheinischen Handelskammer, als in dem Rheinisch-Westfälischen Bund der Industriellen. Nach der Rede des Herrn Heydenbrand von der Laa im Abgeordnetenhause scheint es, als ob er sich von den Resolutionen der Unternehmer hat beirren lassen. Wenn da gesagt wird, es beständen keine Mißstände im Bergbau, so machen wir uns anheischig, falls der Antrag des Zentrums auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission angenommen wird, ihr ein derartiges

Riesenmaterial von Mißständen vorzuführen, daß die im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Protokolle der Untersuchungen im Ruhrgebiet in ein sehr merkwürdiges Licht gestellt werden könnten. Denn man hat den Leuten nicht Zeit gelassen, das Material herbeizuschaffen, auf der Grube „Serkules“ hat man den Arbeitern verboten, die Mißstände vorzubringen. Der Oberbergamt Balz, an den man sich gewandt, sagte, ihm scheinbar, als wollten die Arbeiter die Untersuchung nur verschleppen. Dazu haben wir keine Veranlassung, wohl aber verlangen wir eine gründliche Untersuchung. Wenn jemals eine Untersuchung oberflächlich geführt worden ist, so war es jene auf den Ruhrzechen. (Sehr richtig!)

Wir haben jetzt ähnliche Zustände in der Berggesetzgebung wie vor 50 Jahren. Die industriellen Bedürfnisse haben sich in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren so gestaltet, daß die Gesetzgebung unzeitgemäß, ein Hemmnis der Entwicklung geworden war. Es bestand ein Konglomerat von gesetzlichen Bestimmungen, daß sich auch der geschickteste Jurist darin nicht zurechtfinden konnte. Hiergegen rebellierten naturgemäß diejenigen, welche darunter zu leiden hatten. Wie es heute die Bergarbeiter sind, so waren es vor 50 Jahren diejenigen, die uns heute Rebellen nennen. Sie haben vor 50 Jahren Vorschläge gemacht, die nichts weniger als eine vollständige Rebellierung der Berggesetzgebung bedeuteten. Es bestand damals der Direktionsbetrieb, der Direktionszwang. Die Bergbehörde nahm die Arbeiter an und lehnte sie ab. Der Unternehmer hatte nichts dreinzuredein, es war ein vollständiges Bevormundungsgericht durchgeführt, wie es den staatlichen Auffassungen, aber nicht mehr den industriellen Bedürfnissen entsprach. Damals wie heute konnte die Regierung sich nicht dazu entschließen, eine allgemeine Revision des Berggesetzes vorzunehmen, wie wir sie seit Jahren fordern, sondern begnügte sich mit einzelnen Novellen. 1833 und 1835 wurde eine Novelle ausgearbeitet, die den Direktionszwang beseitigen wollte. Sie blieb nur Entwurf, und 1846 kam ein anderer, der den alten Zustand wieder anerkannte. Im „tollen“ Jahr 1848 kam ein Berggesetzentwurf unter Unterstützung hervorragender Industriellen heraus, welcher radikal mit den alten Vorschriften aufzuräumte, ein Entwurf, durch welchen der König als oberster Bergherr abgesetzt wurde. Die Unternehmer besaßen sich damals der Regierung gegenüber wie wir heute. Sie verlangten Abschaffung der Bevormundung und Einführung der Selbstverwaltung. Wer nichts fordert, bekommt auch nichts. Zwar sagt man, artige Kinder fordern nichts, aber weiter heißt es, artige Kinder bekommen nichts. Die Unternehmer von 1848 waren nicht artig. Deshalb haben sie es durchgesetzt, daß 1851 den Gewerken der Unternehmer ein Teil der Verwaltung übertragen wurde, sie haben es durchgesetzt, daß das Direktionsprinzip beseitigt und der freie Arbeitsvertrag eingeführt wurde. 1854 kam das Knappschaftsreformgesetz, durch welches den Bergarbeitern die alten überlieferten Rechte in ihren Knappschaftskassen genommen wurden. Die Unternehmer ließen sich nicht durch die Novellengesetzgebung befriedigen, sie ließen nicht nach, bis endlich das Gesetz vom 24. Juli 1895 geschaffen wurde, in welchem

der Unternehmer zu dem Bergherrn eingefügt wurde, als welcher er heute erscheint. Die wenigen Einschränkungen, die dieses Gesetz noch enthält, sind durch die Praxis derart durchlöchert, daß wir nur an die Festschließung zu denken brauchen, trotzdem der § 65 den Betriebszwang vorschreibt. Herrn Sinnes hat das nicht gehindert zu sagen: Ich kann mit meinem Eigentum machen, was ich will. Es ist interessant zu hören, wie damals der Berichterstatter im Landtage sprach. Er sagte: „Der Grund einer 40-jährigen erfolglosen Arbeit lag nicht in der Schwierigkeit der Materie, sondern in einer übermächtigen Bureaokratie, die der Verbesserung des Bergbaues widerstrebt.“ Also nicht in der Schwierigkeit der Materie, sondern im Widerstand der übermächtigen Bureaokratie lag das Hemmnis. Auch heute ist die Materie nicht so schwierig, sie würde nicht einmal eine reichs-gesetzliche Regelung hindern, heute ist es aber nicht eine übermächtige Bureaokratie, sondern die übermächtigen Unternehmer, die den Widerstand leisten. Der Berichterstatter fuhr fort: „Der Entwurf von 1846 war in der Beratung begriffen, als das Jahr 1848 eintrat und gebietlich Reformen in dieser Materie verlangte. Der Entwurf von 1848 und 1849 ging von den richtigen (das ist revolutionären) Grund-sätzen aus und verlangte Beseitigung des Bergrechts, des Staatsvor-rechtes und der Vesteuerung des Brutto-Ertrages.“ Damals wurde also ein Entwurf ausgearbeitet, der radikal die Staatshoheit beseitigte. Dann aber sagt der Berichterstatter: „Kann hatten sich die Welten jener aufgeregten Zeit verlaufen, so war von diesen Entwürfen nicht mehr die Rede. Die Bureaokratie wandte sich gegen sie und sie blieben liegen! Auch wir haben eine aufgeregte Zeit und einen Streik hinter uns. Sollte es uns jetzt ebenso gehen, daß nach dem Streik nicht die Bureaokratie, sondern die Unternehmerschaft die Gesetzgebung hindert? Die Herren Berger, Daniel, Garloff, Heintzmann, Koppelus haben damals vor 50 Jahren einen radikalen Streich durch die Berggesetzgebung gemacht. Ihre Söhne treten uns jetzt mit der Behauptung entgegen, unsere Forderungen seien revolutionär, sozialdemokratisch, rühmlich für den Bergbau. Was damals die Unternehmer waren, sind heute die Arbeiter. Es haben sich solche Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete vollzogen, daß wir alles daran setzen müssen, der vereinigten Macht der Unternehmer die vereinigte Macht der Arbeiter entgegenzusetzen, und wenn unsere minimalen Forderungen nicht bewilligt werden, so werden die Folgen daraus nicht den Hehern und Wählern zur Last fallen, sondern demjenigen Leuten, welche die Ablehnung verfaulen, obwohl sie sich loyal nennen. Während die Unternehmer frei geworden sind von allen Fesseln — 1895 ist sogar die letzte Steuer, die Aufsichtsteuer von 2 Proz. aufgehoben worden — sind die Bergarbeiter umgekehrt auch gesetzlich in viel schlechtere Verhältnisse hineingeführt.

Der Minister hat sich so ausgelassen, als ob es sich bei der Bergarbeiterbewegung um sozialdemokratische Bählererei gehandelt hat. Ich protestiere zunächst gegen die Behauptung, daß in dem Streik im Ruhrgebiete die parteipolitische Bewegung eine Rolle gespielt hat. (Sehr richtig!) Der Streik basierte auf den Mißständen im Bergbau.

Der Streik war eine elementare Ausflutung der jahrzehntelangen Empörung der Bergleute; u. a. Bezengt das sogar der Reichstags-Abgeordnete Stöcker, und wenn die gemachten Versprechungen nicht eingelöst werden, so werden die Bergleute nicht wieder 15 Jahre ruhig sein. Es hat keinen Zweck, uns etwas vorzuzahlen und der Öffentlichkeit zu sagen, wenn das und das nicht bewilligt wird, werden wir die Leute trotzdem ruhig halten. Ich warne vor solcher Schönfärberei. Es ist unsere Pflicht zu sagen, daß die Bergarbeiter fast einmütig mit dem Entwurf der Regierung nicht zufrieden sind, und wenn an diesen minimalen Bedingungen noch etwas abgeknappt wird, erst recht nicht. Wir wollen die Dinge nicht rosa malen, sondern grau in grau, wie sie in Wirklichkeit sind. In der Masse herrscht noch eine große Erregung. Sagen Sie einmal den Leuten, Sie sind mit der Regierungsvorlage zufrieden, und dann hören Sie, was für Stimmen von den Arbeitern zurückhallen. Wir verlangen mit Nachdruck dieselben Rechte wie die Unternehmer, wir verlangen

die Abschaffung der Bevormundung auch für die Bergarbeiter.

Das Reglementations-Gesetz ist ein Zugeständnis der Regierung an die Arbeiterschaft, aber eines, das weder Hand noch Fuß hat. Es trifft nicht den Kern der Sache, es hat so viele Hinterläufe und Bäume und Äste, dass, wenn es in Kraft treten würde, an den Machtverhältnissen der Unternehmer über den Bergbau nichts geändert wird. Es ist charakteristisch, wie sich die Herren der Reglementation gegenüber verhalten. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schrieb vor einigen Tagen, es läge wenig daran, eine Zeche still zu legen. Wenn auch einige hundert Arbeiter dabei ihr Brot verlieren, so würden doch wieder andere Zechen in Angriff genommen. Wenn man es mit dem Wohl und Wehe von ganzen Gemeinden so leicht nimmt, ist es allerhöchste Zeit, diesen kapitalistischen Machtgelüsten der Unternehmerschaft ein ganz energisches Geßel gegenüber zu stellen. Schon im April vorigen Jahres hat die Regierung festgestellt, daß im Ruhrgebiet über neun Zechen mit etwa 9000 Arbeitern das Damokles-Schwert der Stilllegung schwebte. Inzwischen sind weitere hinzugekommen. Die Stilllegung einer Zeche, z. B. die von „Luisa Tiefbau“ wird die Stilllegung der benachbarten nach sich ziehen, weil diese die Wasser nicht halten können, oder mindestens werden die benachbarten den Betrieb einschränken und die Belegschaft verringern. Auch im südlichen Teil des Ruhrreviers wird jetzt schon die Belegschaft verringert, und ich habe den Eindruck, daß das geschieht, um die Zechen allmählich still zu legen, weil die plötzliche Stilllegung zu bösem Blut macht. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter leicht unterzubringen sind; vielmehr wird, auch wenn sie untergebracht werden, ihnen ein erheblicher Schaden an erworbenem Eigentum zugefügt. Und haben wir als Bürger des Deutschen Reiches gar kein Recht an dem Eigentum des deutschen Staates? Die Kohenschätze sind doch Eigentum des Staates. Das Vergesetz spricht vom Verleihen derselben seitens des Staates, nicht vom Verschleihen. Der Unternehmer ist nur als Pächter, als Nutznießer, als Verwalter des Volkseigentums eingesetzt, nicht als absoluter Herrscher. Wenn trotzdem Stimmes fagen kann, er kann mit seinem Eigentum machen, was er will, dann ist das ein Beweis dafür, daß wir es mit kleinen Fikararbeiten am Vergesetz nicht mehr zu tun haben dürfen, sondern mit einer Revision des Ganzen, der Verleihungsverhältnisse, der Eigentumsverhältnisse etc.

Das still gelegte Gebiet wurde von der Regierung auf 40 Mill. Tonnen anbaufähige Kohlen geschätzt. Daß man solche Teile des Rationalvermögens verkommen läßt, können wir uns nicht gefallen lassen, und unsere Kinder werden auch wieder an den südlichen Teil des Ruhrreviers herangehen, weil im Norden die Schächte zu tief werden. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist es nur richtig, Vorkehrungen zu treffen, daß solche Vergeudung überhaupt nicht vorkommt. Es ist nicht wahr, daß jede Konzentration von Betrieben an sich schon ein Fortschritt ist. Es ist nicht überall gleich in der Industrie. Im Bergbau gibt es kleinere Betriebe, die rationeller sind als die großen. Wenn die Unternehmer bei der Konzentration der Betriebe billigere Produktionskosten haben, so sehen sie die Preise nicht etwa herab, um an den Verbesserungen die Allgemeinheit nicht teilnehmen zu lassen.

Ich persönlich habe Me Ansicht, daß wir in die Robelle bezüglich der Stilllegung der Zechen einen Passus hinein haben müssen, der dem Staate das Vorbehaltungsrecht auf die noch nicht vertriehenen Mineralien gibt. Ich persönlich gehe weiter und siehe auf dem Boden der

Verstaatlichung des Bergbaues.

Aber wenn man dem Staate nur das Recht auf die noch nicht vertriehenen Mineralien vorbehält, so wäre das durchaus keine Neuheit. In Schweden haben wir es jetzt schon in bezug auf die Eisenerze, in Holland ist durch Gesetz von 1901 dem Staate das Recht auf die Kohlen in der Provinz Limburg vorbehalten, und der Entwurf von 1903 will den Kohlenbergbau in Holland überhaupt verstaatlichen. Ich meine, das wäre die beste Lösung dieser Frage. Zunächst aber verlangen wir das Vorbehaltungsrecht des Staates. Auch bei uns in Preußen ist das nichts Neues. 1894 hat die preussische Regierung einen Gesetzentwurf bezüglich des Vorbehaltungsrechts an den Kalisalzigen vorgelegt. Die Ablehnung desselben halte ich für einen sehr großen Fehler. Ihr zufolge haben wir es erlebt, daß die Ausbeutung dieser Felder in amerikanische Hände übergegangen ist. Der Kalisalz wird nach Amerika billiger verkauft, als in Preußen. (Hört! hört!) Daß im Kalisalzindikat als maßgebender Faktor neben dem anhaltinischen auch der preussische Fiskus steht, macht die Sache nicht besser, höchstens schlechter.

Wir haben in Ozebag die Internationale Bohrergesellschaft, die für weite Felder das Nutzungsrecht hat. Welcher Widerstand, daß der Staat es ihr erst ablaufen muß, wenn er selbst den Bergbau betreiben will. Die Reglementations-Robelle genügt in keiner Weise den Ansprüchen, die sich aus der Entwicklung des Bergbaues, der Unternehmer-Organisationen, der Kartelle und Syndikate ergeben. Wir müssen das Vorbehaltungsrecht des Staates auf die noch nicht vertriehenen Felder hinein haben. Und wenn wir einmal Privatmonopole haben, die immer drückender werden, warum sollen wir uns das auf die Dauer gefallen lassen. Dann wollen wir doch lieber ein Staatsmonopol einführen. Ich meine, im Interesse der Allgemeinheit können wir nichts Besseres tun, als die Verstaatlichung des Bergbaues vorzunehmen. Das ist nicht nur der Standpunkt der Sozialdemokratie. Auch der Zentrums-Abgeordnete Molan in der heftigen Kammer erklärte es für unethisch, daß Private die Preise diktiert, und meinte, man dürfe vor dem Gedanken der Verstaatlichung des Bergbaues nicht zurückweichen. Auch der Reichstags-Abgeordnete Hei in hat einen ähnlichen Gedanken ausgeführt. Das Organ der Konservativen, die „Kreuz-Zeitung“, und die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, haben sich ebenfalls für die Verstaatlichung ausgesprochen, um der volkswirtschaftlichen Macht des Unternehmertums entgegenzutreten.

Ich komme nun zu den einzelnen

Bestimmungen der jetzt vorgelegten Robelle

zum Vergesetz. Die alten deutschen Vergordnungen hatten allgemein den Achtstundentag, die alte böhmische Vergordnung sogar die Sechstundenschicht. Während nun die Gruben immer tiefer geworden, der Bergbau immer gefährlicher geworden ist, hat Preußen den Vergarbeitergesetz nicht vertieft. Im Gegenteil, es hat durch das Gesetz vom Jahre 1861 und dann durch das vom Jahre 1865 die alten guten Vergarbeitergesetz-Bestimmungen aufgehoben und den sogenannten freien Arbeitsvertrag eingeführt. Man glaube im freien Spiel der Kräfte das soziale Altheilmittel gefunden zu haben. Aber das Musterland der Manchestertheorie, England, hat genau umgekehrt gehandelt. In demselben Jahre 1861, in dem in Preußen ein wesentlicher Teil des Vergarbeitergesetzes beseitigt wurde, ging England dazu über, den freien Arbeitsvertrag durch Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Arbeiter einzuschränken. Die Folgen dieser verschiedenartigen Entwicklung zeigen am deutlichsten einige Zahlen der Unfallstatistik. In England betrug die Zahl der Unfälle in den Jahren 1840—1850 3,5 pro Tausend, in Preußen in demselben Jahre 1,6 pro Tausend. Aber in den Jahren 1868—1902 machten die Unfälle in England 1,3, in Preußen 2,3 vom Tausend aus. So ist in England während dieser Jahrzehnte die Unfallquote von 8 auf 1 gesunken, in Preußen von 1 auf 2 gestiegen. Einen drastischeren Beweis für die Verlehrtheit des Weges, den Preußen eingeschlagen hat, kann man nicht anführen. Wenn wir die englischen Vergarbeiterzeitungen aus den 60er Jahren lesen, so muten sie uns wie Schilderungen unserer gegenwärtigen Lage an. Auch wir haben jetzt in den einzelnen Revieren eine durchschnittliche Lebensdauer von nicht mehr als 30 bis 40 Jahren, eine durchschnittliche Dienstzeit von 21 Jahren — nach 21jähriger Dienstzeit ist der preussische Bergmann regelmäßig schon Ganzinvalid. Was wir jetzt in so vielen Anträgen fordern, ist nichts als der Versuch, die alten uns genommenen Vergarbeiterrechte wieder zu erobern. Der freie Arbeitsvertrag stellt sich in Wirklichkeit dar als die Diktatur des wirtschaftlich Stärkeren gegenüber dem wirtschaftlich Schwächeren. Seit 60 Jahren hatten die Vergesetze nur den einen Zweck, die Unternehmer noch zu jähgen und zu

stärken und die Arbeiter noch zu entzählen. Steis sind die Arbeiter leer ausgegangen. Schon 1892 haben Zentrum und Freisinnige den Antrag auf Einführung der Achtstundenschicht gestellt und begründet. Alle unsere Forderungen wurden abgelehnt mit der Bedingung vom freien Arbeitsvertrag und mit der Behauptung, daß ein solches Gesetz die Sozialdemokratie stärken würde. Dadurch die Sozialdemokratie gestärkt wird, darüber besteht wohl in unserem lieben Vaterland kein Zweifel. Die Sozialdemokratie befindet sich immer recht wohl, wenn man ihr eine solche Agitation wie gestern im Abgeordnetenhaus zu teil werden läßt. (Sehr richtig!) Im Jahre 1898 haben im Reichstoge wieder die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Freisinnigen sich durch Anträge und Reden für den Achtstundentag erklärt. Was vor 12 und 14 Jahren als durchführbar gefordert wurde — und ich glaube, niemand von uns wird annehmen, daß die Herren vom Zentrum auf sozialpolitischem Gebiete Unerfüllbares fordern — das sollte sich jetzt, nachdem derartige Umwälzungen auf dem Gebiete der Produktion und der Syndizierung stattgefunden haben, ohne eine unerträgliche Belastung der Industrie nicht erfüllen lassen?

Die Achtstundenschicht hat früher bestanden.

Es ist nicht wahr, wenn die Unternehmer behaupten, daß Ein- und Ausfahrt nicht darin einbezogen waren. Früher sprang man einfach in den „Bütt“ hinein und in 10 Minuten war man vor Ort. Heute arbeitet man in Schlesien bis zu 12 Stunden, in Thüringen 10, 11, 12 Stunden, im Saargebiet war auch noch vor 50 Jahren in der Arbeitsordnung die achtstündige Normalochicht vorgeschrieben. Aber schon 1892 haben die Vergarbeiter um Verkürzung der damaligen Zehnstundenschicht auf neun Stunden gestreift. Überall ist eine Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Zunahme der Gefährlichkeit des Bergbaues eingetreten. Als im Jahre 1889 die Vergarbeiter für den Achtstundentag streikten, da versprach ihnen der bergbauliche Verein, sie ausschließlich der Ein- und Ausfahrt zu gewähren; Ein- und Ausfahrt sollten aber je höchstens eine halbe Stunde dauern, so daß die gesamte Arbeitszeit nicht über neun Stunden hinausginge. Jetzt ist festgestellt, daß im Ruhrrevier große Trupps von Arbeitern zehn Stunden und länger arbeiten müssen. Im Jahre 1890 forderte der vom alten Verband einberufene Vergarbeitertag in Halle, im Jahre 1897 der Verbands- tag des christlichen Verbandes in Bochum ebenfalls den Achtstundentag. Der Siegerländer, der christliche und der alte Verband sandten gemeinsam eine Eingabe um den Achtstundentag an die Regierung und die Parlamente. Aber es ist nichts gekommen. Nicht plötzlich steht die Forderung nach der Achtstundenschicht heute auf der Tagesordnung. Ein Menschenalter diskutiert man schon über sie, 15 Jahre lang wird sie von der Regierung gefordert. Jetzt ist die Regierung allerdings durch den Streit überumpelt und ihre Entschlieung etwas beschleunigt worden. Aber sie hätte längst mindestens durch eine Robellengesetzgebung in den einzelnen Revieren zur Achtstundenschicht schreiten können. Daß sie heute nicht mit einem Schläge gewonnen werden kann, davon ist jeder Praktiker überzeugt, das liegt an Oberhiesien, an Schlesien, an den Braunkohlerevieren der Mark. Ich bin überzeugt, daß die Vergarbeiter sehr zufrieden wären, wenn in Etappen und in zwei oder drei Jahren die Arbeitszeit allmählich verkürzt würde, so daß bis zu einem gewissen Zeitpunkt der Achtstundentag erreicht wird. Das wäre viel besser als der sanitäre Maximalarbeitstag. Ich will nicht auf seine wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten eingehen, das wird mein Freund Handmann tun. Aber so viel ist sicher, daß er sich zu einem fürchtbaren Zankapfel im Bergbau herausbilden wird, daß er ein fortwährendes Streitgegenstand zwischen Verwaltung und Belegschaft sein wird. Aber konstatiert und kontrolliert denn die Temperatur? Wir würden unaufhörlich partielle Streiks im Ruhrrevier haben, weil nach der Ueberzeugung der Arbeiter die Temperatur höher sein würde, als die Zechenbesitzer sie angeben. Ueberhaupt ist es ganz falsch, den Thermometer als Maßstab für die sanitären Verhältnisse hinzustellen. Im Lausitzer Braunkohlenbergbau besteht noch zum großen Teil Tagesabbau. Trotzdem haben wir dort eine höhere Krankenziffer, bis zu 70 Proz., als im Steinohlenbergbau. Am höchsten steigt die Krankenziffer im Altenburgischen, bis zu 60 Proz., in einem Jahre sogar über 100 Proz. Dabei hat Altenburg nur den nicht übermäßig heißen Braunkohlenbergbau. Zweifello ist die Arbeit in kühlen, nassen Gruben mit stumpfen Stiekgasen viel gesundheitschädlicher als die Arbeit bei hoher Temperatur. Der Vergarbeiter schafft viel lieber in der größten Hitze, als daß er in kühler Wasser herumtaucht und am ganzen Körper durchnäßt ist. Ich weiß nicht, ob die Regierung sich nicht selbst gesagt hat, daß es unmöglich ist, tagtäglich mit dem Thermometer kontrollieren zu gehen. Geschäfte Zechenverwaltungen — und geschieht sind sie meistens alle (Heiterkeit) — können durch Anbringung einer einzigen Wetterstation, die 20 M. kostet, die Zahl der Betriebspunkte über 22 Grad erheblich herabdrücken. (Sehr richtig!) An den anderen Punkten wird es zwar dadurch heißer, bis zu 35 und 36 Grad, aber dem Gesetze ist Genüge geschehen, weniger als die Hälfte der Betriebspunkte hat über 22 Grad, der sanitäre Maximalarbeitstag gilt für diese Gruben nicht mehr. Mit dem sanitären Maximalarbeitstag ist es ganz unmöglich, Ruhe und Frieden im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Das stolze Wort: Deutschland in der Welt voran, Preußen in Deutschland voran, paßt für die Vergesetzgebung gar nicht. In Frankreich besteht schon lange eine Wehrheit für den Achtstundentag, ein Entwurf liegt jetzt dem Parlament vor. In England liegt es nur an den Vertretern der Vergarbeiter selbst, ob sie den Achtstundentag haben wollen. In Belgien ist bekanntlich auch jetzt ein Vergesetzentwurf ausgearbeitet. In Nordamerika haben drei Vergewerkschaften den Achtstundentag einschließlich Ein- und Ausfahrt, zwei andere den Zehnstundentag. In Oesterreich haben die Vergarbeiter schon seit 1884 den Zehnstundentag, die Kohlengräber seit 1901 den Neunstundentag. Nun haben wir ja in Preußen den Oberbergämtern die Befugnis zuerteilt, die Arbeitszeit für die einzelnen Betriebe aus sanitären Rücksichten zu beschränken. Im Oberbergbezirk Dortmund soll bei 29 Grad, in Schlesien bei 29 Grad, in Klausthal bei 30, in Vonn auch bei 30 die Schichtdauer nicht länger als sechs Stunden betragen. Aber wird wirklich überall dort, wo die Temperatur über 29 Grad hinausreicht, nur sechs Stunden gearbeitet? (Rein! Rein!) Die Begrenzung der Schichtzeit durch die Temperatur wird einfach nicht innegehalten. Ich kenne nicht einen einzigen Schacht, nicht eine einzige Grube, wo tatsächlich die Sechstundenschicht herrscht. Das kennzeichnet den Wert des sanitären Maximalarbeitstages.

Wir verlangen ferner eine

strenge Durchführung der Sonntagsruhe,

über die jetzt alle möglichen Verordnungen bestehen, und ein strenges Verbot der Ueberhiesigen. Natürlich nicht solcher, die zur Anrecht- erhaltung des Betriebes absolut notwendig sind. Die ganze Vergarbeiterchaft ist sich weiterhin einig in der Forderung nach dem Verbot der Frauenarbeit auf den Gruben. Auf der erwähnten Vergarbeitertagung zu Halle 1890 und zu Bochum 1897 sind dahingehende Anträge einstimmig angenommen worden. Zurzeit sind in Deutschland noch ca. 14000 Frauen in der Montanindustrie tätig, davon sind in Preußen 9083 der Berginspektion unterstellt. Von ihnen entfallen 7916 auf Oberhiesien, das ja auch in anderen Fragen unser Schmerzenskind ist. Denn auf Oberhiesien berufen sich die Unternehmer im Ruhrrevier, die Behörden im Saargebiet, wenn wir Reformen verlangen. Wir müssen zugeben, daß das, was jene sagen, traurige Tatsache ist. Aber, daß j. B. die traurige Tatsache der Frauenarbeit in Oberhiesien nicht zu existieren brauchte, beweist der fiskalische Bergbau in Oberhiesien, der keine Frauen beschäftigt. Wir wollen getwih den Frauen nicht jede industrielle Erwerbsarbeit verbieten, aber wir wünschen sie von solchen Industrien auszuschließen, in der die Arbeit so überaus schädlich auf den Organismus der Frauen, der Mütter unseres Volkes, einwirkt. (Sehr wahr!) Die unterirdische Frauenarbeit ist ja längst verboten, in England schon seit 1843. Das einzige Land, wo die Schmach der unterirdischen Frauenarbeit noch besteht ist Belgien. Im Gegensatz dazu hat man in Amerika schon in zehn Vergewerkschaften jede Frauenarbeit verboten. — Wir verlangen weiter

einen größeren Schutz der Kinder.

Es ist ja verboten, Kinder unter 16 Jahren unterirdisch zu beschäftigen, aber die reiche Firma „Wandolfer Bergbau“ hat durch Ministerialerlaß vom Jahre 1886 das Privileg erhalten, Kinder von 14 Jahren an unter Tage zu beschäftigen. (Zunahme: Mit 13 Jahren!) Ja, einige auch von 13 Jahren an. Auch das allgemeine Verbot hindert nicht, daß auf anderen Gruben Kinder unter 16 Jahren in den Gruben selbst beschäftigt werden. Auf Zeche „Sterkrabe“ hat die Untersuchungskommission festgestellt, daß auf Veranlassung des Steigers ein fünfzehnjähriger Knabe unter Tage beschäftigt worden ist.

Das schönste und verblüffendste bei all diesen Feststellungen war, daß die Bergpolizei von alledem nichts wußte. Sie befindet sich überhaupt in einer merkwürdigen Unkenntnis der Gruben, die ihrer Aufsicht unterstellt sind. Wir wollen ja nun auch in dieser Frage nicht allzu radikal vorgehen, aber Kinder unter 18 Jahren sollten zur Erwerbsarbeit auf Gruben nicht herangezogen werden. So haben wir es schon in der gemeinsamen Petition aus dem Jahre 1900 gefordert. Die Zeit von 14 bis 18 Jahren ist die eigentliche Entwicklungszeit für den Körper. Wenn die Jungen in diesem Alter nicht unter Tage arbeiten dürfen, wird dadurch die Volkskraft gestärkt, die Volksgesundheit gehoben. Wir brauchen die Frauen- und Kinderarbeit ja nicht etwa aus Arbeitermangel, denn an erwachsenen männlichen Vergarbeitern haben wir Ueberfluß; besonders im Ruhrrevier — das sage ich den auswärtigen Kameraden — sind mindestens 20000 Arbeiter zuviel.

Auf eine andere Frage, die zwar nicht auf der Tagesordnung steht, werden wir gleichwohl hinübergreifen müssen, womit wir uns auch beschäftigen. Die Frauenarbeit, der Kinderschutz, die Unfallverhütung, die Schichtdauer, gehen überall schließlich auf die Lohndauer zurück. Bekämen die weiblichen Arbeiter denselben Lohn wie die männlichen, so würde die weibliche Vergarbeiterchaft wohl bald weg sein. (Heiterkeit.) Wir stehen auf dem alten bergmännischen Standpunkt, daß wenn nicht durch Gesetz, so doch durch die Arbeitsordnung der Minimallohn festgesetzt werden muß. Früher wurden die Bedinge vierteljährlich von den Behörden festgesetzt, und die alten Vergewerkschaften jagten ausdrücklich, daß man über diesen Normallohn möglichst hinausehen, bei der Bedingefestsetzung möglichst human verfahren solle, damit die Arbeiter vorsichtig arbeiten und einen auskömmlichen Lohn verdienen können. Wenn heute die Arbeiter sagen, daß ihr Bedinge so schlecht sei, daß sie gewisse Sicherheitsmaßregeln nicht vornehmen könnten, so antworten die Unternehmer schroff abweisend, daß sie das gar nichts angehe, und die ordentlichen Gerichte erklären, daß bei der Entscheidung über die Frage der Schuld an einem Unfall die Lohnfrage gar keine Rolle spiele. Im Gegenteil spielt bei der Unfallverhütung die Festsetzung des Bedinges die größte Rolle. Deshalb verlangen wir zum mindesten von der jetzigen Vergesetzgebung, daß das Bedinge unbedingt schriftlich abgemacht werden muß. Nach dem gegenwärtig geltenden Gesetz ist diese Bestimmung nur fakultativ, und bei dem schroffen Auftreten der Werksbeamten wagen die Arbeiter vielfach nicht, einen Bedingettel zu verlangen. Daraus ergeben sich dann zahllose Streitigkeiten. Bei der Bedingefestsetzung müssen auch die Arbeiterausschüsse gehört werden, sonst können wir sie überhaupt nicht brauchen. Die jetzige Regierungsvorlage läßt zu, daß noch viel vor vorschlagswidrige Forderungen gestellt werden. Die Unternehmer schreiben den Arbeitern vor, daß sie gebaute Wagen zu liefern hätten, was bei den niedrigen Preisen und dem Schütteln der Wagen nicht möglich ist. Dann werden die Wagen genullt, nicht etwa nur deshalb, weil sie nicht strichmäßig oder mundergefällt oder unrein sind. Im Landtag und in der Zechenpresse wird fortgesetzt behauptet, es hätten sich bei der Untersuchung keine Mängel des Nullens herausgestellt. Im Jahre 1889/90 wurde in der Regierungsenquete das Nullen von 2,5 Proz. der Förderung als auffallend hoch bezeichnet. Jetzt ist festgestellt worden, daß auf Zeche „Herkules“, „Bruchstraße“, „Gneisenau“, „Thalhäuser Tiefbau“ zwischen 3 und 5 Proz., auf Zeche „Friedrichs Nahbar“ 10 Proz. genullt wurde. Gleichwohl gibt

die Untersuchungskommission ihr berühmtes Urteil ab:

Allgemeine Mängel seien nicht festgestellt, es werde nicht ungewöhnlich viel genullt.

(Große Bewegung.) Das Nullen ist an sich eine Ungerechtigkeit, es wäre nur dann gerecht, wenn die Zechen ganz hell beleuchtet, die Strecken in bestem Zustand und die Wagen vor dem Unfallen geschützt wären. Aber diese Möglichkeit für einen gewissenhaften Arbeiter, nur gute und reichliche Wagen zu liefern, ist jetzt nicht gegeben und wird auch durch die neue Robelle nicht geschaffen. Wir verlangen, daß die Förderung nach Gewicht bezahlt wird. Das ist in England seit dem Jahre 1887 vorgeschrieben und kann nur mit Zustimmung der Belegschaft geändert werden. Daher kennt England in der Wehrzahl der Gruben das Nullen überhaupt nicht mehr. Auch in Oesterreich ist es längst verboten. Die Bestimmungen über die Anstellung des Wagenkontrolleurs sind auch in dem neuen Gesetz derartig gefaßt, daß der Schikane für und für geöffnet bleiben. Ein Fortschritt ist nur, daß die Bezahlung geregelt ist, an der j. B. die Anstellung eines Wagenkontrolleurs auf Zeche „Graf Faust“ gescheitert ist. Aber der Wagenkontrollleur darf noch immer nicht „den Betrieb stören“, muß aus der Mitte der Belegschaft gewählt werden. Was sieht nicht alles der Betriebsführer als Betriebsstörung an. Wenn man den Hund werfen will, den Stein findet man schon. (Heiterkeit.) In England ist durch die Schikane gegen die aus der Mitte der Belegschaft gewählten Wagenkontrollure die Gesetzgebung überzeugt worden, daß man den Arbeitern überlassen muß, zum Kontrollleur zu wählen, wen sie wollen. So lange der Kontrollleur aus der Mitte der Belegschaft genommen werden muß, kann die Zechenverwaltung ihm jeden Augenblick sündigen, ihn aus der Belegschaft entfernen und damit von der Kontrolle fernhalten. Dann bleiben die Arbeiter in einem Wühlen und Anstellen von Kontrolluren.

Bei dieser Frage hätte auch die der Arbeiterinspektoren geregelt werden müssen. Leider ist das nicht geschehen. Leider, denn was sich in Deutschland auf dem Gebiet der Unfallsteigerung und Krankeisenaufschwellung begibt, findet in keinem europäischen Vergewerksland seinesgleichen. Schon vor 50 Jahren ist die Anstellung von Arbeiter-Grubeninspektoren gefordert worden. Man hat es immer abgelehnt, aus Furcht davor, daß diese Agitatoren für die sozialdemokratische oder Zentrumspartei abgeben würden. Wir auf dem Standpunkt steht, daß man sein Amt zu parteipolitischen Propaganda ausnützt, der sitzt wohl hinter dem Strauch, hinter dem er andere sucht. Wir wollen nichts weiter, als daß sie ihr Amt ausfüllen. Dann dürfte die

kolossale Steigerung der Unfälle,

die in Preußen in den letzten 20 Jahren von 65 auf 120 pro Tausend angewachsen sind, wohl rasch aufhören. Seit Freigabe des Bergbaues an das Privatkapital sind die Ziffern der letzten wie der früheren Unfälle gestiegen. In Belgien betragen die Unfälle nur 1,13, in Frankreich 1,23, in England 1,32, in Preußen aber 2,31 Proz. Mit der Berginspektion haben wir recht eigentümliche Erfahrungen gemacht. Sie hat nicht daran gedacht, den durch die Zechenprotokolle unzweifelhaft festgestellten Betrügereien nachzugehen, sondern sie zu veranlassen usw. Im Gegenteil, sie haben die Entschuldigungen der Zechenbeamten noch unterstützt. Viele Unfallverhütung stellen viel schwächere Anforderungen als die Unfallverhütung als die Arbeiter. Als auf Zeche „Thalhäuser Tiefbau“ die Arbeiter mit den Unfallverhütungsmaßregeln nicht zufrieden waren, erklärte zum Beispiel der Inspektor, der Abbau der Strecke mit Holz sei ganz gut, und da wird den Arbeitern Mangel an Intelligenz und Verständnis für die Unfallverhütung nachgesagt. Gerade auf dem Gebiet der Unfallverhütung sind wir besonders weit hinter den anderen Bergwerksländern zurückgeblieben. England hat die Arbeiterinspektoren seit 1872, Frankreich seit dem 8. Juni 1890. Dort werden die Arbeiterinspektoren in geheimer Wahl frei gewählt. Sind denn die preussischen Vergewerkschaften dummer oder gewissenloser als die ausländischen? Aber diese Arbeiterinspektoren spielen eben nicht nur bei der Unfallverhütung eine wichtige Rolle, sondern

Sind auch ein Antrieb für den wirklichen Arbeiterschutz, für die Festlegung der Schicht- und Bedingefrage, weil sie in den letzten Winkel hineinleuchten, die betrügerischen Verträge abreißen. Auf den sozialistisch-sächsischen Gruben in Gauderode wählt der Arbeiterausschuss auch Grubeninspektoren. In Bahern werden die Arbeiterausschüsse von der königlichen Berginspektion eingeladen, an den Kontrollgängen teilzunehmen. Dabei sind die Arbeiterausschüsse Mitglieder durchweg Mitglieder des alten Verbandes, den man auch den sozialdemokratischen nennt, und diese angeblich sozialdemokratischen Vertreter schätzt die königliche bayerische Berginspektion wegen der Sachlichkeit und Gründlichkeit ihrer Untersuchungen. Da ist mit keinem Wort von der Absicht parteipolitisch Veräußerung und all den Behauptungen des Herrn Engel die Rede.

Auch im Saargebiet haben wir so etwas wie Arbeiterkontrollen. Aber wenn Herr Minister Müller im vorigen Jahre sagte, er sei mit der Wirkung der Arbeiterkontrollen nicht zufrieden, so kann ich das begreifen; ich bin auch nicht damit zufrieden. Aber wenn er wissen wollte, warum diese für die Sache sind, sollte er selbst herkommen oder wenigstens seinen Vertreter schicken, dann hätte er es erfahren können. (Weiterkeit.) Man ist in Saarbrücken dazu übergegangen, den Arbeiterkontrollen, denen das Recht zusteht, die Beobachtungen über Mängel ins Jahrbuch einzutragen, seitens der Betriebsleitung dies zu verbieten, man hat ihnen ins Gesicht gesagt: Wir brauchen keine Kritiker!

Die Siebener-Kommission hat Arbeiterausschüsse beantragt und ferner, daß aus diesen Arbeiterausschüssen die Arbeiterkontrollen zu wählen seien. Was ist aus diesen geworden? Arbeiterausschüsse, wie sie das Gesetz versteht, sind ein Messer ohne Klinge und ohne Heft, das heißt, man kann damit nichts anfangen. Wenn der Arbeiterausschuss keine Rechte hat, wenn man bloß hören will, was er wohl sagt, dann brauchen wir ihn auch gar nicht; das kann Ginz oder Kuntz auch. Der Arbeiterausschuss besteht so nach Ansicht des Gesetzgebers nur als Dekoration. Es muß aber eine Instanz geschaffen werden, die den willkürlichen, einseitigen Strafen im Bergbau ein Ende macht. Im bairischen Vergesetz werden Arbeiterausschüsse schon bei 20 Arbeitern verlangt. In Mitteldeutschland aber haben wir eine Menge Gruben von unter 100 Arbeitern, die vom Gesetz gar nicht betroffen werden. Die Regierung glaubt, den Arbeiterausschuss als eine Institution betrachten zu müssen, die man bei Gelegenheit einmal hört und dann im übrigen nicht weiter beachtet. Dazu versteht die ganze Einrichtung aber ihren Zweck, dann kann der Arbeiterausschuss nicht das Mittelglied zwischen Belegschaft und Verwaltung sein. — Ich könnte nun über das Knappheitswesen, das wir ja in einem besonderen Punkte behandeln werden, lang und breit, stundenlang reden, denn da liegt ja wer weiß wie vieles an Uebelständen begraben. Wenn schon aus Unternehmertreuen gesagt wird, daß durch das Gesetz von 1884 die Verwaltung der Knappheitsklassen in die Hand der Unternehmer gelegt worden ist, so brauche ich dem nichts weiter hinzuzufügen. Auch heute sind die Knappheitsklassen nichts weiter als

Instrumente zur Vergrößerung der Macht des Unternehmertums, sie machen das Freizügigkeitsgesetz illusorisch und schädigen die Arbeitervereine. Es werden geringe Krankengelder und Pensionen gezahlt, sogar Abzüge gemacht an den sauer erworbenen Rechten des Arbeiterversicherungs-Gesetzes. Ich kann gleich im voraus bemerken: Ich wünsche, daß die Regierung den 1903 herausgegebenen Entwurf wieder dem Landtage vorlegt; denn, wenn einer von den drei Novellen zum Vergesetz, so ist es die zum Knappheitsgesetz, der wir ohne weiteres bestimmen können, da sie eine ganze Reihe von Bewilligungen an die Arbeiter enthält.

Lassen Sie mich zum Schluß noch die Frage streifen, was durch eine solche Vergesetzgebung, wie wir sie verlangen, für neue Verhältnisse entstehen. Die Unternehmer sagen, wenn alles durchgeführt, was die Novelle bietet, so werde der Bergbau ruiniert. Wann haben aber die Unternehmer das nicht gesagt? Der Ruin des Bergbaues dauert so lange, wie überhaupt irgend welche Gesetze zur Bekämpfung der Arbeiterausnutzung geschaffen, irgend welche Verordnungen zum Schutze der Arbeiter erlassen werden. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß wir durch unsere Forderungen keineswegs einen Ruin der Industrie herbeiführen werden, daß wir keine Veranlassung haben, die Industrie zu schädigen, sondern im Gegenteil das allergrößte Interesse daran haben, sie zu schärfen und leistungsfähiger zu machen. Wir sagen uns aber, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, wenn ein größerer Schutz der kindlichen Arbeitskraft, eine größere Kontrolle der Unfälle eingeführt wird, dann wird die Arbeitsfähigkeit der Einzelnen gehoben, und das bedeutet auch einen Nutzen für die gesamte Volkswirtschaft. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß durch den Bergarbeiterschutz nicht eine Belastung, sondern eine Erhebung der Industrie herbeigeführt wird; und das wird mit jeder Sozialpolitiker vom Fach beistimmen, daß die industrielle Leistungsfähigkeit Deutschlands erst einsetzt mit dem Eintritt der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Wir haben seit 1885 immer wieder Klagen über den Ruin des Bergbaues gehört. Dabei steigt gerade seit diesem Jahre die Dividende ständig, und die kolossalen Anlagen wachsen doch auch nicht aus dem Nichts heraus! Die Königshütte in Oberschlesien hat z. B. in 30 Jahren 120 Millionen Mark Ueberschuß gemacht und davon 78 Millionen Mark abgeschrieben. Trotz alledem sagen die Herren, die Arbeiterschutzgesetzgebung habe sie belastet. Auch die Verlesung sollte bei ihrer Einführung angeblich den Bergbau ruinieren; jetzt stellt sich heraus, daß sie pro Tonne 10 Pf. kostet. Das sind Einwürfe vom Standpunkte der Unternehmer, die wir nicht tragisch nehmen dürfen. Wir haben uns gesagt: Eine Industrie ist nicht vorhanden, um einer kleinen Gruppe von Unternehmern möglichst hohe Dividenden und Ueberschüsse zu geben, sondern um der Allgemeinheit des Volkes den größtmöglichen Nutzen zu bringen. Meine Herren, unsere Beratungen werden einige Tage in Anspruch nehmen, aber Sie werden ja nicht alle so lange reden wie ich. (Weiterkeit.) Dafür haben Sie ja auch Spezialfragen zu behandeln. Aber davon bin ich überzeugt, wenn sich jemand hierher begeben hat in der Anschauung, als ob hier zwischen den Bergarbeitern, die eine so bunt zusammengesetzte Versammlung bilden, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des Bergarbeiterschutzes zu finden seien, so wird er sich im Laufe der Verhandlungen überzeugen müssen, daß wir in Fragen des Bergarbeiterschutzes auf der ganzen Linie einig dastehen. Und so möchte ich mit dem Wunsch schließen, den auch mein Kamerad Effert einleitend aussprach: Was auch uns in den verschiedenen Debatten an Kleinigkeiten trennen möge, das behalten wir vor allen Dingen im Auge, daß wir hergekommen sind als berechnete Vertretung der ganzen preussischen und nicht in letzter Linie der ganzen deutschen Bergarbeiterschaft. Und wir wollen der Welt das Schauspiel bieten, daß sich die Bergarbeiter Preußens bezw. Deutschlands nicht mehr in dem Bedornungssystem, wie es bisher gehalten wurde, wohl fühlen, daß sie sich durchaus berechnigt fühlen als Staatsbürger, daß sie als Berufsgenossen weitgehenden Schutz des Lebens und der Gesundheit verlangen und, wie der „Vergknappe“ mit Recht geschrieben hat, daß wir auch bei Nichtbewilligung unserer Minimalforderungen bereit sind, den Kampf um die Arbeiterrechte mit derselben Energie aufzunehmen, wie die Unternehmer ihn um ihre Interessen führen. Wir werden den Herren, die keine Einsicht haben wollen, zeigen müssen, daß der Bergarbeiter in sozialer und bürgerlicher Hinsicht mündig geworden ist durch Mühsal, die man nicht ableugnen und nicht wegprotokollieren kann. Es gilt unsere Forderungen vor aller Welt zu erheben und von der Regierung und dem Parlament zu verlangen, daß sie endlich einmal die Stimme der Bergarbeiter hören! (Lebhafte, anhaltende Beifall, besonders bei dem Verbands.) Auf Vorschlag von S a c h s e wird beschlossen, von einer Debatte über das allgemeine Referat abzusehen.

Die Mittagspause tritt ein.

Rachmittags-sitzung.

Den Vorsitz führt Effert. Ein Begrüßungstelegramm des sächsischen Bergarbeiter-Verbandes in Oesterreich wird beifällig aufgenommen.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 2 der Tagesordnung:

„Die Gesetznovelle über die Belegschaftslegung.“

Der Referent Köster (Christlich) erinnert an die noch in frischem Gedächtnis haftenden Vorgänge der Stilllegung von Zechen im Ruhrrevier. Der Gesetzentwurf soll die Besitzer zu einem Betriebe von Zechen in stärkerer Nähe zwingen, als es nach dem § 65 des Vergesetzes der Fall ist. Durch das Kohlenhindult wurden kleinere Zechen angekauft, besonders kam das im Frühjahr 1904 in Schwung. Als die öffentliche Meinung über die Stilllegung sich erregte, waren neun Zechen bereits stillgelegt. Der Bergarbeiter hält sich an seiner Scholle und ist schwer zu bewegen, von einer Grube zur anderen zu laufen. Durch die Stilllegung wurde das Angebot von Arbeitern stark gefördert. Die in Betracht kommenden Zechen hatten eine Belegschaft von 9041 Mann, darunter 5036 verheiratete. Redner geht näher auf das in der Denkschrift zu der Gesetznovelle zusammengestellte statistische Material ein. Weiter verweist er auf den Einfluß, welchen die Stilllegung auf den Ausbruch des Streiks hatte. Die Argumente für die Stilllegung, die größere Rentabilität der größeren Zechen, weist er als haltlos zurück, z. B. an der Hand von Gutachten von Sachverständigen. Was ist nun zu tun, um der Stilllegung von Ruhrzechen entgegenzutreten? Zunächst die Verprechung der Vorgänge in breiterer Öffentlichkeit, die bereits einen gewissen Erfolg gezeitigt hat.

Wir hoffen, daß die Gesetznovelle im Landtage angenommen wird, die wenigstens die Stilllegung noch weiterer Gruben verhindern wird. Wir bitten daher um die Annahme folgender von mir und Kamerad Hue ausgearbeiteten Resolution:

Der Bergarbeitertag erkennt in der auf Grund der bisherigen Statuten des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats angestrebten Stilllegung von teils noch rentablen Gruben eine das Interesse der Gesamtheit sowohl wie der Arbeiter schädigende Maßnahme. Er erwartet von der Staatsregierung, daß sie den Auswüchsen des Kartellwesens eventuell durch eine umfossende Kartell-Gesetzgebung begegnet. Vor der Hand begrüßt der Bergarbeitertag das Bestreben durch Abänderung des § 65 des Vergesetzes ungedrängter weiteren Stilllegungen von Gruben entgegenzuwirken. Der Bergarbeitertag ist der Ansicht, daß auch die gezielte Festlegung eines Vorbehaltsrechtes des Staates auf die noch nicht vertriebenen Mineralien beziehungsweise Felder im allgemeinen Interesse liegt. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Leimpeters-Vochum (A. B.) ersucht um einen Zusatz zu der Resolution, der sich grundsätzlich für die Verstaatlichung der Gruben ausspricht. Die Stilllegung könne dann nicht ohne weiteres eintreten, wie z. B. der sächsische Bergbau im Freiburger Gebiet zeigt. Eine solche Forderung ist zwar sozialdemokratisch, aber nicht nur das, sie ist eine praktische Forderung, die von vernünftigen Männern aller Richtungen vertreten wird. Freilich spinnen die Bergarbeiter auf staatlichen Gruben auch keine Seide. An der Erhaltung des gegenwärtigen Privatigentums an den Vergwerken haben wir Arbeiter gar kein Interesse.

Becken-Vottrop (dr.) bittet, den Zusatz auf Verstaatlichung abzulehnen. Auch die sächsischen Betriebe sind keine Musterbetriebe, sondern suchen aus der Stilllegung Vorteil zu ziehen durch Drückung der Löhne. So beträgt auf den staatlichen Gruben in Vottrop der Tagelohn 2,90 M. wie der ortsübliche. (Hört! hört!)

Polakow-Jwidau (A. B.) vertritt das Brandenburgische Braunkohlengebiet; Vegetierung für staatliche Gruben haben wir gewiß nicht. Aber den Mischständen auf sächsischen Gruben können wir energisch entgegenreten. Ein Bild der Verstaatlichung gab die der Freiburger Silbergruben in Sachsen, die erst unternommen wurde, als die Gruben wenig rentabel wurden. Trotzdem ist die Verstaatlichung beachtlich, aber nicht für Preußen, sondern für das Reich, auf dessen Verwaltung die Arbeiter einen größeren Einfluß haben.

Köster (Refer., zur Geschäftsordnung) bittet, die Frage der Verstaatlichung gesondert zu behandeln, eventuell in Anlehnung an einen besonderen Antrag.

Hue (zur Geschäftsordnung) unterstützt diese Anregung, ebenso der Vorsitzende Effert.

Es wird beschloffen, jetzt nicht die Frage der Verstaatlichung zu behandeln und Leimpeters zieht seinen Zusatzantrag zurück.

Söhler-Dahlhausen (A. B.): Ich gehöre selbst zu denen, die von unserem herrlichen Matthias Stimmes stillgelegt sind. Dabei ist die Frage, auf der ich arbeite, noch sehr rentabel gewesen, — sind doch Einrichtungen von über eine Million Mark kurz vorher noch geschaffen worden. Ganze Gemeinden sind durch die Stilllegungen dauernd geschädigt worden. Und mit diesen Stilllegungen und ihrer Schädigung der Allgemeinheit will man noch fortfahren.

Die Diskussion wird geschlossen; die Resolution wird einstimmig angenommen.

Dille-Reich erstattet Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 138 Delegierte vorhanden, 62 vom alten Verband, 8 vom christlichen Gewerkeverein, 8 vom Gewerkeverein S. D., 6 von den Polen, 1 vom Siegerland und 1 vom ober-schlesischen Verein zur gegenseitigen Hilfe. Dazu kommen Sachse und zwei Polen ohne Mandat als Mitglieder der Siebener-Kommission. Die Feststellung der genauen Zahl machte einige Schwierigkeiten. (Hue ruft: Wie viel hast Du genullt? Große Heiterkeit.) Als Gäste sind anwesend Frau Thiede vom gewerkschaftlichen Frauen-Agitationsverein Berlin. Außerdem außer den heute früh Genannten noch die Reichstags-Abgeordneten Lattmann, Frölich, Stökel und Preßler. Von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sind als Gäste gegen Stegerwald-Röhm und Gisherts-R. Gladbach, vom Hirsch-Dunderschen Verband Klavohn-Berlin und Erle-Lenz-Düsseldorf.

Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

Die Gesetznovelle über die Bergarbeiterverhältnisse.

a) Dauer der Schichtzeit und Ueberstundenwesen.

Hierzu erhält das Wort der Referent Dusemann (A. B.):

Seit Jahrzehnten sind wir nicht gehört worden und auch in der vorliegenden Novelle sind unsere Wünsche nicht berücksichtigt worden. Im Ruhrgebiet haben wir neun- bis zehn-, ja bis zehneinhalbstündige Arbeitszeit, und in den anderen Bezirken ist es zum Teil noch schlimmer. Jetzt will man einen sanitären Arbeitstag schaffen, der die Arbeiter sogar zu Ueberstunden zwingen will. Im Ruhrgebiet besteht jetzt schon das Verbot, länger als sechs Stunden zu arbeiten, wenn die Temperatur über 29 Grad ist.

Das Oberbergamt sagt, im Jahre 1903 hat keine sechsstündige Schicht im Ruhrgebiet existiert. Das soll heißen, die Temperatur war nirgends über 29 Grad. Es ist aber nur ein Beweis für die Ungehung der Bestimmungen, wovon die Arbeiter ein Liedchen zu singen wissen. (Sehr wahr!) Der sanitäre Arbeitstag würde nur einen kleinen Teil der Steinlohlenarbeiter treffen, der größeren nicht und gar nicht die Braunkohlen- und Kali-Bergarbeiter, und doch ist gerade im Braunkohlengebiet die Krankenziffer sehr hoch und die Verringerung der Arbeitszeit sehr notwendig. (Sehr richtig!) Die Arbeitszeit muß in einem ganzen Gebiet einheitlich sein, sonst kommen wir zu einem System der Lohn-drückerei, das wir verwerfen müssen. Wir müssen uns also durchaus gegen den sanitären Arbeitstag wenden.

Weiter ist ja die Temperatur nicht der einzige die Gesundheit der Arbeiter schädigende Faktor. Der Gesundheitszustand der Arbeiter ist zurückgegangen, wie die Statistik zeigt. Der Minister Müller sagt zwar, die Zahlen seien gefährlicher auch, als sie in Wirklichkeit sind. Sie beweisen, daß die Höhe der Krankenziffern nichts oder doch nicht allzuviel mit der Höhe der Temperatur zu tun hat. Die schlechten Bedinge, die den Arbeiter zwingen, Kruden und Muskeln auf äußerste anzustrengen, die Feuchtigkeit der Gruben, das Einatmen des feinen Kohlenstaubes und vor allem die übermäßige, lange Arbeitszeit haben einen viel größeren Anteil an der Verringerung der Gesundheit der Arbeiter. Wenn unter den heutigen Bedingungen der Arbeiter 7 Stunden stramm gearbeitet hat, so sind seine Kräfte vollkommen erschöpft. Wenn da die Gesetznovelle nicht eingreift, wird das Gemeinwohl aufs schwerste geschädigt. Nun sagt freilich die Bochumer Handelskammer, daß die Kohlenpreise in die Höhe gehen würden und die gesamte Industrie dadurch Schaden litte.

Aber die Grubenbesitzer werden ihr Schindlart zweifellos dazu benutzen, die Kohlenpreise wieder in die Höhe zu treiben, und zwar ohne Rücksicht auf die Industrie. Für die Verkürzung der Arbeitszeit haben sich zahllose Kongresse und Versammlungen von Ärzten und Hygienikern ausgesprochen. Den dringenden Ansprüchen auf den Achtstundentag hat der Bergarbeiter. Die sechsstündige Schicht aber ist nicht nur für die heißen Punkte, sondern auch für die nassen, schlammigen Lörter notwendig. Die Bestimmung der Novelle, daß die Arbeiter verpflichtet sein sollen, unter gewissen Bedingungen Ueber- und Neben-schichten zu fahren, muß unbedingt aus der Vorlage heraus. Aus dem „berpflichtet unter gewissen Umständen“ würden die Bergwerksbesitzer sehr bald ein „muß“ machen. (Lebhafte Zustimmung.) Hinter die Behauptung, die Ueber-schichten würden freiwillig verschaffen, machen wir ein dices Fragezeichen. (Lebhafte Zustimmung.) Diejenigen Kameraden, die sich freiwillig zu den Ueber-schichten meldebten, wurden lieb Kind bei den Steigern. Das Verfahren von Ueber-schichten beeinflusst auch die Statistik, die Festlegung der amtlichen Lohnklassen, die Berechnung des Durchschnittslohns und gibt so der Deffentlichkeit ein falsches Bild. (Sehr richtig!) Wenden müssen wir uns auch gegen die Bestimmung, daß für die Durchführung des sanitären Arbeitstages ein Ausschub von zwei Jahren gewährt werden kann.

Die Bergarbeiter sind enttäuscht über die Bestimmungen. Die Verantwortung für die kommenden Dinge, für die schweren Kämpfe, zu denen sich die Bergarbeiter rufen müssen, fällt auf die Regierung, wenn sie und das Parlament unseren Ratschrei nicht hören. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen wirklichen Bergarbeiterschutz und für alle Bergarbeiter den Achtstundentag. (Bravo!)

Die Resolution, die der Referent vorschlägt, hat folgenden Wortlaut:

Die in Berlin tagende preussische Bergarbeiter-Konferenz als berechnigte Vertreterin von 500 000 preussischen Bergarbeitern erklärt: In der dem preussischen Landtage zugegangenen Vergesetznovelle über die Bergarbeiterverhältnisse sind die schon seit Jahrzehnten ausgesprochenen Wünsche der Bergarbeiter fast ganz unberücksichtigt geblieben.

Der im § 93b der Vergesetznovelle vorgesehene sanitäre Arbeitstag kann durchaus nicht als genügend bezeichnet werden.

Da aus betriebswirtschaftlichen Gründen die Dauer der Arbeitszeit auf einer Grube einheitlich sein muß, so wird es über die Frage: ob die Grube unter die Bestimmungen des § 93b fällt, zu fortwährenden Streitereien zwischen Betriebsverwaltung und Arbeitern kommen, falls obige Bestimmungen Gesetz werden.

Nachweisbar übt aber nicht nur die hohe Temperatur auf die Gesundheit der Arbeiter einen nachteiligen Einfluß aus, sondern in noch viel höherem Maße ist dies 1. durch die überlange Arbeitszeit, 2. durch die niedrigen Bedingeverhältnisse, 3. durch die schwere andauernde Arbeit, 4. durch Kälte, Nässe und Kohlenstaub der Fall. Des weiteren wird durch den Gesetzentwurf nur ein kleiner Teil der Steinlohlen-Bergarbeiter getroffen. Während die große Mehrzahl der Steinlohlen-Bergarbeiter sowie die Braunkohlen-, Erz- und Kali-Bergarbeiter gar nicht berücksichtigt werden. Nun geht aber aus den Knappheitsberichten pro 1903 hervor, daß beim Knappheitsverein in Vochum von 109 Arbeitern 64-65 krank fielen, während im Brandenburgischen (Braunkohlen-Revier) Knappheitsverein über 70 krank, im Siegerländer (Erzbergbau) Knappheitsverein 57 krank waren. Es ist dies ein Beweis dafür, daß auch für die Braunkohlen-, Erz- und Kali-Bergarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten ist.

Des weiteren ist es aber auch im Interesse des gesamten Bergbaues dringend geboten, daß die Arbeitszeit auf allen Gruben eine möglichst einheitliche ist.

Ausgehend von dieser Erwägung, richten wir an die hohe königl. Staatsregierung sowie an das Haus der Abgeordneten das dringende Ersuchen, den § 93b der vorliegenden Vergesetznovelle einer Verbesserung zu unterziehen und dabei folgende Forderungen der Bergarbeiter zur Grundlage zu nehmen:

1. In allen Steinlohlen-, Erz- und Kali-Bergwerken tritt sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes, spätestens aber vom 1. Oktober 1905 ab eine Höchstdauer der Schicht von 8 1/2 Stunden in Kraft, vom 1. Januar 1907 8 Stunden.
2. In allen Braunkohlengruben tritt vom 1. Oktober 1905 ab eine Höchstdauer der Schicht von 10 Stunden in Kraft, vom 1. Januar 1907 von 9 Stunden und vom 1. Januar 1910 von 8 Stunden.
3. Vor zu nassen Arbeitsorten und solchen, die mehr als 28 Grad Celsius Wärme aufweisen, ist die Arbeitszeit auf höchstens 6 Stunden zu beschränken.
4. Diese Schichtzeiten verstehen sich für alle Grubenarbeiter vom Beginn der Einfahrt des einzelnen Mannes bis zu Beginn seiner Ausfahrt (Seilfahrt). Diejenigen Tagesarbeiter, welche an der Förderung beteiligt sind, sind in obige Schichtzeit mit eingeschlossen.
5. Für die anderen Tagesarbeiter sowie alle in Nebenbetrieben beschäftigten zehnstündige Arbeitszeit einschließlich einer zwelftündigen Ruhepause.
6. Wo bereits eine längere Arbeitszeit besteht, darf dieselbe unter keinen Umständen verlängert werden.
7. Verbot aller Ueber-schichten und Sonntagsarbeiten.

Es sind solche nur zur Rettung von Menschenleben, bei außerordentlichen Betriebsstörungen oder Schachtreparaturen zulässig.

Haben im Sommer wegen Mangel an Absatz Feierschichten eingelegt werden müssen, so kann die betreffende Grube dieselbe im Winter wieder nachholen lassen. Mehr als zwei Schichten dürfen im Monat jedoch nicht nachgeholt und auch Doppelschichten dürfen dabei nicht gemacht werden.

Auch darf auf diejenigen Arbeiter, welche die durch Feierschichten ausgefallenen Schichten nicht nachholen wollen, keinerlei Zwang ausgeübt werden.

Die Diskussion wird auf morgen vertagt.

Zum Schluß wird über die Frage verhandelt, ob ein Delegierter aus Weuthen namens Zibor Dziuron anerkannt werden soll. Effert (Ath.) spricht sich im Namen der Siebener-Kommission gegen die Zulassung aus, da Dziuron eine der Sach-Abteilungen der katholischen Arbeitervereine vertritt, die nicht eingeladen worden seien.

Dziuron selber erklärt, daß er nicht eine Sachabteilung, sondern den selbständigen katholischen Arbeiterverein in Weuthen vertritt. Warum sollen da wir in Oberschlesien ausgeschlossen werden?

Hue spricht sich für die Zulassung des Delegierten aus. Der Kongreß solle die Anschauungen aller Bergarbeiter ausdrücken.

Hüdes-St. Johann (Ath.) widerspricht energisch. Dziuron versichert, mit dem katholischen Arbeiterverband in Berlin nichts zu schaffen zu haben.

Hue: Wir haben hier einen Arbeitertag, einen Bergarbeitertag. Jeder Arbeiter, der kommt, ist uns willkommen. Ich betone ausdrücklich den proletarischen Standpunkt. Unsere Organisationsstreitigkeiten wollen wir habsch draußen lassen. Wo käme ich sonst mit Kollegen Effert hin. (Weiterkeit.)

Athlet-Weuthen stellt fest, daß in Weuthen zwei christlich-katholische Arbeitervereine bestehen. (Auf: Das ist aber sehr traurig!)

Köster (Christl.): Wir vom Gewerkeverein werden uns der Abstimmung enthalten. (Vielfache Rufe: Wir vom Verband auch! Große Heiterkeit.)

Das Bureau entscheidet schließlich, daß Dziuron zugelassen werden soll.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vertagt. Schluß 6 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Rechter Jahresbericht des Arbeiter-Secretariats Nürnberg für das Jahr 1904 nebst einer Einleitung; Rückblick auf die zehnjährige Tätigkeit des Secretariats 1. November 1894 bis 31. Dezember 1904. 144 Seiten. Selbstverlag des Arbeiter-Secretariats Nürnberg 1905.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer sowie der Sektion der Putzer und der Sektion der Gips- und Zementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1904. 2. Diskussion. 3. Bekanntgabe des Resultats über die Abstimmung des Tarifvertrages. 4. Verschiedenes. 187/11

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. Der Zweigvereins-Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Freitag, den 31. März cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Diskussion und Beschlußfassung über ein vom erweiterten Sektionsvorstand zur Zentralisierung des Arbeitsnachweises ausgearbeitetes Regulativ. 2. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert, daß alle Mitglieder in der Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Die regelmäßige Monats-Versammlung der Gruppe der Bahnhofsarbeiter findet am Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr bei Jannaschk, Inselstr. 10, statt.

Tages-Ordnung: 1. Regelung der Beiträge für die Mitglieder unserer Gruppe. 2. Vertagung der Monatsversammlung vom Sonntag nach dem 1. jeden Monats auf den 1. Mittwoch im Monat. Der Gruppenvorstand.

Achtung!

Töpfer!

Achtung!

Freitag, den 31. März, abends 6 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

aller bei Innungsmeistern beschäftigten Töpfer bei Louis Keller, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung: Wahl des Gefellen-Ausschusses und der Erfahrmänner.

7 1/2 Uhr: Zweite Versammlung.

Tages-Ordnung: Wahl der Innungs- und Schlichtungsgerichte. 196/12

H. Thiele,

Obermeister der Töpfer-Innung zu Berlin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Stellmacher

im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12.

Tages-Ordnung: 1. Besprechung über den Arbeitsnachweis der Innung. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin I.

Mittwoch, den 29. März, abends 8 Uhr, im Lokal Königsbant, Große Frankfurterstr. 117:

Versammlung

aller in der Teppichindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Die Antwort der Fabrikanten auf unsere Forderung vom 15. d. M. 2. Unsere Stellungnahme dazu. 197/7

Der Vorstand.

Zur Beachtung!
Der Männer-Gesangverein „Stalnelke“, der Radfahrer-Verein „Fahrwohl 1900“, der Rundharmonika-Verein „Harmonie II“ teilen hierdurch mit, daß vom 1. April unter Vereinslokal von Vanstr. 47 nach Buttmanstraße 13 bei Schumann verlegt wird. Gäste willkommen! 3115*

Automobilfahrer!

Neuer Abend-Kursus beginnt am 4. April. Theorie- und praktischer Fahrunterricht. Gespelt frei. Technikum Elektra, Neanderstr. 4.

Wilhelm Misch

Bar oder Teilzahlung

Möbel

Niedrige Preise. Kulant Bedingungen.

Spezialität: Solide bürgerliche Einrichtungen von 250 bis 3500 Mark.

BERLIN NO., Gr. Frankfurter Str. 45/46, I. u. II.

Bar- od. Teilzahlung

Solide Ware! Billige Preise! Grosser Auswahl!

Möbel

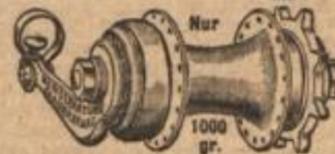
Dresdenerstr. 16, I. (Am Hochbahnhof Kottbuser Tor.)
Siegm. Misch.

Rheumatismus

Gicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. verschwinden nach kurzer Zeit durch ausserlichen Gebrauch von „Electricum“ (Aetherisches Nadelnadel, Waldmoosöl). Einfaches und unschädliches Naturprodukt von starker und durchgreifender, sofort schmerzstillender Wirkung. Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit.
Fl. Mk. 1.— u. 2.—, franko 2.50.
BERLIN 49, Eisenbahnstr. 4.
Otto Reichel.

1,600,000 Radfahrer! in allen Erdteilen empfohlen

New Departure



Beste Freilauf-Nabe

Macht das Radeln zum Tanz

Durch jede Fahrradhandlung zu beziehen. Romain Talbot * Berlin O. Allein-Vertrieb für Deutschland.

Aufsehen erregen unsere Preise.

Echt englische Herren-Anzugstoffe früher 10.50 Mk., jetzt nur 6.50 Mk. per Meter
Tuchkammgarne für schwarze Gesellschafts-Anzüge früher 6.50 Mk., jetzt nur 4.50 Mk. per Meter
Damentuche, hochelegante Ware früher 3.50 Mk., jetzt nur 2.50 Mk. per Meter
Kinder-Anzugstoffe spottbillig früher 3.00 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter

Damen-Regenrockstoffe mit angewebtem Futter früher 3.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Herren-Anzugstoffe früher 6.00 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter
Damen-Kostümstoffe mit angewebtem Futter früher 3.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Herren-Paletostoffe früher 5.50 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland,

Verkaufsräume nur Berlin C., Ross-Strasse 2.

Th. Forck, Kretzschmar & Co.

vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

An der Jannowitzbrücke BERLIN Dicht neben dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke Eingang während des Neubaues rechts um die Ecke von der Holzmarktstrasse.

Deutschlands grösstes Möbel-Kaufhaus

für Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen.

Besichtigung der grossen Ausstellungsräume ohne Kaufverpflichtung gern gestattet.

Gekaufte Möbel können bis zur Ablieferung frei lagern.

Unser grosses Musterbuch nebst Nachtrag für Neuheiten versenden wir auf Wunsch frei und umsonst.



No. 1259. Kleiderschrank, echt Nussb. m. Hutboden u. Messingstange u. reich. mod. Schnitzerei. M. 45.—, 120 cm b., 230 cm h., 60 cm t.



No. 1262. Vertiko, e. Nussb. m. Facettenspiegel u. reich. mod. Schnitzerei M. 90.— 100 cm br., 208 cm h., 49 cm t.

ANHALTISCHE KOHLENWERKE
Mariengrube

Unsere altrenommierten Briketts werden vom 1. April d. J. ab nur noch mit dem vollen Namen unserer Firma und Grube

Anhaltische Kohlenwerke

Mariengrube

hergestellt, nicht mehr mit den bisherigen Stempeln Monopol und Raeschen A. K. W.

Anhaltische Kohlenwerke (Mariengrube) Senftenberg N. L.

Lokales.

Den hunderttausendsten Abonnenten

Hat der „Vorwärts“ zwar noch nicht erreicht, aber er ist auf dem besten Wege dazu. Die Auflage unseres Blattes beträgt heute 92000; sie hat also seit den 2 1/2 Jahren, das wir in eigenen Betrieben der Partei wirken, um fast 40000 zugenommen.

Im Vergleich mit der bürgerlichen Parteipresse allerdings kann der „Vorwärts“ sich immerhin sehen lassen. Wohl kein einziges Berliner Parteiblatt erreicht die Leserschaft des „Vorwärts“, die meisten bleiben im weiten Abstände hinter uns zurück.

Herrenbesitz und Sozialdemokratie.

Offenbar zur Charakteristik nicht sozialdemokratischer Arbeiter erzählt ein Arzt in der „Volkszeitung“ ein betrübendes Erlebnis. Wäde und abgespannt sei er vor einigen Tagen über die Weidendammer Brücke gegangen.

„Als ich in vorderer Morgenstunde zurückkam, stand ein Mann vor meiner Haustür. Er wollte just klingeln, als er mich erkannte. Es war ein blutarmer, fleißiger Arbeiter, dessen Frau niederkommen sollte.“

„Und mit diesem Gutenachtkrug erstieg ich die Treppen, hundemüde, noch schwerer, verantwortlicher, stundenlanger, von Feinern pelunären Ruhen belohnter Arbeit.“

Die Geschichte ist mit Schlagern aufgepeppt, als ob es sich um Wiener Schmararbeit handelte. Aber wir wollen sie für buchstäblich wahr hinnehmen. Da tut es uns denn von Herzen leid, daß der Arzt und Menschenfreund nicht zu dem „respektabel“ aussehenden Arbeiter hingetreten ist und ihm in der Kürze, wie es in der „Volkszeitung“ geschrieben, von seinen nächsten Samaritertaten erzählt hat.

Drei Stabversordneten-Sitzungen in einer Woche. Für diese Woche sind drei Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung angesetzt, und zwar für gestern, für Donnerstag und für Freitag eine, wenn die Etatsberatungen am Donnerstag nicht beendet sein sollten.

Die Berliner Stadtverordneten beschäftigte sich gestern im Nebenamt ein wenig mit der Vertilgung der Sozialdemokratie. Der liberale Stadtrat Schrader wandte sich gegen die Einrichtung der Gemeindebehörden und meinte, daß bei Beschluß, der diese Anstellungen geschaffen habe, wohl aus dem Gedanken einer Mobilisierung der Kräfte gegen die Sozialdemokratie hervorgegangen sei.

gedanke des Beschlusses der Generalsynode gewesen. Letztere habe sehr vorsichtig alles beiseite geschoben, was so aussehen könnte, als ob es sich um einen politischen Kampf handle.

Eine Verschleierung liegt wohl nur in der Deuterei, die es nicht wagt haben will, daß die Organe der Kirche als geistliche Gewerkschaften fungieren und die Religion zur Stütze der kapitalistischen Weltordnung herabwürdigen sollen.

Die Nachtwagen der Straßenbahn erfahen am 1. April eine weitere Ausdehnung. Insbesondere wird eine größere Zahl von Spätwagen im Verkehr mit Nixdorf eingerichtet.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ erklärt, daß der von Senna Hoh im „Kampf“ als Spitzel bezeichnete Schriftsteller Hartmann nie mit ihrer Redaktion etwas zu tun gehabt habe.

Die Berliner stiegenden Antiquare haben beim Polizeipräsidenten um Gewährung eines festen Standplatzes im Innern der Stadt petitioniert.

Eine neue Spur des Mörders Alfred Kamm soll in Sietlin entdeckt sein. Dort wurde eine Frau ermordet, und auf den Mörder soll die Beschreibung des Kamm genau passen.

Eine überraschende Aufklärung hat das Verschwinden des 43jährigen Kassenboten Karl Hauff gefunden. Er war in der Uschen Buchhandlung, Guttmanstraße, tätig und hatte den Büchertrieb in der Provinz übernommen.

Durch die energische Tat eines reitenden Schuttmannes außer Dienst wurde gestern früh 9 Uhr in der Alexanderstraße ein größeres Unglück verhütet. Das durchgehende Zweigespann des Postkutschers Feldhammer, Köpenickerstraße, kam im rasenden Tempo in der Richtung vom Alexanderplatz herangerast.

Verschwindener Lehrling. Seit dem 18. d. Mts. wird der vierzehnjährige Arbeitslehrling Hermann Heim, Zietenstraße 70, vermißt. Der junge Mann entfernte sich am Sonnabend vor acht Tagen nach Feierabend von seiner Arbeitsstätte in der Diefenbachstraße.

Die Belohnung von 1000 Mark, die das Polizeipräsidium im Sommer vorigen Jahres für die Aufklärung des auffälligeren Leichenfundes in Charlottenburg ausgeschrieben hatte, ist jetzt mit Genehmigung des Ministers des Innern verteilt worden.

Ein wirkungsloses Diebeszeichen. Es ist bekannt, daß die Verbrecher im allgemeinen und die Einbrecher im besonderen durchweg dem Aberglauben huldigen, ein gewisses Zeichen schütze sie vor Ueberfahung und Entdeckung.

Pflegekinder. Polizeilich beschlagnahmt wurden die Leichen zweier Pflegekinder, die gestern morgen fast zu gleicher Zeit starben. Es handelt sich um die Zwillinge Richard und Max Bennide, die Söhne einer Arbeiterin.

Wittenwalde. Im Jersinn hat die 22jährige Arbeiterfrau Jakobine in Wittenwalde ihr Kind ermordet. Die Frau war erst vor vierzehn Tagen Mutter geworden und lag etwa acht Tage schwer krank darnieder.

Hartleben-Abend der Freien Volksbühne. Der Hartleben-Abend der Freien Volksbühne am gestrigen Montag hatte den Rathausaal dicht gefüllt.

Der nächste Kunstabend, am 18. April — ein Sonntag —, ist dem internationalen Volkslied gewidmet. Ernst von Sollogon wird über die zur Guitare vorgetragenen Volkslieder seiner Frau Laura Seemann-Wolzogen plaudern.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg.

Durch die Charlottenburger Kriminalpolizei verhaftet wurde gestern der in Berlin wohnhaft gewesene 20 Jahre alte Schlosser Emil Ostrowski, der bei Herrn Arthur Lipmann-Buss, Eisliebenerstraße 8, Diamanten im Werte von 3000 M. gestohlen hat.

Schöneberg.

Durch einen von einem Neubau herabstürzenden Balken ist gestern morgen in Schöneberg ein schwerer Unfall herbeigeführt worden. Vor einem Neubau in der Monumentenstraße trafen sich gegen 9 Uhr vormittags die auf der Wohnungsjude begriffene Frau Kaufmann Clara Sch. und der Rauermeister Karl W.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevertretung beschloß sich in zwei Sitzungen mit der Festlegung des Gemeindehaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1905. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 598 200 M. Von einer Erhöhung der Einkommensteuer nahm die Mehrheit Abstand; es wurde beschlossen, die Grundstücks-umsatzsteuer von 1 Prozent auf 1 1/2 Prozent zu erhöhen.

Johannisthal.

Von religiösem Wahnsinn befallen wurde gestern plötzlich die Frau des Arbeiters Dolsch. Die Bewohnerin hatte am Sonnabend nach dem katholischen Gottesdienst beigewohnt und eine geweihte Kerze und eine Flasche Weihwasser mit nach Hause gebracht.

Brandenburg a. O. Eine nicht unwesentliche Steuererhöhung tritt vom 1. April ab in Brandenburg a. O. ein. Die Zuschläge zu den Einkommen- und Realsteuern wurden von 184 auf 192 Prozent erhöht.

Jugendfürsorge in Schwargendorf. Eine amtliche Bekanntmachung besagt: Der städtische Teil des zum Straßenreinigungsdépôt (Breitstraße 2) gehörigen, mit Spibänken ausgestatteten Gartens wird vom 1. n. M. bis zum Eintritt der Dunkelheit als Gemeinde-Spielplatz freigegeben.

Mittenwalde. Im Jersinn hat die 22jährige Arbeiterfrau Jakobine in Wittenwalde ihr Kind ermordet. Die Frau war erst vor vierzehn Tagen Mutter geworden und lag etwa acht Tage schwer krank darnieder.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Weidenweg neu...

Spottbilliger Teppichverkauf...

Spottbilliger Kastenverkauf...

Bekanntmachung! Empfehlenswerte...

Spottbilliger Bettverkauf...

Garbender, Tischdecken, Regulatoren...

Pfandleihe, Kältrierplatz 7, vorzüglichste...

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge...

Reifgläser, Operngläser, Reifzeuge...

Achtung! Pfandleihbetten. 4619*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit...

Pommersches Bancubett, Deckbett...

Gardinen, Teppiche, Portieren...

Teppichverkauf! Teppiche, Betten...

Spottbillig! Teppiche, Gardinen...

Betten, Stand 11 Mark, zweifach...

Hochelegante Herrenanzüge und...

Monatsanzüge von 6,00 an...

Knabenanzüge, Mädchenkleider...

Teppiche! (schlechte) in allen...

Teppiche, alle Größen, Farben...

Tüllbettedecken, Erdstül, reich...

Reichgestickte Tischdecken in...

Teppichhaus Lehdere, Dranten...

Möbelfabrik, Drantenstraße 172/173...

Wohnungseinrichtungen, einzelne...

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik...

Wohnungseinrichtungen, einzelne...

Gardinenhaus Große Frankfurter...

Möbelfabrik, Spezialität Wohn...

Auf Teppichverkauf Möbel und...

Zofa-Kaufverkauf, nur noch kurze...

Zofas, größte Auswahl, von 21...

Patentmatratzen, Glasbretter...

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrik...

Fahrräder, Teppichdecken, In...

Lambourler, Maschinen, Hosi...

Baumaterialien, neue und geb...

Neu eröffnet! Nähmaschinen, Al...

Wettstelle, Ratze, Schlafsofa...

Kraftmesser verkauft, Köhler...

Krautstraße 50 sind die billigsten...

Milch- und Badwarenhandel...

Wohnungseinrichtungen, einzelne...

Elegantes Damenrad, französisch...

Kindervogel, Gummiräder, 13,00...

Freilauf, verkauft, Lorenz...

Staat, Droscheln, Amsele, Verden...

Uhr als Zugabe erhält Käufer einer...

Zeitgenossen, elegante, elegant...

Destillation im Osten, mehrere...

Wohnungseinrichtungen, einzelne...

Verschiedenes.

Zur Lieferung des „Vorwärts“...

Aufpolsterung, Sofa und Mat...

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matra...

Vereinssäle (Bühne) zu fest...

Vom 1. April ab erscheint für unsere...

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

In dieser Beilage „Vorort“ sollen auch...

Inserate für die Vororte.

Es steht zu erwarten, daß die Wirkung...

20 Pf.

Bei drei- und mehrmaliger Aufgabe...

Verändertes: Amt IV, 1984 Expedition...

Wahltraubier, blutbildend, für...

Verkauf! Spottbillig eleganten...

Taschensofa, Säulenturneum, Kleider...

Tische aller Arten, wegen Aufgabe...

Großes, gebrauchtes Schlafsofa...

Jede Frau muß ihrem Mann ein...

Ruhebetten mit Decke von 36 Mark...

Kohlengas, 50 Mark verkauft...

Kundenkassette, zwei Bände, 10...

Schlafdivan, Bettstelle, Tisch...

Restaurantsgeschäft, langjährig...

Vereinsspiele zu verkaufen für...

Verkauf! Spottbillig eleganten...

Taschensofa, Säulenturneum, Kleider...

Tische aller Arten, wegen Aufgabe...

Großes, gebrauchtes Schlafsofa...

Jede Frau muß ihrem Mann ein...

Ruhebetten mit Decke von 36 Mark...

Kohlengas, 50 Mark verkauft...

Kundenkassette, zwei Bände, 10...

Schlafdivan, Bettstelle, Tisch...

Restaurantsgeschäft, langjährig...

Pfandleihe, Pringenstraße 63...

Vernauß Kestale, Schwedter...

Vereinsspiele zu verkaufen für...

Vereinsspiele zu verkaufen für...

Schönes großes Vereinszimmer...

Vereinsspiele zu verkaufen für...

Vereinsspiele zu verkaufen für...

Unzige macht billig Roßtringer...

Regelbahn! Stunde 50 Pfennig...

Vermietungen.

Räden für Schuhmacher, Seilen...

Wohnungen.

Steinwohnungen, gesunde, aller...

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Elsholz, Komiker, Grobhu...

Schmelzer, Dumort, Stellner...

Bücherregulierung, Abschlässe...

22jähriger Mann, als Lokal...

Stellenangebote.

Wauerer verlangt 2. Danke...

Tüchtige Stanzschmiede gegen...

Lichtpauspapier, Arbeiter, der...

Formverleiher, Anfangslohn...

Farbigmacher, der auch verfahren...

Achtung! Bauarbeiter.

Die Arbeiter der Firma Julius...

Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma Julius...

Achtung! Bauarbeiter.

Da verschiedene kleinere Firmen...

Die Kommission der Jalousiearbeiter.

Die Tischler und Maschinenarbeiter bei Sommerlatte

Stukkateure!

Achtung, Bürstenmacher!